

Wöchentlich 35 Pf., monatlich 1.00 Mk.  
Im Voraus zahlbar. Postbezug 4.22 Mk.  
Inhalt: Besondere, Auslandsabonnemen-  
tem 6.— Mk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal. Die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Woll  
und Zell“ und „Kinderfreund“, Ferner  
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-  
stimme“, „Technik“, „Bild in die  
Widerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag

1. Februar 1929

Groß-Berlin 10 Pf.

Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Monopolstellung  
des „Kleinen Kämpfers“ des Reichs-  
wirtsch. Monatsheftes „Kleiner Kämpfer“ hat  
jetzt durch die „Kleinen Kämpfer“ jedes weitere Wort  
2 Pfennig, Stielengeld das erste  
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Seite 60 Wenig Familienanzeigen für  
Ebenenszeit 40 Pfennig. Anzeigen-  
annahme im Hauptgeschäftsbüro  
Straße 2, wochentägig, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Föhnpost 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 37436 — Bankkontos: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Volksk. 66 Postkontos-Gesellschaft, Postfach 10000 Berlin 3

## Gefesselte Selbstverwaltung!

### Die Großindustrie als Geldgeber der Gemeinden.

Die Finanznot der Gemeinden und Gemeindeverbände, besonders aber der großen Städte, steigt von Jahr zu Jahr in besorgniserregender Weise. Die Endziffern der Haushaltspläne steigen fast lawinenartig an, und am stärksten sind hieran die Ausgaben der Wohlfahrtsämter beteiligt.

Das ist auf die unzulängliche Arbeitslosenversicherung zurückzuführen, die nur für bestimmte Zeit den Erwerbslosen Unterstützung gewährt, die aber auch nach Aussteuerung aus der Krisenfürsorge dann für oft verhältnismäßig viel längere, unbestimmte Zeiträume der öffentlichen Wohlfahrt anheimfallen. Damit aber nicht genug, müssen die Gemeinden aus volkswirtschaftlichen, wie erzieherischen Gründen — trotz Grund- und verstärkter Förderung aus öffentlichen Mitteln — erhebliche Summen für Notstandsarbeiten aufwenden, die durch den mangelhaften Finanzausgleich keine Berücksichtigung finden. Die Folge davon ist, daß die Gemeinden von den wenigen, ihnen verbliebenen Steuereinkünften die Grundvermögenssteuer in immer stärkerer Weise anspannen und die Gewerbesteuern vom Ertrage und Kapital bis in schwindelhafte Höhen treiben müssen. Die unausgesetzte Steigerung der gewerblichen Mieten mit verbitternden, rückwirkenden Nachzahlungen sind eine weitere Folge, und die Gewerbesteuern müssen gleichfalls infolge der Abwälzung — nicht selten noch mit erheblichen Gewinnsteigerungen des Handels — von den Konsumenten getragen werden.

Eine weitere, nennenswerte Einnahmequelle: die sogenannten Werkbühren für Wasser, Gas, Elektrizität und Benützung der Straßenbahn, sind auch nicht mehr erhöhbar und die aus ihnen erwarteten Erträgnisse oft nicht mehr erreicht worden, weil bei der Uebererschreitung einer gewissen Preisgrenze die Abnehmer entweder sich eine starke Beschränkung im Verbrauch auferlegen, oder, soweit Großabnehmer in Frage kommen, dazu übergehen, sich eigene Kraft-, Wärme- und Lichterzeugende Maschinen und Einrichtungen anzuschaffen.

Das Bestreben wirklich noch kreditwürdiger Gemeinden, aus diesen vielen kleinen und großen finanziellen Sorgen durch die Aufnahme einer größeren Auslandsanleihe herauszukommen, ist bekanntlich durch die Politik der Beratungsläche und Herrn Dr. Schachts in verhängnisvoller Weise unterbunden worden.

In ihrer beinahe an Verzweiflung grenzenden Lage sind daher in den letzten Jahren manche sehr große Gemeinden sowohl des in wirtschaftlicher Beziehung günstiger gelegenen Westens, wie auch des viel schwerer tingenden Ostens Deutschlands dazu übergegangen, namhafte Kredite bei großen Industriewerken aufzunehmen.

Eine von hundert Zufälligkeiten abhängige und mehr als bedenkliche Finanzangelegenheit der Gemeinden ist die heute schon feststellbare Auswirkung. Diesen Zustand mit aller Schärfe zu beleuchten, ist allerhöchste Zeit.

Die Gewährung von Krediten durch die Industrie erfolgt durchaus nicht in selbstloser Weise. Nicht allein, daß sie, wenn die hergegebenen Gelder aus Auslandsanleihen herrühren, die die Industrie fast in beliebiger Höhe aufnehmen darf, durch die Forderung von 9 bis 10 Proz. Zinsen erhebliche Zinsgewinne macht — denn sie selbst zahlt sicherlich kaum mehr als 7 Proz. für das ausgenommene Geld, wenn sie nicht gar dazu übergeht, ihre Wechsel an noch wesentlich günstigeren Diskontierungsplätzen des Auslandes unterzubringen — werden den geliehenden Gemeinden noch harte Auflagen für die Abnahme ihrer Erzeugnisse für lange Jahre gemacht.

Handelt es sich jedoch bei den in Rede stehenden Krediten nicht um Auslandsanleihen, dann müssen diese Kreditschulden in den wenigen Jahren seit Einführung der neuen Währung erübrigt worden sein und sind als Beweis dafür anzusehen, daß die Industrie in dieser kurzen Zeit übermäßige Gewinne gemacht haben muß.

Die zwangsläufige Umgehung der schachtlichen Finanzregelung ist von katastrophaler Auswirkung. Sie bindet die Gemeinden und ihre Organe in ihrer freien Entscheidung und verschafft den Kreditgebern für die Dauer des Vertrages — selbst bei vorzeitiger Rückzahlung des Kredites — in geschäftlicher Beziehung eine unabänderliche Monopolstellung.

Das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden ist dadurch zur Farce geworden! Es besteht nicht nur die Gefahr, sondern es ist zum Teil schon Tatsache geworden, daß sie in Abhängigkeit von einzelnen kapitalgewaltigen Industrieunternehmungen geraten sind. Es liegt uns zuverlässiges Material vor, aus dem ersichtlich ist, daß eine deutsche Großstadt auf diese Weise in drückende Abhängigkeit von einer der größten deutschen Unternehmungen geraten ist.

Diese Symptome sind sehr deutliche Anzeichen dafür, daß es allerhöchste Zeit ist, daß alle zuständigen Instanzen, insbesondere der Reichstag und der Deutsche Städtetag, mit Herrn Schacht nicht nur deutsche Worte wechseln, sondern ihm so nachdrücklich die unheilvollen Auswirkungen seiner als

## Verhandlungen im Reichstag.

### Um die Große Koalition.

Der Reichskanzler hatte in den letzten Tagen wiederholt Besprechungen mit den Führern der in der Regierung vertretenen Parteien, so auch gestern wieder mit den Herren Raas und Stegerwald. Praktische Auswirkungen sind jedoch bisher noch nach keiner Seite — weder nach der positiven, noch nach der negativen eingetreten. Die Schaffung eines interfraktionellen Ausschusses der Großen Koalition wird vom Zentrum davon abhängig gemacht, daß ihm drei Sitze im Reichskabinet eingeräumt werden. Die Volkspartei wünscht eine gleichzeitige Einbeziehung ihrer Landtagsfraktion in die Preußenkoalition, mit der es hinwiederum dem Zentrum nicht so eilig ist. In Zentrumskreisen soll der Gedanke ventiliert werden, Herrn von Guérard aus der Regierung zurückzuziehen, falls die Verhandlungen negativ verlaufen oder sich noch lange hingziehen. Ein „Ultimatum“ in diesem Sinne ist jedoch vom Zentrum nicht gestellt worden; was darüber in verschiedenen Blättern stand, war falsch.

Der Reichskanzler wird sich heute zum Reichspräsidenten begeben, um ihn über die Lage zu unterrichten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte gestern eine Sitzung, in der über die politische Situation, Etat- und Steuerfragen, beraten wurde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

### Auswärtiger Ausschuß.

#### Der Stand der Reparationsverhandlungen.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags trat gestern unter Vorsitz des Abg. Scheidemann zusammen, um über den Stand der Reparationsverhandlungen zu beraten. Der Sitzung wohnten der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann sowie der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius bei. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch ein längeres Referat des Reichsfinanzministers. Eine allgemeine Aussprache schloß sich an. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

## Ein bayerischer Wutanfall.

### Ministerpräsident Dr. Held beschimpft die preussische Regierung.

München, 31. Januar. (Eigenbericht.)

Die bayerische Bürgerblockregierung Held hat als Nachfolgerin des Kabinetts Rahr-Knilling auch dessen Methode übernommen, von Zeit zu Zeit mit denjenigen Pressevertretern vertrauliche Informationsbesprechungen zu halten, die in ihrer politischen Publizität Beweise unerschütterter und zuverlässiger Bürgerblockgesinnung gegeben haben. Alle anderen Journalisten werden ängstlich und grundförmlich von dieser politischen Informationsquelle ferngehalten.

Eine solche Besprechung fand auch am Donnerstag bei dem Ministerpräsidenten Dr. Held statt, an der sich u. a. der Finanzminister Dr. Schmeizle und der Justizminister Gärtner beteiligte, also alle drei Minister, die in der letzten Woche an den ergebnislos verlaufenen Verhandlungen zwischen Reich und Ländern in Berlin teilgenommen haben. Offenbar in falscher Auffassung über den vertraulichen Charakter der Besprechung veröffentlicht nun die „Telegramm-Zeitung“, ein Nachmittagsabender der „Münchener Neuesten Nachrichten“, die bei dieser Besprechung gehaltenen Reden der drei Minister. Daraus geht hervor, daß alle drei Minister in geradezu unverantwortlicher Weise gegen Preußen gehandelt haben. Voran der Ministerpräsident Dr. Held. Er erklärte einleitend:

**daß das Verhältnis zwischen Reich und Ländern durch die letzten Berliner Verhandlungen eine Zuspitzung erfahren habe, die den inneren Bestand des Reiches bedrohe.**

Schuld daran sei nicht etwa das Reich, sondern Preußen, das Bayern in seinen finanziellen Forderungen an das Reich die allergrößten Schwierigkeiten mache. Dasselbe Preußen, das den Staatsverträgen von 1920 im Reichsrat zugestimmt habe, sabotiere nun ihre Erfüllung dadurch, daß es Entschädigungsforderungen an das Reich in Höhe von 3 1/2 Milliarden für die verlorengegangenen Vermögenswerte des Staates in den nach dem Friedensvertrag abgetretenen Gebieten stelle.

Bei den Berliner Besprechungen sei der Preussische Ministerpräsident Vorsitzführer gegen die anderen Länder gewesen und habe gewissermaßen den Diktator und Vormund des Reiches gespielt. Dr. Held wandte sich dann auch scharf gegen das Anerbieten des Reiches, dem Staate Bayern gegenüber für die abgetretene Post 344 Millionen Mark als Aufwertung anzuerkennen. Wörtlich erklärte er dann zum Schluß:

**„Rechtsempfinden hat man in Berlin überhaupt nicht mehr für diese Dinge. Treu und Glauben, die die Verträge zur Voraussetzung haben, sind verschwunden und die allgemeine Moral, die auch bei den Rechts-**

verhältnissen zwischen Reich und Ländern eine Rolle spielen sollte, von der spürt man kaum noch einen Hauch.

Alles geht darauf hinaus, mit brutaler Rücksichtslosigkeit die machtpolitische Stellung des Reiches den Ländern gegenüber zur Geltung zu bringen, auch dort, wo liquide Rechtsansprüche gegen das Reich bestehen. Es ist für uns unmöglich, so weiter zu arbeiten.

Unser Gegner ist Preußen. Preußen legt alles darauf an, um zwei Fliegen mit einem Schlag zu treffen: einmal sich selbst in der Finanzwirtschaft des Reiches möglichst breit zu machen und auf der anderen Seite zu erreichen, was man mit anderen Mitteln als mit einer solchen Ausschüttungspolitik nicht erreichen kann: die Beendigung der Länder.

Mit fast noch schärferen Ausdrücken wandte sich dann auch der Finanzminister Dr. Schmeizle gegen Preußen. Er nannte

**Preußens Haltung eine Schamlosigkeit, wie sie im Staatsleben noch nie dagewesen**

sei. Preußen betreibe eine Politik, die auf nichts anderes hinauslaufe als durch das Reich Bayern auf die Knie zu zwingen, und das Reich zu einem Groß-Preußen zu machen.

Hinter diesem Ausbrüchen wollte selbstverständlich auch der deutschnationalen Justizminister Gärtner nicht zurückbleiben. Er meinte: „Wenn der preussische Ministerpräsident im Hinblick auf die Länderklogen beim Staatsgerichtshof erklärt hat, gegen das Reich gibt es keinen Exorzitor, so sei dieses Wort so unerhört, daß man sich vergebens frage, wie es unter ernsthaften Staatsmännern überhaupt habe gesprochen werden können.“

Wir wissen aus sicherer Quelle, daß die drei Herren bei ihren Berliner Besprechungen urbanere Umgangsformen gezeigt haben. Der bayerische Löwe brüllt eben mit Vorliebe von weitem.

Man wird die urbayrischen Kraftworte nicht weiter wichtig nehmen dürfen — zumal es nichts Komischeres gibt, als zu sehen, wie der Hesse Held den Urbayern zu kopieren sich bemüht.

Eine gewisse Höflichkeit des Verkehrs ist allerdings unter gebildeten Menschen unerlässlich — die Herren werden das jedenfalls bei kommenden Besprechungen fern von München bald wieder empfinden.

Ueber ihre staatsmännliche Eignung wollen wir nicht weiter diskutieren — in ihren Kreisen in München hält sich leicht der für den größten Staatsmann, der das Maul am weitesten aufzureißen versteht. Der Maßstab sind dabei die Zirkusreden von Hitler. Das Niveau des offiziellen Bayerntrafkeels gegen Preußen ist nun glücklich auch dort angelangt!

weise Beschränkung gedachten, aber nunmehr als beschränkt wirkenden Pläne vor Augen führen wird, daß er sie wenigstens den kreditwürdigen Gemeinden gegenüber aufgibt. Andernfalls muß von ihm angenommen werden, daß er bewußt die Untergrabung der

Selbstverwaltung zugunsten kleiner Industriekreise betreibt, die dann auf weniger auffällige Weise zu dem während der Inflation stark in die Erscheinung getretenen, aber damals nicht erreichten Ziele gelangen würden: die Gemeinden unter ihre finanzielle Botmäßigkeit zu bekommen.

# Bierländerkonferenz in London.

7. und 8. Februar. — Reparationen und Rheinlandräumung.  
Am 7. und 8. Februar findet in London eine Bierländerkonferenz statt, auf der Vertreter der belgischen, britischen, deutschen und französischen sozialistischen Parteien

unter Teilnahme des Sekretärs der Sozialistischen Arbeiterinternationale über die wichtigsten internationalen Probleme der Gegenwart und der nächsten Zukunft gemeinsam beraten werden.

Diese ursprünglich für den Spätherbst in Aussicht genommene Tagung mußte infolge der Schwierigkeit, einen für Delegierte aus vier verschiedenen Ländern gleichmäßig passenden Termin anzusetzen, zunächst auf die zweite Januarhälfte, sodann auf Anfang Februar verschoben werden. Das neue Datum hat den technischen Vorteil, daß ein Teil der Delegierten unmittelbar nach der Bierländerkonferenz an der ebenfalls in London am 10. und 11. Februar stattfindenden Tagung der Exekutive der S.A.I. teilnehmen können.

Die neue Bierländerkonferenz bildet gewissermaßen die Fortsetzung früherer Tagungen, auf denen die großen europäischen Probleme beraten wurden und deren Resolutionen nicht ohne Wirkung auf die späteren Vereinbarungen zwischen den Regierungen gewesen sind: Frankfurt a. M. 1922, Berlin 1923 und Lugemburg 1926.

Die Londoner Bierländerkonferenz dürfte an Bedeutung ihre Vorgängerinnen infolge übersteifen, als einmal Fragen von aktueller Bedeutung auf der Tagesordnung stehen, insbesondere das Reparationsproblem und die Rheinlandräumung, und andererseits die britische Arbeiterpartei durch eine ganz besonders repräsentative Delegation vertreten sein, was angesichts der kommenden Neuwahlen in England von großem Wert für die internationale Politik sein dürfte.

Die Delegationen sind von den einzelnen Parteien wie folgt zusammengesetzt worden:

**Belgische Arbeiterpartei:** Emile Vandervelde, Louis de Boudère und Josef van Rosbroeck. (Für den Fall, daß Vandervelde, der gegenwärtig schwer an Grippe erkrankt ist, noch nicht wiederhergestellt wäre, ist an seiner Stelle Joseph Wauters in Aussicht genommen.)

**Britische Arbeiterpartei:** J. Ramsay MacDonald, Arthur Henderson, Philipp Snowden, Herbert Morrison, Tom Shaw, E. L. Cramp, W. Graham, Dr. Hugh Dalton und William Gillies.

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands:** Otto Wels, Arthur Crispian, Rudolf Breitscheid, Johannes Stelling, Fritz Raphael und Viktor Schiff.

**Sozialistische Partei Frankreichs:** Vincent Auriant, Léon Blum, Pierre Renaudel, Jean Longuet und S. Grumbach.

Außerdem nimmt an der Konferenz der Sekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationale Dr. Friedrich Adler teil.

Die Tagung wird im Hause des Transportarbeiterverbandes in London unter dem Vorsitz von Ramsay MacDonald

abgehalten werden. Ueber die Ergebnisse der Bierländerkonferenz wird auf der unmittelbar anschließenden Tagung der Exekutive der S.A.I. Bericht erstattet. An den Sitzungen der Exekutive, deren Tagesordnung noch zahlreiche andere Punkte zählt, nehmen für Deutschland die Genossen Otto Wels, Arthur Crispian und Johannes Stelling teil.

Außerdem ist die Kinderheimkommission der S.A.I., deren Vorsitzender Otto Bauer-Wien ist, nach London einberufen.

## Aus dem Haushaltsausschuß.

### Noch einmal Rechtsverhältnisse der Beamtenstandsbeamten.

Der diskursivste Gesetzentwurf über Änderungen der Rechtsverhältnisse der Beamtenstandsbeamten war in der Plenarsitzung vom Mittwoch nach beendeter zweiter Lesung von neuem an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen worden. In seiner Donnerstagssitzung beschäftigte der Haushaltsausschuß sich noch einmal mit diesem Gesetzentwurf. Der Berichterstatter, Abg. Rohmann (Soz.), erklärte, die Vorlage sei zwar keine Idealvorlage des Problems, aber sie bringe doch einen Fortschritt. Die Sozialdemokratie werde folgende Resolution unterstützen:

„Die Reichsregierung ist zu ersuchen, auf die Reichsbahn dahin einzuwirken, daß bei der Durchführung des Gesetzes härtere Normen und insbesondere die Rücküberführung der kurzzeit nach im Arbeitsverhältnis befindlichen ehemaligen Beamten nicht verzögert oder verhindert wird. Auch die Interessen der vorhandenen Beamtenanwärter sind nach Möglichkeit zu wahren.“

Schließlich ersuchte Abg. Rohmann die Regierung um eine Auskunft darüber, ob dieses Gesetz Arbeiter- und Angestelltenentlassungen zur Folge haben werde.

Staatssekretär Dr. Döppel erklärte, daß solche Entlassungen nicht beabsichtigt seien.

Noch längerer Diskussion über einige weitere Anträge wurde schließlich der ganze Gesetzentwurf mit 22 Stimmen angenommen.

In der dann fortgeführten allgemeinen Aussprache über die Beamtenverhältnisse des Reichsfinanzministeriums und der ihm unterstellten Behörden erklärte Staatssekretär Dr. Döppel ferner: Die endgültige Abgrenzung der Landesfinanzamtsbezirke sei noch zurückgestellt, weil sie aufs engste mit der geplanten großen Verwaltungs- und Verfassungsreform Deutschlands zusammenhänge.

### Rißhandlung im besetzten Gebiet.

Im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete wurde am Donnerstag ein Antrag aller Parteien einstimmig angenommen, in dem die Reichsregierung aufgefordert wird, die Rißhandlung eines Rainzer Bürgers durch einen Beamten der Sureté genau festzustellen und entsprechende Schritte zu unternehmen.

### Reichsrat.

Der Reichsrat genehmigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstagnachmittag den Gesetzentwurf über das Abkommen zur Beilegung der finanziellen Streitfragen zwischen Deutschland und Rumänien.

Angenommen wurde weiter ein Gesetzentwurf, wonach die Geltungsdauer der Verordnung über die Errichtung von Arbeitsstätten im Bergbau herab abgeändert wird, daß die Wahlperiode dieser Arbeitsstätten von zwei auf vier Jahre ausgedehnt wird.

Der Reichsrat erklärte sich damit einverstanden, daß auch für das Rechnungsjahr 1929 der Mindestlohn der aus den Erträgen der Hauszinssteuer aufzunehmenden Mittel für die Förderung des Wohnungsbauens 13 bis 20 Prozent betragen soll.

# Bedenkliche Reformvorschläge.

## Landfriedensbruch und Zusammenrottung im neuen Strafgesetzentwurf.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstags beschäftigte sich in der gestrigen Sitzung zunächst mit den Bestimmungen des § 172 über Landfriedensbruch.

Die sozialdemokratische Fraktion beantragte die besonderen Strafbestimmungen dieses Paragraphen auf die Räubersführer zu beschränken und auf diejenigen, die bei einer öffentlichen Zusammenrottung Widerstand leisteten. Nach sozialdemokratischem Vorschlag sollten wegen Landfriedensbruch nicht, wie nach geltendem Gesetz auch diejenigen bestraft werden, die lediglich an einer solchen Menschenmenge sich beteiligen.

Zur Begründung des sozialdemokratischen Antrags führte Abg. Landsberg (Soz.) aus:

Selbstverständlich soll derjenige strafbar sein, der Räubersführer sei oder Gewalttaten begehe. Die bloße Beteiligung an einer Zusammenrottung rechtfertigt die Bestrafung wegen Landfriedensbruch nicht. Wenn das jetzt geltende Gesetz das gestatte, so sei das dadurch erklärlich.

daß dies Gesetz unter dem Eindruck der Revolution des Jahres 1848 im Jahre 1851 geschaffen worden sei.

Damals sei man soweit gegangen, unter die Kategorie der strafbaren Zusammenrottungen sogar außergewöhnliche Leichenbegängnisse aufzunehmen! Heute bestehe die hamoische Meinung gegen öffentliche Zusammenrottungen von Menschen nicht mehr. Heute gelte Demonstrationen- und Versammlungsfreiheit, heute sei eine Einschränkung im Sinne des sozialdemokratischen Antrags notwendig. Dieser Antrag wolle auch eine heute häufig festzustellende klassenmäßige Auswirkung der Rechtsprechung verhindern. Man denke nur an den Krupp'schen Landfriedensbruch, in dem eine Großgrundbesitzerin, die in der Menschenansammlung geschimpft habe, trotzdem freigesprochen wurde, während andererseits bei Zusammenrottungen von Arbeitern, die z. B. bei Streiks ohne weiteres vorkommen können, diejenigen, die sich in der Menschenmenge befunden hätten, wegen Landfriedensbruch bestraft wurden.

Nach längerer Debatte erklärte sich ein Vertreter des preussischen Innenministeriums gegen den sozialdemokratischen Antrag. Darauf wurde die Weiterberatung des Antrags vertagt, um dem verhinderten Reichsjustizminister Gelegenheit zu geben, in der nächsten Sitzung seinen Standpunkt darzulegen.

§ 173 bedroht mit Gefängnis oder Geldstrafe denjenigen, der Versammlungen, Aufzüge oder ähnliche Kundgebungen mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt sprengt.

Abg. Veol (Soz.) begründete den sozialdemokratischen Antrag, § 173 zu streichen, indem er ausführte: § 173 beruhe auf einem im Jahre 1923 gegen den Willen der Sozialdemokratischen Partei beschlossenen Versuch. Die Erfahrungen, die man mit dem Gesetz gemacht habe, sprächen für die Streichung des Paragraphen, da er nur in seltenen Fällen angewendet worden sei. Im Jahre 1923 hätten wir eine besonders wilde Zeit durchlebt. Schon damals hätte die sozialdemokratische Fraktion vorausgesehen, daß es auch ohne diese Gesetzesbestimmungen gehe und sie habe Rechte behalten. Wenn man das Versammlungsrecht schützen wolle, dürfe man sich nicht damit begnügen, das Versammlungsrecht mit einer Gefängnisstrafe zu umgeben, dann müsse man auch die Versammlungen vor ihrer Beinträchtigung durch Staatsbeamte schützen, was besonders in Bayern notwendig sei. Dann müsse man auch das Abstreifen von Versammlungstafeln auf dem Lande zu verhindern suchen.

Sowie das Gesetz es jetzt vorschreibe, sei die Gefahr der einschneidenden Auswirkung auf die Arbeiterchaft gegeben.

Ein Vertreter des Reichsinnenministeriums und des preussischen Innenministeriums sprachen sich für die Aufrechterhaltung des § 173 aus. Der sozialdemokratische Streichungsantrag wurde abgelehnt.

Ein deutschnationaler Antrag, nach dem nur Gefängnisstrafe nicht aber auch Geldstrafe vorgesehen werden soll, wurde abgelehnt. Bezeichnenderweise stimmte der Hospitant der Demokratischen Partei, Herr Lobe, für den deutschnationalen Verschlechterungsantrag!

### Ein unmöglicher Paragraph.

§ 174 droht Gefängnisstrafe oder Geldstrafe denjenigen an, der sich aus einer öffentlichen Ansammlung nicht entfernt, obwohl die Menge dreimal aufgefordert worden ist, auseinanderzugehen.

Abg. Marum (Soz.) begründete einen sozialdemokratischen Antrag, der diesen Paragraphen in Uebereinstimmung mit dem geltenden Gesetz bei Ansammlungen auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen beschränken wolle. Er führte aus, daß es zu weit gehe, Bestrafung schon bei jeder öffentlichen Ansammlung eintreten zu lassen.

Ministerialdirektor Bumke entgegnete, daß die Möglichkeit geschaffen werden müsse, wenn sich die Arbeiter einer Fabrik auf dem Fabrihof sammeln, diese Ansammlung auf Grund des § 174 zu bestrafen.

Abg. Landsberg (Soz.) widersprach dieser Auffassung, indem er hervorhob, daß bei Ansammlungen auf geschlossenen Grundstücken und auf einen bestimmten Personkreis kein Bedürfnis zu einem besonderen Strafparagraphen vorhanden sei.

Ministerialdirektor Bumke verblieb bei dieser Auffassung. Er erklärte, daß wenn etwa bei Krupp Tausende von Arbeitern sich zusammenfänden, gegen die Teilnehmer an solcher Sammlung auf Grund des Strafgesetzes müsse vorgegangen werden können.

Abg. Rosenfeld (Soz.) sprach sein Bedauern über diese Ausführungen aus, die

durchaus geeignet seien, Unruhe in der Arbeiterchaft hervorzurufen.

Wohin käme man, wenn man bei einer Ansammlung der Arbeiter eines Betriebes auf dem Fabrihof schon mit solchen Gesetzesbestimmungen wolle eingreifen können. Die sozialdemokratische Fraktion werde sich dagegen auflehnen!

Ministerialdirektor Bumke erwiderte, daß ihm dies durchaus fern liege, aber eine Menge, die sich zusammenballe, müsse selbst davon geschützt werden. Es sei nicht human, der Polizei nicht die Möglichkeit des Eingreifens zu geben.

Abg. Landsberg (Soz.) verwies darauf, daß die Polizei immer das Recht habe, auch ohne Strafparagraphen einzugreifen, wenn irgendeine Gefahr für die Sicherheit des Publikums gegeben sei. Es sei kein Grund, einen Zustand zu beseitigen, der 75 Jahre bestohe, ohne daß sich ein Mißstand gezeigt habe. Der sozialdemokratische Antrag, der nur das geltende Gesetz aufrechterhalten wolle, sei durchaus gerechtfertigt.

Auf Wunsch des Ministerialdirektors Bumke wurde alsdann § 174 an den Untersuchungsausschuß verwiesen und die weitere Beratung auf heute vertagt.

## Erweiterung der Krisenunterstützung.

### Ein Erlaß des Arbeitsministers.

Durch Erlaß des Reichsarbeitsministers vom August 1928 sind eine Reihe von Berufen ganz allgemein zur Krisenunterstützung zugelassen worden, und zwar handelt es sich um solche Berufe, die bereits im Sommer 1928 einen ungünstigen Arbeitsmarkt aufwiesen. Darüber hinaus sieht der Erlaß die Möglichkeit vor, die Krisenunterstützung bei besonderen dringlichen Notständen orts- und begriffsweise auf weitere Berufsgruppen auszuweiten.

Auf Grund dieser Bestimmung sind eine Reihe weiterer Zulassungen zur Krisenunterstützung teils vom Reichsarbeitsminister, teils von den Präsidenten der Landesarbeitsämter ausgesprochen worden. Neuerdings ist der Personenkreis allgemein dadurch erweitert worden, daß der Reichsarbeitsminister die Landesarbeitsämter ermächtigt hat, vom 28. Januar 1929 an auch die Angehörigen der Industrie der Steine und Erden, soweit ihre Arbeitslosigkeit nicht beruflich ist, sowie die Labor- und Zigarrenarbeiter zur Krisenunterstützung zuzulassen, sofern ein Bedürfnis dazu besteht. Ein erheblicher Hundertsatz der Arbeitslosen kann daher schon heute Krisenunterstützung erhalten. Die Frage, ob noch weitere Berufsgruppen in die Krisenunterstützung einzubeziehen sind, wird zurzeit geprüft.

## Klassische Landbundarbeit.

### 2 Millionen Schulden und 833 Mark Vermögen.

Wie so viele Genossenschaften des Reichslandbundes ist auch die Landbund L.-G. in Hirschberg (Schlesien) bankrott gegangen. Dieser gibt der Konkursverwaltung bekannt, daß von der Gesamtmasse dieser farnosen Landbundgründung, die genau zwei Jahre existiert hat, sage und schreibe 833 Mark zur Befriedigung der Gläubiger zur Verfügung stehen und daß auf der anderen Seite nicht weniger als 2 Millionen Mark Schulden vorhanden sind. Wie ein lebendiger Hohn auf die „Sorge“, die sich der Reichslandbund um die deutschen Bauern macht, wirkt die Mitteilung, daß die Geschädigten bei dieser furchterlichen Pleite hauptsächlich wieder mittlere und kleinere Bauern des an sich schon armen Riesengebietes sind. Wieder sind es Bauern und keine Großagrarien, die vom Reichslandbund auf das schwerste geprellt werden. Wann wird es mit der kurzfristigen Glaubigkeit aller Bauern gegenüber den Trüben der Landbundbrüchler endlich ein Ende haben?

## Unabhängige Bauern fordern.

### Zur sich Getreidehandelsmonopol. — Gegen schädliche Preischwankungen.

In den letzten Tagen hat die Vertretertagung der deutschen Bauernschaft, der vom Landbund unabhängigen reinen Bauernorganisation, in Berlin statt und in einer Entschiedenheit ihre Forderungen der Öffentlichkeit übergeben.

Die Notlage der Landwirtschaft sei in erster Linie eine Folge der unermesslichen Preis- und Absatzverhältnisse. Für die Durchführung einschneidender Maßnahmen sei das einheitliche Zusammenwirken von Selbsthilfe und Staatshilfe notwendig, für die alle Schichten des deutschen Volkes verständnisvoll zusammenwirken müßten. Notwendig sei eine Zusammenfassung der bestehenden großen landwirtschaftlichen Kreditinstitute zu einer Zentralanstalt. Gekennzeichnete landwirtschaftliche Organisationen, in der Spitze zusammengefaßt zu einem Reichsverband, sollen die Beförderungs- und Verarbeitungseinrichtungen zusammenfassen, die Verbesserung und Standardisierung der Milchprodukte überwachen, den Absatz gemeinsam mit Genossenschaften und freiem Handel regeln und überflüssige Einfuhren einschränken. Die Lebensviehzüchte sollen an die Reichszüchte angepaßt werden.

Charakteristisch ist, daß man sich scharf für die Beseitigung der überflüssigen Schwankungen der Getreidepreise einsetzt. Eine Zentrale für Getreidebewirtschaftung soll bei inländischem Ueberangebot regelnd eingreifen und die ruinöse Wirkung der Preisdrückungen des Weltmarktes in Deutschland mildern. Eine zeitweilig zu erhebende Einfuhrprohibe bzw. die Einführung des Ausfuhrhandelsmonopols soll zur Erhaltung eines Mindestpreises beitragen.

## Hoffmann geht.

### Er sieht die Konsequenzen seiner Disziplinierung.

Magdeburg, 31. Januar.

Wie die „Magdeburger Zeitung“ erfährt, hat Sandgerichtsdirktor Hoffmann, der nach Hamm strafverurteilt worden war, bei preussischen Justizministerium sein Gesuch auf Entlassung ohne Pension eingereicht. Er soll die Absicht haben, sich hier als Rechtsanwalt niederzulassen.

## Ausschluß von Brandler und Thalheimer

### Diesmal wirklich offiziell.

Nachdem die Anhänger Brandlers und Thalheimers längst aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen sind, hat nun nach vielen bürokratischen Verzögerungen die Zentrale Kontrollkommission der russischen kommunistischen Partei die Häupter der Rechtsopposition, Brandler und Thalheimer, aus der russischen kommunistischen Partei und damit aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen.

Der Verfassungsausschuß des Preussischen Landtages beriet am Donnerstagabend den Antrag der Nationalsozialistischen Fraktion, der das Staatsministerium ersucht, das gegen die Wochenchrift „Westdeutscher Beobachter“ in Köln verhängte Verbot mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Das Verbot wurde mit den Stimmen der Regierungspartei und der Deutschen Volkspartei außer Acht gelassen.

Britische Flugzeuge retteten deutsche Frauen und Kinder aus Kabul nach Indien. Die Reichsregierung sprach dafür der englischen Regierung ihren Dank aus.

## Polnische Freiheit.

### Kaufe Disubst-Medaille oder verhungere!

Danzig, 31. Januar.

Zu einer Meldung der „Marienburger Ztg.“, wonach Danziger Eisenbahnbeamte, die den Kauf der Disubst-Medaille abgelehnt hatten und darauf nach Belgien verjagt wurden bzw. auf ihre Weigerung, dieser Verjagung Folge zu leisten, kurzerhand aus dem polnischen Eisenbahndienst entlassen wurden, wird hier mitgeteilt, daß es sich in diesem Falle wohl um Beamte des Danziger Direktionsbezirks handelt, der auch Kommerellen umfaßt, nicht aber um Eisenbahnbeamte Danziger Staatsangehörigkeit. Die Maßnahme der polnischen Eisenbahndirektion richtete sich vor allem gegen Eisenbahnbeamte in Dirschau, die bei der letzten Sejm-Wahl für den deutschen Kandidaten gestimmt hatten. Einige Beamte sind mit ihren Familien nach Marienburg gezogen, wo sie Wohlfahrtsfürsorge erhalten.

## Protest gegen die Halbdiktatur.

Warschau, 31. Januar. (Eigenbericht.)

Im Sejm wandte sich im Namen der deutschen Vereinigung der Abg. Dr. Spige gegen die Winderhaltungspolitik der Regierung, die eine Unterdrückungspolitik ist. Der Deutsche Club werde daher für alle Streichungen, die die Kommissionen bei dem Etat des Innenministeriums vorgelegen haben, stimmen und im übrigen das Budget ablehnen.

Für die radikale Bauernvereinigung erklärte Abg. Domski, daß Polen halbdiktatorisch regiert werde; aus dem Regierungsbüro höre man von einem Tag zum anderen Anregungen zu einem Staatsstreich. „Droht uns nicht,“ so rief Domski, „mit dem Militär. Das Militär ist unser Stolz und wehe dem Soldaten, der sich für parteipolitische Ziele hergibt. Staubt nicht, daß die dreien Wassen wehrlos sind. Verachtet nicht die Demokratie, die das Volk als die einzige richtige Staatsform anerkannt hat. Die Linke in Polen ist auf einen Staatsstreich des Regierungsbüros vorbereitet und wird ihn mit allen Mitteln und um jeden Preis bekämpfen.“

## Auffstandsfeier in Ostoberschlesien.

Katowitz, 31. Januar.

Die polnische Presse berichtet, daß man den 10. Jahrestag des ersten Aufstandes in Ostoberschlesien besonders feierlich begehen will. Diese Feiern sollen nicht weniger als drei Tage in Anspruch nehmen, nämlich den 16. bis 18. August. Am 18. August soll vor dem neuen Wohnschaftsgebäude in Katowitz ein Pantheon der Aufständischen eingeweiht werden.

## Generäle als Bankdirektoren.

Warschau, 31. Januar.

Der Inspektionschef der polnischen Armee, General Dr. Maciejowski ist vom Verwaltungsrat der halbamtlichen staatlichen Bankdirektoren zum stellvertretenden Direktor gewählt worden. Direktor ist General Goretzki.

## Christliche bei den Faschisten.

### „Freiheitsbund“ gegen „Schwund“.

Wien, 31. Januar. (Eigenbericht.)

In einer Rede teilte der Obmann der Christlichsozialen, der Abg. Runkel mit, daß die christlichsozialen Arbeiter einen „Selbstschutzbund“ gegründet haben, den „Freiheitsbund der christlichen Arbeiter“. Die Rede wurde von der bürgerlichen Presse als eine Klage der Christlichsozialen an die Heimwehren aufgefaßt. Jetzt teilt der Obmann der Heimwehren mit, daß der „Freiheitsbund der christlichen Arbeiter“ schon lange besteht und der Heimwehr angegliedert ist; der Führer des „Freiheitsbundes“, der christlichsoziale Bundesrat Dr. Hemala, gehöre sogar seit langem der Zeitung der Heimwehren an, so daß von einer christlichsozialen Gründung gegen die Heimwehren keine Rede sein könne. Viel wird diese Veräufertung der Heimwehren bei der geringen Zahl christlichsozialer Arbeiter nicht bedeuten.

## Der Aufstand in Spanien.

### Ministerpräsident a. D. Guerra verhaftet.

Die Artillerieoffiziers-Verschwörung in Spanien schließt doch tiefere Zusammenhänge zu haben, als die Diktatur zugeben will. Die Tatsache, daß der frühere konservative Ministerpräsident Sanchez Guerra (mit seinem Sohn) verhaftet worden ist, zeugt für die Beteiligung sehr ernstzunehmender und keineswegs mit unzufriedenen Offizieren in einem Tapf zu wandernden Männer an der Verschwörung. Sanchez Guerra, der von Paris aus die Vorbereitungen für eine Aktion geleitet hat, wäre nicht nach Spanien zurückgekehrt, wenn er nicht den Stand der Vorbereitung und den Zeitpunkt zu einem Vorschlag für günstig gehalten hätte. Offenbar ist seine Rolle der Regierung vorzeitig verraten worden, so daß sie sich seiner bemächtigen konnte, ehe er ihr wirksam schaden konnte. Die rasche Verurteilung dreier Offiziere zum Tode zeigt die Absicht des Diktators, durch Abschreckung die Opposition zu lähmen.

Nach neuerer Meldung hat sich Sanchez Guerra nach dem Weggang des Aufstandes der Polizei gestellt und erklärt, er sei allein verantwortlich.

## Japan und das neue China.

### Nationalregierung anerkannt.

Tokio, 31. Januar.

Die japanische Regierung hat beschlossen, die Nanking-Regierung de jure (rechtlich) und de facto (tatsächlich) anzuerkennen. Der Ministerpräsident empfing darauf den chinesischen Geschäftsträger und erklärte ihm, daß der japanische Geschäftsträger in Peking demnächst Tschiangkai-schek sein Beglaubigungsschreiben als Befandier überreichen werde.

Das Außenministerium teilt mit, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit China demnächst in Tokio aufgenommen werden sollen.

## Der Boykott gegen Japan wird nicht abgestellt.

Tokio, 31. Januar. (Ag. Indopacifique.)

Der chinesische Außenminister sagt in seiner Antwort auf den japanischen Protest gegen den antijapanischen Boykott in Hankau, daß es ihm unmöglich sei, die Zwischenfälle abzustellen, da Japan wegen seiner Expedition in das Schantunggebiet die Verantwortung für diese Zwischenfälle trägt.

## Doppelte Moral.



„Arbeit? - Bedauere, mein Betrieb lieat so gut wie still. Wenden Sie sich an die Wohlfahrtspflege!“



„Almosen? - Bedauere, arbeiten Sie! Wer arbeiten will, der findet auch Arbeit!“

## Poincarés Dauerrede über Elsaß.

### Stundenlange Aufzählung der gewährten Vorteile.

Paris, 31. Januar. (Eigenbericht.)

Die Fortsetzung der Elsaß-Rede des Ministerpräsidenten Poincaré am Donnerstag bewegte sich in den gleichen Bahnen nützlichster Ausführlichkeit, mit denen er bereits am Dienstag eine Stunde lang an dem elsässischen Problem vorbeigerebet hatte. Diesmal begann der Ministerpräsident mit einer Aufzählung der materiellen Vorteile, die den einzelnen Berufsklassen durch Frankreich zugesichert worden seien. Wenn man ständig von Fehlern der Verwaltung spreche, so müsse auch bedacht werden, wie schwierig es gewesen sei, die nötige Anzahl von Verwaltungsbeamten zu stellen, die gleichzeitig deutsch und französisch sprechen. So seien diese Ernennungen einfach improvisiert worden. Daraus seien dann Schwierigkeiten entstanden, die jetzt noch nicht behoben wären. Die elsässische Beamtenchasse habe ein Beförderungstatut gefordert. Ein solches konnte jedoch erst im Jahre 1923 der Kammer vorgelegt werden. Die Regierung bemühe sich heute, ein für alle gerechtes System bei den Ernennungen in Anwendung zu bringen. Die Elsaßarbeiter in Elsaß-Lothringen händen sich wesentlich besser als ihre Kollegen im Ausland, nicht minder wie alle im Staatsbetrieb beschäftigten Arbeiter, denen die Regierung eine besondere Vergütung für ihre Zweisprachigkeit zahle.

Die Regierung habe sich ferner stets bemüht, die Zivil- und Militärpensionen an Elsaßer in möglichst großer Höhe auszusprechen. Der Versailles Vertrag verpflichte Frankreich keineswegs zu Pensionzahlungen an frühere deutsche Beamte, aber seit dem Jahre 1922 habe Frankreich bereits die in Wahrheit von Deutschland geschuldeten Pensionzahlungen auf sich genommen. Ja, es würden sogar an Elsaßer und Lothringer Pensionen gezahlt, die außerhalb Elsaß-Lothringens in deutschen Diensten gestanden hätten. Auch für die Kriegsinvaliden sei gesorgt worden.

Poincaré kam dann auf den gegen die Regierung erhobenen Vorwurf zu sprechen, sie halte die

### höheren Verwaltungsposten für Elsaßer verschlossen.

Solche Vorwürfe seien bereits Deutschland gegenüber erhoben worden. Demgegenüber müsse festgestellt werden, daß die Zahl der einheimischen Verwaltungsbeamten seit 1914 sich verdoppelt habe. Die in dieser Hinsicht erhobenen Vorwürfe seien ungerichtet.

Hierauf kam es zu einigen Zwischenfällen, als Poincaré sich wegen der der Regierung vorgeworfenen Verweigerung des Kriegskreuzes an einen Lehrer des Rosen-Departements richterfertigen wollte. Dieser habe während der deutschen Herrschaft eine Reihe von Werken veröffentlicht, die nicht gerade von übertriebener Zärtlichkeit für Frankreich zeugten. Als ein Abgeordneter rief, solche Dinge sollten lieber verschwiegen werden, erwiderte der Ministerpräsident, wenn sie verschwiegen werden sollten, dann werde er von der Tribüne steigen. Ein anderer Abgeordneter rief dozmissen, die elsässische Frage sei keine Defazierungsfrage.

Poincaré fuhr unermüdet fort und suchte weiter zu beweisen, daß die Staatssteuern im Elsaß nicht so hoch seien wie im übrigen Frankreich. Für die hohen Kommunalsteuern seien die Gemeinden selbst verantwortlich. Die Regierung prüfe zurzeit einen umfassenden Entwurf einer Reform der Kommunalsteuer.

Die Sitzung wurde hierauf um 5 Uhr unterbrochen.

Am weiteren Verlauf seiner Ausführungen erklärte Poincaré u. a.: Als wir im Jahre 1918 Elsaß und Lothringen wiedergewonnen haben, wußten wir, daß eine fremde Verwaltung sich bemüht hatte, wenn nicht die Herzen, so doch mindestens die Geister zu entzweien und daß andererseits eine große Mehrheit der Bevölkerung getreu das Deutsche oder den Dialekt sprach. Am Vorabend des Krieges von 1870 war das französische im elsässischen Volk mit der beherrschenden Sprache geworden. Nach der Besetzung versuchten die Deutschen überall das Französische zu vertreiben. Die elsässischen Abgeordneten haben unaufhörlich im Reichstag gegen den Ausschluß des französischen Unterrichts Einspruch erhoben und haben Deutschland nur allmählich einige Zugeständnisse abringen können. Nach dem Kriege bemühten wir uns, der Bevölkerung, die nur das Deutsche kannte, nicht allzu große Schwierigkeiten der Anpassung aufzuzwingen. In der Verwaltung, in den Gerichten und besonders in den Schulen wurde gleichzeitig die Verwendung der beiden Sprachen angeordnet. Die jungen Elsaßer müssen nach Verlassen der Volksschule französisch und deutsch können, wobei der Hauptplatz dem Französischen eingeräumt bleibt.

Auf den konfessionellen Charakter der elsässischen Schule eingehend, sagte Poincaré weiterhin, Frankreich habe sich im

Jahre 1919 gezwungen gesehen, die im Elsaß bestehenden Gebräuche zu berücksichtigen. Er sei dem Elsaß gegenüber die

### feierliche Verpflichtung eingegangen,

eine Affirmierung zu bekämpfen, die nicht von der ganzen Bevölkerung verlangt wurde. Der klare Wille von Elsaß und Lothringen sei die Beibehaltung des Status quo. Ein Gewaltstreich wäre Frankreich unwürdig und würde einen unverzeihlichen Fehler bedeuten. Es wäre unzulässig, gegen gelegentliche Fehler der elsässischen Geislischen Zwangsmassnahmen zu ergreifen. Der Bischof von Straßburg, der seine doppelte Pflicht als Priester und Soldat (?) erfülle, habe gemäß Geislischen bestrafte, die das Gesetz nicht beachteten. Nach weiteren Ausführungen über das im Elsaß bestehende Konfordat erklärte Poincaré, daß er in der Freitags-Sitzung über die autonomistischen Umtriebe sprechen werde.

Zum Schluß der Sitzung beantwortete Außenminister Briand eine Anfrage über den Rückhaltungs, wobei er hervorhob, daß das englische Volk sich gegenwärtig mit der Frage beschäftige und die Regierung die Angelegenheit einer gründlichen Untersuchung unterworfen habe. Die Pflicht des französischen Ministeriums sei, das Ergebnis dieser Prüfung abzuwarten.

## Litauische Putschisten verhaftet.

### Plechajewitsch auch dabei.

Riga, 31. Januar. (Eigenbericht.)

Auf Veranlassung des Ministerpräsidenten Woldemaros ist der vor einigen Tagen von seinem Amt zurückgetretene General-Kabschef der litauischen Armee, Oberst Plechajewitsch verhaftet worden. Außerdem wurden 16 andere höhere Offiziere unter dem Verdacht der Vorbereitung eines Putsches festgenommen.

Plechajewitsch war es, der seinerzeit durch Mißbrauch der auf die Republik und ihre Verfassung vertheidigten, aber zum Gehorham gegen Dienstbefehle verpflichteten Armee, die verfassungsmäßige Regierung Dr. Grinius gestürzt, die Diktatur Smeiona-Woldemaros aufgerichtet und seither aufrechterhalten hat. Woldemaros kennt natürlich keine Pappenhelme und ist einem neuen Putsch unzugänglich. Ob mit Erfolg, wird sich bald zeigen.

## Die Nachbarn Afghanistans.

### Unruhe in Nordwestindien.

Delhi, 31. Januar.

Der Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Brog, erklärte im Parlament im Namen der Regierung, die militärische Lage an der nordwestlichen Grenze sei während der ganzen Zeit der Wirren in Afghanistan stets normal geblieben. Das tägliche Leben in den Grenzregionen habe in keiner Weise eine Störung erfahren. Die einzige Abwechslung sei der Abflug der britischen Flugzeuge nach Kabul gewesen, um die Frauen und Kinder von dort abzuholen. Die politische Lage diesseits der indischen Grenze sei außerordentlich ruhig. Jedoch hätten die Stämme ein großes Interesse für den Bürgerkrieg in Afghanistan gezeigt, und die Anhänger der drei Regierungen in Kabul, Dschalalabad und Kandahar hätten um ihre Unterstützung geworben. Die britischen Offiziere der Grenzregionen hätten große Mühe gehabt, die Stämme daran zu verhindern, unüberlegt zu handeln und die Politik der strikten Neutralität zu verlassen.

Das seit zwei Tagen vermisste britische Truppentransportflugzeug ist am Donnerstag in Kabul gelandet. Der Grund für die Verzögerung ist nicht bekannt.

Einschränkung französischer Mandate. Die Zeitschrift „France Militaire“ kündigt für 1929 eingeschränkte Mandate an, da an der Umorganisation des Heeres gearbeitet werde. Es sollen stattfinden: acht bis zehnjährige Mandate mit Schwarzkriegern auf dem Truppenübungsplatz Meidun (eine Infanteriedivision, Tanks, Dragoner und Artillerie), ferner Marschübungen von mindestens einer Woche Dauer in den Bogenen und Marschübungen im Gebirge (in den Pyrenäen) von zwölf Tagen.



# Berlin als Weltstadt

## Anregung und Kritik

### Eine abendliche Rückfahrkarte.

Bleibt hin und zurück — die schöne Gewißheit, daß man die heimlichen Plätzen wieder erreichen kann, auch wenn man alles Geld verlor hat, war eine Beruhigung nicht nur für den Reisenden, sondern auch für Weib und Kind. Bei der Untergrundbahn ist diese Sicherheit nicht gegeben. Wenn du dich im Spiel — also nicht in der Liebe hast, deinen letzten Groschen weggeben mußt — dann kannst du lange an der Porte zur Unterwelt stehen, bis du eine mitleidige Seele findest, die dir zwanzig Pfennig auf dein christliches Gesicht gibt. . . . Ausnahmeverhältnisse — wird der Leser fragen, aber in einer „Weltstadt“ mit ferkationshungrigen Besuchern sind sie denkbar. Und diese Retourkassensicherheit hat noch eine andere Bedeutung und das für uns alle. Du gehst ins Theater, das so bequem an der U-Bahn-Haltestelle liegt — und nach Schluß der Vorstellung siehst du den langen Strom der Zuschauer resp. Zuschauer, die in den Schluß hineinkriechen. Rügen nach so viele Schalter geöffnet sein — es soll sich die Menschenmasse zusammen und während du Schlangensiehe, fährt „dein“ Zug davon. Wenn du vorher eine Rückfahrkarte hättest lösen können, wärest du noch bequem mitgekommen. . . . Wäre es also nicht möglich, eine in Farbe und Ausdruck ganz andere Abendkarte auszugeben, auf der etwa stünde: „Nur gültig am . . . (Tagstempel) nach 21 Uhr abends.“ Mißbrauch könnte damit nicht getrieben werden — und das böse Lied vom Warten wäre um eine Strophe kürzer. . . .

### Mehr Höflichkeit.

Berlin kann, soll und will Weltstadt werden (nach mancher Seite Ansicht ist es bereits so weit) und man träumt auf Grund der tatsächlichen Zunahme von einem starken Nachschub des Fremdenverkehrs. Wer in anderen Ländern gereist ist, weiß, daß fast überall die höfliche, aber angenehm berübbende Höflichkeit des „Ich bitte“ — „Ich danke“ — in weit höherem Maße vorhanden ist, als bei uns. Der alte preussische Kommissar bleibt solchen Ausländern von Höflichkeit für überflüssig; die Frage war wohl, die Antwort rauh. Heute lebt glücklicherweise in vielen — aber kann man schon sagen: meisten? — Beamtenköpfe die Vorstellung, daß das Publikum nicht wegen der Beamten da ist, und freudiger Bescheid ist keine Ausnahme mehr. Da sollte das Publikum sich auch ein wenig anders benehmen, als es sich — natürlich im Durchschnitt genommen — zeigt. Ich trete vor den Postkassier: „Zwei Karten à 15, bitte . . .“ Ich erhalte sie: „Dreißig Pfennig, bitte . . .“ „Hier, Danke . . .“ Während ich die Karten einlade, tritt ein nettes Mädchen heran: „30 Marken à 5“, wärest du Geld hin — Ausbändigung und Empfang spielt sich morrisos ab. — Ohne jede böse Absicht — einfach, weil nach niemand das Fräulein darauf aufmerksam gemacht hat, daß es hübscher klingt und auch hübscher aussieht, wenn der Mund nicht nur Forderung, sondern auch die höfliche Bitte formt. Wenn Fremde uns so wortfroh und höflichkeitsschwellend honorieren sehen, werden sie vielleicht bei sich sagen: „Wir Büdnen sind doch bessere Menschen. . .“

### Ullchliche Apothekensuche.

Den Apothekenangehörigen ist der Schluß einer Anzahl von Apotheken zur Nachtzeit durchaus zu gönnen. Wer in die unglückliche Lage kommt, nach Geschichtsluhs ein Medikament oder eine heilkräftige Droge gebrauchen zu müssen, wird gern einige Schritte weiter laufen, wenn die ihm bekannte, am schnellsten erreichbare Apotheke zu denen gehört, die in dieser Nacht schließen dürfen. Aber er wird es für wenig erfreulich erachten, wenn der nahe-

wohnende Apotheker es vergißt, anzugeben, wo die nächste offene Apotheke sich befindet. Daß dies — wenn auch vereinzelt — vorkommt, wird wohl nicht bestritten werden können. Bei dieser Gelegenheit mag noch ein Wunsch zur Sprache kommen, dessen Erfüllung wenig kostet. Falls bei einer geschlossenen Apotheke zwei Erlassapotheken angeführt werden, dürfte es sich empfehlen, deren Entfernungen in Metern anzugeben. Oft spielen bei Entfernungen Minuten des Fortbleibens eine wichtige Rolle. Am schönsten wäre es, wenn die Hauswirte einen Anschlag machten, aus dem das stets für längere Zeit festgesetzte nächtliche Offenhalten der nächstliegenden Apotheken ersicht werden könnte. Für die Rettungsjellen findet man häufig einen solchen Ausschlag in den Häusern.

### Vom Potsdamer Platz.

Der Potsdamer Platz gehört zu den am besten regulierten Plätzen Berlins. Wer das schöne Wechselspiel von Rot und Grün betrachtet, kann sicher sein, ungefährt die Brandung der Automaten zu durchqueren. Bis auf eine Ausnahme: auch dieser so vorbildlich erscheinenden Verkehrsregulierung fehlt die „Achtlosigkeit“ nicht. Wer von der Leipziger Straße (aus der Seite der Porzellanmanufakturauflage) kommend, den Platz überqueren, also etwa zur Pankstraße oder zum Wannseebahnhof gelangen will, sieht sich vor Erreichung des rettenden jenseitigen Bürgersteiges den Autos der aus der Potsdamer Straße bei Grünlicht hervordringenden, aber nicht geradeaus, sondern rechtsum fahrenden Autos ausgelegt. Und sie sind nicht schlecht, diese Wagenlenker — mögen sie nun Autodrohschreiber oder Selbstfahrer sein. Auf der anderen Seite der Grenze von Potsdamer Straße und Potsdamer Platz, also vor dem Kassenhausgarten, haben wir stets einen Schrapmann postiert gefunden, der die Wagen sich sammeln ließ und dann ihnen im passenden Augenblick freie Bahn gab. Vielleicht möchte es recht ohne solchen Regulator noch gefährlicher aussehen — aber auch der Passagier zur Linken wäre Schuß zu wünschen. Übrigens ist das „Kalen im die Gde“ eine alte Leidenschaft der Berliner „Herren der Straße“. Früher waren es die Schächlerführer — jetzt die Autos. — Aber auch die Straßenbahnfahrer dürften zum Teil Anspruch auf eine Korrektur haben. Vielfach sammeln die Wagen sich so dicht auf einander, daß der von der anderen Straßenseite kommende Passant durch das Anfahren der vorderen Wagen behindert ist, rechtzeitig die richtige Straßenseite und damit den Zugang zu seinem Wagen zu erreichen.

### Bewag-Anleihe abgeschlossen.

Der Aufsichtsrat der Berliner Städtischen Weltverkehrswerke A.-G. (Bewag) hat am 31. Januar nach erfolgter Zustimmung durch den Mitgliederversammlung das Anleiheangebot des Bankhauses Dillon Read & Co. in New York angenommen. Lediglich mit dem Vorbehalt, daß eine Vertragsbestimmung von an sich untergeordneter Bedeutung noch geändert wird. Diese Anleihe über 15 Millionen Dollar ist mit 6 1/2 Proz. (sechseinhalb Proz.) verzinslich und läuft auf 30 Jahre, jedoch ist frühere Rückzahlung durch die Bewag möglich, und zwar im ersten bis fünften Jahre mit 102 1/2 (einhundertzweieinhalb), im sechsten bis zehnten Jahre mit 101 (einhundert eins), von da ab zu Parl. Die Tilgung erfolgt durch Auslösung zu Pari unter Zurechnung ersparter Zinsen (kumulativer Tilgungsfonds, d. h. Tilgungsbetrag und Zinsen zusammen, ergeben gleichbleibende Jahresbeträge). Als Zeichnungskurs

ist mindestens 93 1/2 Proz. (dreieundneunzig und einhalb Proz.) in Aussicht genommen. Auszahlung an die Gesellschaft beträgt 90 Proz. (neunzig Proz.) (bei einem Zeichnungskurs über 93 1/2 Proz. steigt der Auszahlungskurs um die Hälfte des Mehrbetrages). Die effektive Verzinsung beträgt 7,58 Proz. (sieben Proz., achtundfünfzig Hundertstel) (bei Berücksichtigung der halbjährlichen Zinszahlung 7,69 Proz. (sieben Proz., neunundsechzig Hundertstel). Der Anleiheerlös wird zur weiteren Finanzierung der schwebenden Bauprogramme, insbesondere für die Erweiterung der Verteilungsanlagen (Umformwerke, Ampfanwerke und Kabelnetz) dienen. Die Anleihe ist ohne Bürgschaft der Stadt abgeschlossen, auch sind keine Grundstücke oder sonstigen Werte hypothekarisch oder sonstwie verpfändet. Zum deutschen Treuhänder ist die Deutsche Kreditversicherung A.-G., Berlin, bestellt worden. Als Bevollmächtigte des amerikanischen Bankhauses sind die Verhandlungen von der Deutschen Kreditversicherung A.-G. und dem Bankhaus Dreskus & Co. geführt worden.

### Die Warenhausruine.

#### Gibt es einen Schutz gegen Innendbrände?

Chausseestraße 70, wo gestern noch ein mehrstöckiger Bau sich erhob, in dessen Innern sich von morgens bis abends reges Leben und Treiben abspielte, in dem Hunderte und aber Hunderte aus- und eingingen, da ragen heute nur noch verkohlte Balkenstücke, verbogene Eisenträger und verrückte Mauerreste in die Luft. Dobe, fast gespenstisch wirkt das Hausgerippe. Bis morgens gegen 3 Uhr waren die Löschmannschaften an der Arbeit, und auch gestern noch arbeiteten schichtweise 60 Mann am Herauschaffen der Ueberreste, und der Wasserstrahl war ununterbrochen in Aktion, denn vom Keller heraus schneit es weiter und weiter, und alles ist auch heute noch in dicke Rauchschwaden gehüllt. Auf dem gegenüberliegenden Gehsteig promenierte eine fast unübersehbare Menschenmenge. Schritt für Schritt schrebt sich diese Katastrophe, langsam und der Schupo, den Weg entlang, der dicht mit Glasplättchen gepflastert ist, die von den zerplatzten Fensterheben der Häuser herabfallen. Rufe des Entsetzens und des Entschens werden laut, hinter den zerbrochenen Fensterheben der gegenüberliegenden Häuser verfolgen angstvolle Gesichter den Fortschritt der Aufräumarbeiten. Denn man kann natürlich nie wissen, ob das marode Gebälk, soweit es überhaupt noch vorhanden ist, nicht plötzlich zusammenbricht und die darin arbeitenden Feuerwehrleute unter sich begräbt. Der feuerfeste Kassenstrahl, der den Flammen handgehalten hat, fiel in den Keller, doch war es höher nicht möglich, ihn irgendwie herauszuschaffen. Ein ganzer Fuhrpark von Wagen läßt fortwährend auf, was da von innen herausgeschafft wird. Die Feuerwehrleute waren in einem Morast von Rasse, Schmelz und Dreck. Ein kleiner Schaufelstern mit sechs ehemals weißen Wälschäden hängt, total beschmutzt, aber sonst unversehrt, an dem Hausmahn.

Es wird kaum möglich sein, mit absoluter Genauigkeit die Ursache des Brandunglücks festzustellen, aber alle Wahrscheinlichkeiten sprich dafür, daß der zündende Funke, gleichgültig woher er kam, wunderbare Wirkung an den Gemäßen fand und so das unübersehbare Feuermeer entstehen ließ. Da drängt sich nun die Frage auf, ob denn die Chemie nicht insofern, soziales Unglück zu verhindern? Glücklicherweise ist diese Frage zu bejahen, denn wir besitzen leicht anwendbare und wirksame Verfahren des Feuererschutzes von Gebäuden, und wir besitzen sie nicht erst seit gestern. Dies geht aus einem Vortrag im Verein Deutscher Chemiker, den bereits im Oktober 1922 Dr. E. G. Enggrün im damaligen Rätlichen Bezirksverein hielt, hervor. Es ist eine bekannte Tatsache, daß, wenn erst einmal ein solcher Brand entstanden ist, meist auch die besten Feuerlöschmittel vergeblich. Es lag deshalb nahe, eine dauernde Beseitigung der Brandgefahr durch eine Verhinderung des Entzündens und der Fortpflanzung der Flammen dadurch zu erzielen zu versuchen, daß die brennbaren Gegenstände mit nicht brennbaren und unbreitbar machenden Substanzen imprägniert werden. Schon die alten Römer sollen derartige Versuche angestellt haben, indem sie Holz mit einer Alaunlösung vor den Flammen zu schützen suchten.

# Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Mostac

Calm hatte all die Worte, die in seinen Traum nicht hineingehörten, die er kaum verstand, Roma, Pilger, mitgesprochen — was taten diese Worte, es schlen ihm alles so schön, so wahr. . . . Da aber suchte er sich zusammen. Wie — sie wollten ihn zum König machen? Ihn, den krüppeligen, kleinen Juden, zum König? Ach nein, ach nein, nicht das — man mußte also König werden, wenn man das tat, dann konnte er es doch wohl nicht tun — Calm sank wieder in seinen Stuhl, die Suggestion wollte weichen. „Nicht doch“, sagte er gequält. Nun antwortete Renzi — Calm lauschte wieder auf. Er würde annehmen, gewiß, es war alles aus — Aber nein, nein, Calm fuhr empor: „Nicht also! Frei wollt ich Euch haben!“ „Frei!“ wiederholte er andächtig, jubelnd. „Doch müßte Ihr zum Schöpfer mich der Rechte, Die dem Volke zuerkannt.“ Zum Schöpfer der Rechte! Nicht König! Ja; Schöpfer — das wollte er sein. Das konnte er sein. O — nicht König! Calm hielt sich am Tisch. Seine Stirn suchte, seine Augen füllten sich mit Tränen. Sein Herz schlug im Rhythmus des Jubelchors: „Ein neues Volk erstehet Dir, Ein freies Volk — —“ Es pachte laut hämmernd an die Tür. Wagner rief jäh die Hände vom schreienden Klavier. Sie tauschten bleich, wortlos. Calm sah fragend auf den Zitternden. Wagner winkte ihm zu öffnen. Er hatte seine beiden Hände auf den Tisch gestützt, eng geschlossen. Sie waren weiß vor Erregung. Draußen stand ein schlanker Mann vor einem Reife-

wagen, den Hut vom blonden Haar gezogen. „Ist Herr Kapellmeister Wagner aus Dresden bei Ihnen?“ „Calm schwieg ratlos.“ „Ich komme als Freund.“ „Calm trat beiseite. Der Fremde stürzte ins Zimmer.“ „Semper!“ schrie Wagner auf. „Wir müssen stehen.“ Rief der andere atemlos heraus. „Das Hoftheater —“ „Ich weiß, es ist abgebrannt, aber was hat das —“ „Man hat deinen Vah vor dem Theater gefunden. Salsomon Reiffiger hat dich als Revolutionär bezeichnet, hat dein Signalement gegeben, du wirst der Brandstiftung bezichtigt.“ „Ich — ich —“ „Ich selbst konnte der Verhaftung im letzten Moment entfliehen. Komm schnell. Mein Wagen steht draußen. Wir müssen nach Paris.“ „Von wem weißt du, — wer weiß noch, daß ich hier bin?“ „Im Gasthaus jagte man mir, du sähest dich hier nach Pferden um. Man ahnt noch nichts. Gottlob, daß du noch nicht fort bist! Aber komm schnell! Es ist keine Zeit zu verlieren.“ Wagner griff nach Hut und Mantel. „Nicht doch!“ sagte plötzlich Calm laut, der in der Tür stand. „Wenn die Torwache die Härren Schwierigkeiten macht —“ „Es hilft nichts.“ Semper zerris Wagner zur Tür. „Wir müssen fort!“ „Die Härren sollen je noch fort. Es is gleich drei. Um die Zeit fahre ich memmiesmal oo sonst schon los mit'n Kellwagen. Die Härren kann n sich verstopfen unter de Felle. Wir wern fahren bis ins nächste Dorf. Da kenn ich wän. Ihr Wagen wird nachkommen morgen.“ „Calm,“ sagte Wagner, „ich kann Ihnen heute nicht so danken. Aber später — ich verspreche es Ihnen, — wenn Sie einmal —“ Calm war schon hinaus, öffnete das Hofstor, verständigte sich rasch mit dem Kutscher. Polternd rollte das Gefährt in den Hof. Im Torweg, auf der Treppe von oben, stand, notdürftig angezogen, Sarah. „Was ion los, Vater?“ „Nicht besonders. Ich muß zwee Härren nach Ceethen bringen. Ich schlafen, Tochter!“

Sie ging ruhig wieder hinaus. „Schön ist Ihre Tochter, hübsch!“ sagte Wagner, der mit Semper heraustraten war. Calm spannte die schweren Braunen an, legte Felle in den Wagen, ließ die beiden sich in die Mitte setzen und stapelte Felle um sie auf. Als er eine große Kubhaut über den Hohlraum deckte, in dem sie bequem saßen, küßte Wagner: „Ich glaube, Sie werden bald andere Felle gerden, Herr Calm.“

Abraham Calm schwieg. Sein Gesicht war undurchdringlich. Schwerfällig trock das Gefährt aus dem Hof.

### 5. Der silberne Tod.

Der Herr von Bloß schloß mit müder Hand das schweigende Buch, in dem er seit dem Morgen gelesen hatte. In sein weiches Gesicht, das Gutmütigkeit gerundet und Klugheit gebleicht hatte, brach die nach unten gezogene, kindlich rote Mund einen schmerzlichen gelangweilten Zug, der auch nicht schwand, als er ans Fenster trat und die einzige Straße des Harzdorfes Alexisbad hinabsah. Die Köpfe der alten Bäume hinter den letzten Häusern wackelten wieder mit gewohnter, gleichmäßiger Ueberbleibtheit hin und her, ihr mächtig blaues Knacken klang wie ein fortgesetztes weises Schnalzen. „333“, Kopf nach links und einmal „3“, Kopf nach rechts und einmal „3“ — wie eben Geisse tun. Das Selbstflüchten schlenderte zwischen seinen eigenen Wern wie immer an ihnen vorbei, mit der Gleichmut desjenigen, der nun einmal verdammt ist, sein unendliches Aufsteben in so gelangweilte Gesellschaft zu verbringen. Der resignierte Blick des Herrn von Bloß wanderte zwischen Schreibtisch und Fenster hin und her. „Landschaft und Bücher. Tag für Tag Landschaft und Bücher, und sonst nichts — es ist zum Auswachen!“ dachte er. Von links wo die Schornsteine der Alexisbader Silberhütte mickrig und recht unsilbernen qualmten, kam jetzt ein großer Brautrock mit latschigen Schritten auf das Haus zu. Herr von Bloß begann zu lächeln. War das nicht Ulmer, der Schmied Robert Ulmer aus Bernburg, bei dem er gewohnt hatte, als er das Bernburger Gymnasium absolvierte? Der schwarze Demokratenvollbart, der aber durchaus nicht wässen wollte, ließ endlich keinen Zweifel mehr: es war Ulmer. Bloß ging ihm über die Treppe entgegen und führte ihn selbst in seine kleine, einfache Mietwohnung. (Fortsetzung folgt.)

und seitdem sind unzählige Versuche zur Lösung dieser Frage angestellt worden. Es gibt eine ganze Reihe von Salzen, die sich in besonderen Fällen anwenden lassen, aber nur wenige, welche ganz allgemein und mit Sicherheit angewandt werden können. Bismut sind sie auch zu kostspielig. In dem „Cellon“-Feuerschutz, der bereits 1922 zum Patent angemeldet wurde, liegt ein Präparat vor, das aus einer Mischung verschiedener Substanzen besteht, die einerseits die Entflammbarkeit, andererseits die Blimmwirkung ausheben und deren Flammschutzwirkung zum Teil bisher vollkommen unbekannt war. Es bildet eine leicht in die Gewebe eindringende, farb- und geruchlose Flüssigkeit, die nach dem Trocknen den Weichheitsgrad der Gewebe gar nicht oder kaum beeinträchtigt, die Härzung, den Glanz und Griff nicht ändert. Tatsächlich sind bereits seit 1922, meist auf Anforderung der Feuerweh, Imprägnierungen erfolgt, so in dem Staatstheater, und die Besucher der „Ma“ werden sich wohl daran erinnern, daß in dieser Ausstellung kein Rauchgeruch ausgesprochen war, weil eben gerade die gefährlichen Wandbepan- nungen und Fußbodenbeläge mit „Cellon“-Feuerschutz imprägniert waren. Bei einem Versuch, der im Staatlichen Materialprüfungsamt angestellt wurde, indem zwei mit Holzwolle gefüllte Tafeln, von denen der eine vorher mit „Cellon“-Feuerschutz imprägniert worden war, in ein hellrotes Feuer geworfen wurden, zeigte sich die Schutzwirkung des „Cellon“-Feuerschutzes in eindrucksvoller Weise, insofern, als der nicht imprägnierte Sod sofort in Brand geriet und vollkommen ausbrannte, während der imprägnierte nur an einzelnen Stellen anfohle und mit fast unverändertem Inhalt aus den Flammen herausgezogen werden konnte.

## Terror in Sonnenburg? Beginn der Plädoyers.

Die Gegenfälle zwischen den Sonnenburger Justizhäusern in dem Prozeß gegen die 24 Angeklagten trafen in der gestrigen Verhandlung noch schärfer in Erscheinung.

Ein Gefangener weigerte sich krampfhaft, seine früheren Beschuldigungen gegen einen der Angeklagten zu wiederholen, wobei er sich betrug, daß ihm noch seiner ersten Vernehmung ein „leiser Luftstrom“ aus der Beamtenhaft entgegengeweht sei und daß sich diese Stimmung auch sofort auf das Aufsichtspersonal einer anderen Anstalt übertragen habe, in die er von Sonnenburg verlegt worden sei. Steinbock wiederholte ebenfalls den völligen Widerruf anderer Belastungen und bot in einem schriftlichen Antrag an das Gericht um schleunige Verlegung in eine möglichst weit entfernte Anstalt, damit er nie wieder mit dieser Sache hier in Sonnenburg in Berührung komme. Als dann vor der Vernehmung weiterer Gefangener die Verteidigung beantragte, Paasch und Grünig wegen des Terrors, den sie auf die übrigen Gefangenen ausübten, abzuführen, erklärte Grünig wütend, daß er dann jede weitere Aussage verweigern würde. Dabei blieb er dann auch trotz des begünstigenden Zuredens des Vorsitzenden und verließ den Saal mit den von einer entsprechenden Handbewegung begleiteten Worten: „Geduldt, Schlaf, ich komme nicht wieder.“ Paasch dagegen trat vor und erklärte, er müsse nun, nachdem seine Glaubwürdigkeit immer wieder angezweifelt werde, in seinem eigenen Interesse weitere Aussagen machen, die ihm selbst leid täten. Und nun beschuldigte er seinen früheren Freund unter den Beamten, den Oberwachmeister Raumann, daß dieser für seinen Schwiegervater in Berlin besondere Stiefel in der Anstalt habe anfertigen lassen, und daß Raumann später, als die Sache in Sonnenburg „heiß“ wurde, zum Bahnhof gegangen sei, um dort eine Korrektur der Frachtbücher vorzunehmen, aus denen die näheren Angaben über die von Sonnenburg abgehenden Kollis mit Bekleidungsstücken hervorgehen müßten. Der Bahnarbeiter Goldmann habe dann alle verdächtigen Eintragungen nach den Wünschen Raumanns entsprechend abgeändert. Diese neuen Befundungen von dem Gefangenen Paasch riefen im Saal allgemeines Aufsehen hervor. Staatsanwaltschaftsrat Matthies beantragte sofort, die Frachtbücher des Bahnhofs Sonnenburg zu beschlagnahmen und den betreffenden Bahnarbeiter als Zeugen zu laden. Aus weiteren Aussagen von Gefangenen ging hervor, daß Steinbock zu Beginn der Voruntersuchung in Sonnenburg häufig seine Mitgefangenen am Brunnen um sich versammelt und sie zu belastenden Aussagen gegen die Beamten aufgefordert und ihnen auch geraten hat, sich zu Vernehmungen zu melden, weil sie dort Zigaretten bekämen. Einer dieser Zeugen verlangte sehr entschieden, daß seine Aussage protokolliert werde, weil er nach seinen bisherigen Erfahrungen von Staatsanwaltschaften befürchten müsse, in ein Meineidverfahren verwickelt zu werden. Als Staatsanwaltschaftsrat Dr. Knobloch betonte, daß er seinerzeit auf die Vernehmung gerade dieses Zeugen, des Gefangenen Kumpf, verzichtet habe, weil dieser ganz verschwommene Angaben machte und sich sehr aggressiv benommen habe, trat Kumpf sehr erregt vor Dr. Knobloch und schrie ihn an: „Sie haben gelogen, Herr Staatsanwalt!“ Vorl. (scharf): Ich verbiete Ihnen ganz entschieden derartige Angriffe und Verhörungen. Kumpf (sehr erregt): Oh, ich kenne die Staatsanwälte, Herr Vorsitzender, Gott sei Dank hat meinen der Teufel geholt, ich hätte ihn sonst gern noch einmal gesprochen.

In der Nachmittags Sitzung begannen in Anwesenheit des Ministerialrats Preuß und preussischen Justizministerium die Plädoyers mit der Anklagerede des Staatsanwaltschaftsrates Dr. Matthies.

### Die Strafanträge.

Nach einer eingehenden Würdigung des Ergebnisses der Beweisaufnahme kam der Staatsanwalt zu dem Schluß, daß von den 24 Angeklagten fünf freigesprochen werden müßten. Bei den übrigen 19 komme in den meisten Fällen nur eine Geldstrafe in Frage, da den Beamten zugute gehalten werden müsse, daß der Anstaltsdirektor über sie ein günstiges Urteil abgegeben habe, und daß die Verführung für sie groß gewesen sei. Dies gelte besonders für diejenigen Beamten, die der Heberei schuldig wären. In fünf schwereren Fällen dagegen, wo noch Unterschlagung und Verleitung zum Meineid hinzukommen, müsse eine Freiheitsstrafe Platz greifen. Der Strafantrag lautete gegen den Oberwachmeister Raumann 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, gegen Inspektor Hinkel 3 Monate Gefängnis, gegen Oberwachmeister Weber 2 Monate 2 Wochen Gefängnis, gegen Hilfswachmeister Jabusch 1 Monat 3 Tage Gefängnis, gegen Oberwachmeister Kleinert 1 Monat Gefängnis, gegen 14 weitere angeklagte Beamte Geldstrafen von 20 bis 50 Mark an Stelle von an sich verurteilten Freiheitsstrafen von 7 bis 14 Tagen Gefängnis. Bei fünf Beamten, darunter dem hauptwachmeister Klud und Henrichle, wurde Freisprechung beantragt.

### Polizeioberwachmeister als Fehler.

Wegen fortgesetzter Hausdiebstähle bzw. Heberei wurden eine Frau Martha Ewert aus der Gabelsbergstraße sowie der 32 Jahre alte Polizeioberwachmeister Max Belling aus der Gubener Straße und dessen Frau festgenommen. Frau Ewert war jezt mehreren Jahren in dem Porzellanwarengeschäft von Rahnen- ellendorff in der Frankfurter Allee 58 angestellt. Sie verübte dort, wie jetzt ans Licht gekommen ist, fortgesetzt Hausdiebstähle und brachte die Beute zunächst nach ihrer Wohnung. Den Verkauf besorgte die ihr befreundete Frau Belling und auch der Oberwach- meister beteiligte sich eifrig an diesem Handel. Durch eine anonyme Anzeige wurden die Macherthaten geltend gemacht. Eine Durch- suchung der Wohnungen förderte bei Frau Ewert zwei Wäschkörbe voll gestohlener Porzellanwaren zutage, bei Belling ebenfalls einige Sachen, aber weniger. Das Ehepaar Belling und Frau Ewert wurden festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Der Oberwachmeister und Frau Ewert wurden in Haft gehalten. Frau Belling einwilligen wieder entlassen, weil sie zwei Kinder zu Haus hat.

Ein neues Volkshochschulheim wird in einem Stedlungshaus zu Berlin-Tempelhof am 15. Februar eröffnet. Es handelt sich hierbei um einen Versuch, wie er in ähnlicher Form mit Erfolg schon in anderen Großstädten durchgeführt wurde. In dem Heim

# Bei den Hundertjährigen.

## Die Geburtstagskinder im Hospital Buch.

Haber, blütenweißer Schnee hüllt die ganze Landschaft ein, sobald der Zug das Häusermeer Berlins verläßt. Die Häuser von Buch sind wie mit diesem Zuderzuck bestreut und das Thermometer sinkt hier draußen um ein beträchtliches Stück nach unten. Trophem begnügen einem auf dem Wege zum Altersheim allerlei Leute, denen das Gehen schon recht schwer wird und man weiß, das sind Pflegekinder von dort oben. Die meisten sitzen jetzt zur rauhen Winters- zeit in ihren Stuben oder wenn's gar nicht mehr so recht gehen will, dann liegen sie im Bett. Aber so ganz abgeschlossen haben sie mit all dem Leben und Treiben da draußen deswegen noch lange nicht. Da sind ein paar alte Knaben, die lesen mit viel Interesse täglich ihre Zeitung, sie besuchen sich gegenseitig, kriegen auch mal einen Brief oder Besuch, und sie freuen sich, wenn man ihrer nicht ganz vergißt.

Der Senior des Heimes, Valentin Adamszof, der voriges Jahre seinen Hundertsten feierte, vom Oberbürger- meister die traditionelle Tasse, vom Polizeipräsidenten 100 M. und noch sonst allerlei Ehrungen empfing, ist nun wieder ein Jahr älter geworden. Mit dem Gehen ist's ja nun vorbei, denn die Beine strecken und er liegt meist im Bett. Aber sonst will er vom besseren Jenseits noch lange nichts wissen. Am Kopf seine vielgeliebte Belg- mütze, die er Tag und Nacht aufbehält, am Nachtsch ein Fläschchen Rogmal und eine Flasche Obstwein nebst einem Hyazinthenkopf vom gefragten Geburtstags, in erreichbarer Nähe eine Schnupftobakdose, mehr Ansprüche stellt er schließlich nicht mehr ans Leben. Da brachte ihm einer nachträglich noch Säfte, aber die wies er mit einer energischen Handbewegung zurück. Er ist kerngesund und leidet eben nur an der einen, aber unabänderlichen Krankheit, seinem hohen Alter. Da aber seine Mutter 110 und seine Großmutter 120 Jahre alt wurden, hat er ja Aussicht, noch ein ganzes Weilschen zu leben. Knapp hinter ihm folgt einer, Vater Pappe, der heute 99 Jahre alt wurde. Der ist ebenfalls munter und guter Dinge, ist sogar noch mobiler wie Vater Adamszof und erzählt so allerlei

aus seinem langen Leben. Er ist in Angermünde geboren, wo seine Eltern eine Landwirtschaft betrieben. Durch Brand hatten sie alles verloren und so mußten sich die Kinder nach einem andern Beruf umsehen. Vater Pappe, das Geburtstagskind, wurde Schneider und zog nach Berlin. Inzwischen hat er aber noch etwas für uns heutigen Interessantes erlebt. Als im Jahre 1840 — er war damals 10 Jahre alt — die erste Eisenbahn von Berlin nach Stettin gebaut wurde, da machte er die erste Freifahrt mit. Die beiden Kriege 1864 und 1866 hat er nicht alio mitgemacht, er war damals schon aus dem triegspflichtigen Alter hinaus. Aber von der damaligen Teuerung weiß er auch noch ein Vieh zu erzählen, und die Brote, die 4 Groschen kosteten, waren so klein, daß man sie fast in die Tasche stecken konnte. Er ist ein vielgereister Herr und war sogar schon in Amerika. In den Jahren 1893—96 be- suchte er seinen dort lebenden Neffen, der ihm auf der Ausstellung in Chicago einen Posten als Aufseher verschaffte; als später der große Banktrach drüben kam, machte er schäumig, daß mit seinem Ersparten wieder in die Heimat kam und hier seinen alten Beruf, die Schneiderei, wieder weiter ausübte. Krank war er nie, nur als er aus Amerika zurückkam, bekam er durch Erfüllung einer Brustfellentzündung und mußte 14 Tage in der Charité liegen. Das wurde ihm auf die Dauer zu langweilig und er dokierte auf gut Glück zu Hause weiter, solange, bis er wirklich wieder gesund wurde. Er war zweimal verheiratet und hatte insgesamt 9 Kinder. Alles ist tot, nur Neffen und Nichten leben noch.

Der Drittälteste ist Vater Albrecht, der 97 Jährchen auf dem Buch hat, aber auch noch recht rüstig ist und fast täglich seinen Spaziergang macht. Veltz fühlte er sich allerdings nicht wohl, lag zu Spate und hatte für Interviews auch nicht das geringste Interesse.

Ein „junger Mann“ von 80 Jahren, Friedrich Bander- mann, machte die Homeurs.

# Wer trägt den Schaden?

## Der Einbruch in die Depostitenkaffe am Wittenbergplatz.

Schon von weitem sieht man, daß es besonders die Gasse am Wittenbergplatz den Fußgängern angetan hat. Und wenn man sich den Brennpunkt dieses Bankeinbruches näher beseht, ist man doch überrascht, daß die Täter mit solcher Großzügigkeit dieses Kapitalunternehmens bewilligen konnten. Die Knacker haben gelernt, und zwar mit sicherem Blick erkannten sie, daß die vor kurzem er- öffnete Filiale das geeignete Objekt sei.

Faßt man die tatsächliche Frage ins Auge, wer trägt eigent- lich den Schaden, so stehen wir in einem Chaos der Verwirrungen, aus der nur das eine hervorgeht, daß die Bank sich zu keinem Erfag verpflichtet fühlt. Man erzählt, daß die Parteien und Mieter der Stahlfächer bei Herrn Dr. Pächter, der Rechts- beistand der Zentrale der Discontobank ist, vorstellig sind. Es soll dort zu sehr unerquicklichen Auseinandersetzungen gekommen sein. Die Endergebnisse werden wohl juristische Experten zu lösen haben, denn die Stahlfächerinhaber sind

### nicht durch Versicherung gegen Einbruch geschützt.

denn nach menschlichem Ermessen hätte eher weiß Gott was passieren können, als dieser Einbruch. Und da der Bank die Handhabe und Kontrolle über die Höhe der Werke fehlt, steht sie auf dem Stand- punkt, daß, wenn nicht die Wertobjekte durch Privatversicherungen gesichert sind, sie keinen Schadenersag übernehmen kann. Aus den Bestimmungen der Bank geht hervor, daß die Stahlfächer völlig gegen Feuer und jede Vernichtung sicher sind. Aber eben nur nicht gegen Einbruch. Die Bestimmung geht weiter, daß jeder Inhaber des Safes ohne Kontrolle und mit dem alleinigen Verfügungsrecht handelt. Das heißt, wenn er die Wert- objekte in seinem Haus untergebracht hätte, daß ihm ebensoviel Risiko geblieben wäre. Ueber diesen Punkt wird zu denken sein, denn was heute in einer Filiale passiert, kann morgen vielleicht schon in einer Zentrale gesätigt sein. Die Herren Einbrecher sehen sich in Anbetracht der schnelllebigkeit Zeit genötigt, mit einem Schlag gleich hunderte von Einlegern ihres Eigentums zu berauben. Daher auch das Schwanken über die Höhe der Summe, die geraubt wurde. Beweisen Sie dem Inhaber eines Safes, daß er nicht hunderttausend Mark darin gehabt hat. Wer kann es? Die Steuer? Die Bank?

können zehn junge Arbeiter wohnen, von dem Heim aus ihrer Arbeit nachgehen und so die Kosten des Heimaufenthaltes selbst tragen. Zwei Drittel des Verdienstes, jedoch nicht über 20 M. wöchentlich, werden in eine gemeinsame Kasse abgeführt. An drei Abenden in der Woche finden Arbeitsgemeinschaften statt, die die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und pädagogischen Fragen der Arbeiterbewegung zum Gegenstand haben. Der Kursus läuft bis zum 30. November des Jahres. Meldung und Auskunft bei dem Leiter Günter Krotzka, Tempelhof, Wolframstraße 57, Södring 875.

### Kartoffeltag.

Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß der „Deutsche Kartoffel- tag“ im Rahmen der „Grünen Woche“ sich etwa mit den Preisen für Speisekartoffeln beschäftigen würde, die in Berlin bereits 60 bis 70 Pf. für 10 Pfund kosten; mit solchen Kleinigkeiten geben sich die Deutschen Kartoffelbauern nicht ab.

Der Kartoffelbau wurde in der Eingangsrede des Vorsitzenden o. Regenborn als nicht mehr lohnend bezeichnet, eine weitere Verminderung der Rentabilität wäre nicht mehr zu tragen. Den Eingaben, mit entsprechenden zollpolitischen Maßnahmen den Kar- toffelzüchtern zu helfen, hat die Regierung nicht entsprochen, ebenso stellte sie „keine Leute zur Behebung des Arbeitermangels“. — In seinem Referat „Die Bedeutung der Kartoffelbrennerei für den Kartoffelbau“ zeigte Professor Dr. Handua vom Institut für Öhrungsgewerbe die Möglichkeiten einer Rentabi- lität auf, die in der Verarbeitung der Kartoffel zu Spiritus liegen. Der Vortrag des Direktors Jany. „Wie kann die deutsche Kartoffel marktgängiger gemacht werden?“ brachte folgenden prak- tischen Vorschlag zur „Selbsthilfe“: Die Tatsache, daß selbst bei einer so hohen Ernte wie der diesjährigen die Kartoffeln verarbeitenden Gewerbe in einigen Landestellen (Schlesien) nicht genügend mit Kartoffeln versehen werden können, weil infolge der entscheidenden Frachtkosten der Rohstoff gegenüber den Fabrikarpreisen zu teuer wird, legt den Gedanken nahe, daß eine Organisation geschaffen

hat keine Mittel, es festzustellen. Nur der Mieter des Safes. Da es aber auch solche geben soll, die Pakete von rotgestem- pelten alten Tausendmarktscheinen in den Safe legen, sehen wir sehr skeptisch der Angabe entgegen, wieviel eigentlich geraubt worden ist. Die einzig richtige und ehrliche Auskunft können uns nur die Spe- zialeinbrecher geben. Wollen wir hoffen, daß sie uns in einigen Tagen mit einem großen Bluff überfallen.

Im Laufe des Donnerstag vormittag fand bei dem Polizeipre- sidenten Dr. Weis eine Besprechung von Sachverständigen statt, an der auch zwei Direktoren der Discontobank teil- nahmen. Es wurde der Beschuh gefaßt, auch andere Bankkongerne, deren Trejore ebenfalls der Gefahr ausgesetzt sind, für eine ge- meinsame Abwehraktion gegen die Gelbhrantknacker- bänden zu gewinnen. Von der Bank liegt bis zur Stunde noch keine Aufstellung über die Höhe der entwendeten Werte vor. Einer der Safeinhaber meldete sich persönlich bei der Kriminalpolizei und teilte mit, daß aus seinem Fach eine Menge dort deponierter wertvoller und seltener Briefmarken gestohlen seien. Da trotz wiederholter Vernehmung der Hausbewohner auch bis jetzt niemand einen Fingerzeig hat geben können, so ist die Kriminalpolizei in der Hauptsache auf eine genaue Beschreibung der gestohlenen S- schmuck- und Wertgegenstände angewiesen. Je weiter die Zeit fortschreitet, um so schwieriger ist es, eine Spur zu finden, wenn der Behörde nicht alle Unterstützung durch die Bestohlenen zuteil wird. Es ist zu bedenken, daß die Einbrecher bereits einen Vorrang von vier Tagen haben. Da ihnen auch genügend Bargeld in die Hände gefallen ist, so sind sie in der Bewegungsfreiheit nicht gebremst und können schnell den Abfag der Juwelen vornehmen. An alle Bestohlenen und an das andere Publikum ergeht nochmals die Bitte, alle Wahrnehmungen und Mitteilungen, die zur Aufklärung bei- tragen können, auf dem schnellsten Wege dem Kriminalkommissar Zapfe, Dienststelle B 6 im Polizeipräsidium zuzustellen. Das gilt auch für Zeitungsausrufer und Austrägerinnen, Bäcker- und Milch- jingern, die gewohnheitsmäßig die Häuser früh betreten und vielleicht irgendeine auffällige Erscheinung beobachtet haben.

werden muß, die auf diesem Gebiet einen Ausgleich herbeiführt. Von der Reichsbahn sind weitere wesentliche Opfer nicht zu er- warten, auch wechseln die Witterungseinflüsse jedes Jahr, so daß sich die Verhältnisse fortgesetzt verschlehen. Eine Aufnahmegorgani- sation, die lediglich die Aufgabe hat, bei Bedarf in den Markt ein- zugreifen und die Frachten, wenn nötig, ganz oder teilweise auf sich zu nehmen, scheint zu diesem Zwecke erforderlich.

Die Schulfarm Insel Scharfenberg bei Tegel nimmt Ostern 1929 wieder Schüler auf, und zwar können beim Veltter schriftlich oder in den Sprechstunden von 11—1 und von 2—5 Uhr an den Februar- und März-Sonntagen angemeldet werden: Quartaner aller höheren Schulen Berlins, die Ostern nach Untertertia verlegt werden, sowie Gemeinbeschüler, die Ostern die zweite oder erste Klasse hinter sich haben und die Aufbauschule besuchen wollen. Die Unterhaltskosten, deren Mindestsag 90 Pf. pro Tag beträgt, staffeln sich nach dem Einkommen der Eltern.

**ELIDA SHAMPOO**

bewahrt  
natürliche Wellen  
Ondulation  
hält länger

L. PARFUMERIE „ELIDA“ A.-O., LEIPZIG 3

Senden Sie mir kostenlos ein Käßchen ELIDA SHAMPOO

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Kleben Sie den ausgefüllten Kupon auf die Rückseite eines Postkarte.



# Aus der Arbeit der Bezirke.

## Gegen den Rummelplaklärm.

4. Bezirk. — Prenzlauer Berg.

Zur Erledigung einer ganzen Reihe von Vorlagen sind in diesem Monat eine außerordentliche Sitzung notwendig. Auf Antrag unserer Fraktion wurde beschlossen, daß das Bezirksamt die notwendigen Schritte einzuleiten hat, um die Belästigungen, denen die Anwohner durch den Rummelplatz auf dem Grundstück Kastanienallee 97-99 ausgeführt sind, zu beseitigen. Für die Beschaffung eines Chronometers für das Hufeland-Hospital wurden die Mittel bewilligt. Desgleichen für die Renovierung der Räume des Verwaltungsgebäudes Gleimsstraße 30. Ferner für den Kauf eines Kleinautos und den dafür notwendigen Ausbau einer Garage. Ein Antrag der KPD-Fraktion, zu veranlassen, daß die in den Vorjahren geschlossenen Tagesheime für Jugendliche wieder geöffnet werden, wurde abgelehnt, nachdem Stadtrat Dr. Friedrichs darauf hingewiesen hatte, daß wir für die bestehenden Heime nur notdürftig die Mittel erhalten haben, daß das Mädchenheim noch nicht belegt und es ausichtslos sei, deswegen an den Magistrat heranzutreten. Dann seien auch keine Räume dafür vorhanden und schwerlich zu bekommen. Ein weiterer Antrag der KPD-Fraktion, bei dem Polizeipräsidenten dahin zu wirken, daß das Verbot von Kundgebungen und Demonstrationen unter freiem Himmel aufgehoben wird, wurde nach einem Hinweis unseres Genossen Lüttner darauf, daß zu solchen Beschlüssen die Bezirksverordnetenversammlung nicht der richtige Ort sei, durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. — In einem Dringlichkeitsantrag erluchte die KPD-Fraktion, die vom Bezirksamt getroffenen Maßnahmen im Hufeland-Hospital zur Behebung der Bettennot während der Grippeepidemie nicht zur Durchführung zu bringen, wegen der nach ihrer Meinung damit verbundenen Unzulänglichkeiten für alle Insassen. Unser Genosse Bürgermeister Dr. Dittowski bewies ihnen, daß sie falsch informiert seien; es müsse durch organische Maßnahmen versucht werden, in dem Hospital noch bis 150 Betten unterzubringen; einen besseren Weg gebe es zurzeit leider nicht. Im übrigen wurde festgestellt, daß alle Maßnahmen mit Zustimmung des Anstaltsdirektors getroffen seien. Der Antrag wurde darauf abgelehnt. — Ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion, in dem das Bezirksamt ersucht wird, beim Magistrat dahin zu wirken, daß eine Beschäftigung von Postkutschern auf Grund einer Magistratsverfügung vom 24. September 1928 nicht weiter stattfindet, und daß an Stelle dieser nur halbbeschäftigten vollbeschäftigten Arbeiter und Angestellte ordnungsgemäß einstellt werden; wurde mit großer Mehrheit angenommen. Auch ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion der Mitte, in dem das Bezirksamt ersucht wird, bei der bevorstehenden Umorganisation im höheren Schulwesen für die Erhaltung des gymnasialen und realgymnasialen Zuges des Sophiengymnasiums, Wandstraße 2, einzutreten, fand einstimmige Annahme. In einem Antrage unserer Fraktion wurde bemängelt, daß die Bureaus, die die „Bewag“ in der Sonnenburger Ecke Ropenhagener Straße eröffnet hat und die täglich von mehreren hundert Personen aufgesucht werden, vor allem in ihren Zugängen — eine schmale Wendeltreppe — nicht den Erfordernissen entsprechen. Kinder geraten leicht in die Gefahr, herabzufallen. Die Verwaltung beauftragte das Bezirksamt, auf die „Bewag“ einzuwirken, daß ein anderer Zugang zu diesen Bureaus geöffnet wird, aber aber, daß die Bureaus noch einer anderen Seite verlegt werden.

## Kommunistisches Theater.

14. Bezirk Neukölln.

In der ersten Bezirksversammlung nach Neujahr versuchten die Kommunisten bei der Vorkonferenzwahl den bereits bekannten Trick, auch in Neukölln das Bureau nur mit Sozialdemokraten und ihren Leuten zu besetzen. Unsere Fraktion tat ihnen den Gefallen, sich vor der Verantwortung zu drücken, nicht, sondern wählte, der Zusammensetzung der Versammlung entsprechend, nachdem unser Genosse Kurt Großmann wieder zum Vorsitzenden gewählt worden war, den Kommunisten Schill als Stellvertreter. Wer nun glaubte, daß die KPD, ihren Kandidaten zurückzuziehen würden, hatte sich schwer getäuscht. Unter stürmischem Gelächter mußte er annehmen. Jeder blamiert sich so gut er kann. Bei der Vorlage über Anforderung von Mitteln für die bereits im „Vorwärts“ mehrmals besprochene Einheitschule am Dammweg leistete sich der „Schulachmann der Bürgerlichen Vereinigung“, Stadtrat Dr. Bierbach, einen besonderen Witz, indem er dieses von hervorragenden Kapazitäten auf dem Gebiet der Schule als einzig dastehendes Projekt mit einem pädagogischen Warenhaus verglich. Unser Redner, Genosse Fritz Schulz rechnete mit Dr. Bierbach ab. Angriffe des Kommunisten Lange, der auch zu dem Thema gesprochen hatte, wurden ignoriert, weil die Fraktion beschlossen hat, ihm solange nicht zu antworten, bis er sich andere Rankieren angewöhnt hat. Im übrigen verweist Genosse Schulz auf eine Karikatur Langes im „Abend“, die ihn zur Genüge charakterisiert. Wie von einer Tarantel gestochen schnellte Lange in die Höhe und erklärte, daß er in der Uniform eines Rotfrontkämpfers einen sozialdemokratischen Redakteur vom Tode des Ericinkens gerettet habe. Das sei wohl der Dank. In Zukunft werde er jeden SPD-Mann ertrinken lassen. Bei dem Antrag unserer Fraktion über Maßnahmen zur strengsten Durchführung der Feuer- und baupolizeilichen Vorschriften hinsichtlich der feuergefährlichen Betriebe wies Genosse Drosdatus auf die Mängel der Gewerbeaufsicht hin. In Berlin kommen auf 47 000 Betriebe 46 Beamte. Alle drei Jahre können die Betriebe nur durchkontrolliert werden. Der Redner verlangte Uebernahme der Feuerpolizei auf die Stadt und Zuziehung von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern als Kontrolleure. Bürgermeister Genosse Scholz gab zu, daß unter den bis jetzt bestehenden Zuständen eine fortlaufende und ausreichende Kontrolle unmöglich sei. Hier seien 3 B. nur drei Innen- und drei Außenbeamte beschäftigt. Jetzt hat der Oberbürgermeister von Neukölln nach zwei Techniker zur Kontrolle zugezogen. Auch er ist für Hinzuziehung von Vertretern der organisierten Arbeiterschaft und Uebernahme der Feuerpolizei auf

die Stadt Berlin. Dann kam es zu den bisher kurz geschilderten Vorgängen, die ein Weitergehen der Versammlung unmöglich machten. Geradezu widerlich war die Art, wie die Kommunisten für Sprengung der Sitzung sorgten und ihre Brüder im Vorraum des Rathauses postierten, wo denn unsere Genossen beim Verlassen des Gebäudes in gemeinster Weise beschimpft wurden. Wenn nicht der letzte Kredit der Bezirksversammlung erschüttert werden soll, wird unsere Fraktion ernstlich überlegen müssen, ob sie diese plamäßig organisierten Ueberfälle auf die Dauer ertragen will.

## Das Zentrum gegen Kindergärten.

15. Bezirk. — Treptow.

In der letzten Sitzung der Bezirksversammlung wurde der Genosse Strieder wieder zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt. Die Kommunisten hatten, wie in anderen Versammlungen, beantragt, den Vorstand nur aus Kommunisten und Sozialdemokraten zusammenzusetzen. Der Genosse Becker gab eine Erklärung ab, daß wir gemäß den parlamentarischen Gepflogenheiten die Beteiligung aller Fraktionen am Vorstand wünschen. Durch ihre scharfe Taktik haben auch in dieser Versammlung die Kommunisten erreicht, daß sie nicht in dem Vorstand vertreten sind. Von der Schaffung besonderer Sprechstunden für die Kranken- und Gemüstranken, Ehe- und Sexual- sowie sportärztliche Beratung wurde Kenntnis genommen. Der Genosse Strieder begründete einen Antrag unserer Fraktion, den Strassenbahnbahnhof in der Eifenstraße in Treptow nach einer weniger belebten Gegend zu verlegen. Der Uebernahme von drei Holzbohlen des Freibades Wannsee zur Weiterverwendung im Freibad Adlershof und dem Ausbau dieses Freibades wurde zugestimmt. Wie schon in der letzten Sitzung, versuchte auch diesmal der Vertreter des Zentrums durch einen Antrag, den Wert der städtischen Kindergärten herabzusetzen. Von unserer Fraktion ließen es die Gen. Lodenhagen und Lehner an der notwendigen Erwidern nicht fehlen. Ein Abänderungsantrag unserer Fraktion, der die Vermehrung der Zahl der Kindergärtnerinnen vorschlug, wurde nach ausgedehnter Debatte, nachdem der Genosse Stadtrat Peters die Begründung des Zentrumredners widerlegt hatte, angenommen. Die Kommunisten hatten, wie schon in verschiedenen anderen Versammlungen, einen Antrag über die Wohlfahrtsvereine eingebracht. Unter erheblichem Stimmenaufwand versuchte ein KPD-Redner bei den Tribünenbesuchern für den Antrag Stimmung zu machen. Der Genosse Stadtrat Rißner empfahl der Versammlung, einem Abänderungsantrag unserer Fraktion zuzustimmen. Die Bezirksversammlung nahm schließlich unseren Antrag an. Von unserer Fraktion wurde noch ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der die Abstellung verschiedener Mängel in der 13. Gemeindefschule in Riedersdörferstraße fordert. Der Genosse Liebel begründete den Antrag und forderte das Bezirksamt auf, alles zu tun, damit endlich die Fehler früherer Zeiten gutgemacht werden. Genosse Stadtrat Bernuth erklärte das bisher in dieser Angelegenheit vom Bezirksamt Bernuth. Die Versammlung schloß sich unserem Antrage an. In nichtöffentlicher Sitzung wurde dann noch der Verkauf eines Grundstücks Am Treptower Park behandelt.

## Die Püttberge als Freifläche.

16. Bezirk. — Köpenick.

Die erste Bezirksverordnetenversammlung im neuen Jahre hatte sich zu Beginn mit der Wahl des Bureaus zu beschäftigen. Nach der Direktive Moskows forderten die Kommunisten wie überall die „proletarische Diktatur“ bei der Zusammenlegung, dem unsere Genossen unter Betonung des demokratischen Prinzips und unter scharfer Zurückweisung der demagogischen Wohlwünschen der Geistesarmen entsprechend begegneten. Gewählt wurde unser Genosse Woid mit 22 Stimmen gegen 8 der Kommunisten. Die beiden anderen Posten fielen der Fraktionsstärke entsprechend an die Bürgerlichen, so daß die Kommunisten ausfielen. — Einer Bezirksamtsvorlage, ein 19748 Quadratmeter großes Grundstück in Rahnsdorf zu erwerben, um es als Freifläche der „Püttberge“ auszuweisen, wurde debattiert zugestimmt. Auch der Verkauf des jüdischen Grundstücks, Kiech 16, in Köpenick zur Strohhenerweiterung, sowie eine neue Nachtlinienfestlegung der Straße 50 in Friedrichshagen, die eine Verbreiterung von 16 auf 24 Meter vorsieht, wurde beschlossen. Fand der praktische Teil der Sitzung, abgesehen von der Vorstandssitzung, ruhige und sachliche Erledigung, so sollten die eingebrachten vier Demonstrationsanträge resp. anfragen der Kommunisten in bekannter Manier dazu dienen, durch Anwürfe und Beleuchtungen unserer Partei die „proletarische Einheitsfront“, wie die Kommunisten sie auffassen, der breiten Öffentlichkeit zu demonstrieren. Von unserer Seite wurde ihnen entsprechend gelehrt. Besonders war eine Feststellung des Genossen Bürgermeister Kohl bemerkenswert, die die demagogische Manier der Kommunisten betr. Mißregierung der städtischen Baugesellschaft ins rechte Licht rückte. Danach beträgt die Erhöhung der 2½-Zimmer-Wohnungen nur 2 bis 250 M. monatlich, während die kommunalistischen Demagogen mit einer 2prozentigen Mieterhöhung die Gemüter beunruhigten. — Eine Anfrage unserer Fraktion betr. die mangelhafte Schneebeseitigung im Bezirk wurde von dem Degenerenten dahin beantwortet, daß die Berechtigung der Beschwerde zugunsten sei. Leider hätten nicht entsprechende Mittel zur Verfügung gestanden.

## Unerträgliche Schulverhältnisse.

20. Bezirk. — Reinickendorf.

Die erste Bezirksversammlung im neuen Jahre hatte den Vorstand zu wählen. Das Verlangen der Kommunisten, die bürgerlichen Parteien auszuschließen, wurde abgelehnt. Zum Vorsteher wurde Genosse Rohoff wiedergewählt. Stellvertreter wurden der Demokrat O. S. Müller und der Deutschnationale Gutjahr, Besitzer der Zen-

trumsamt Jähmert und Genosse Wendland. Dadurch, daß die Kommunisten nur für eigene Kandidaten stimmten, hatten sie sich selbst aus dem Vorstand herausgemacht. Den Hauptteil der Beratungen nahm eine Debatte über die ungünstigen Schulverhältnisse im Bezirk ein. Die verschiedensten Fraktionen hatten einen entsprechenden Antrag eingebracht, der das Bezirksamt ersucht, für schleunige Abhilfe zu sorgen. Genosse Weiser wies darauf hin, daß durch das Anwachsen der Bevölkerungszahl im Bezirk um etwa 40 000 Einwohner die Schulräume nicht mehr ausreichen. Durch die vielen Neubauten werden die Schulverhältnisse immer untraglicher. Das Herumziehen der vielen „liegenden Klassen“ im Schulhaus ist vom gesundheitlichen und erzieherischen Standpunkt aus schädlich für die Kinder. Deshalb ist es eine dringende Notwendigkeit, so schnell wie möglich mit dem Bau des Lyzeums und der Volkshochschule in Reinickendorf-Ost und einer Volksschule in Reinickendorf-West zu beginnen. Das langsame Fortschreiten des Schulbaues in Wittenau ist bei der dortigen Raumnot unerträglich. Auch die Jugendheime in Reinickendorf-Ost und -West sind unzureichend und zum Teil unbrauchbar. Deshalb solle man in den zu errichtenden Schulen geeignete Räume dafür herstellen. Auch die übrigen Fraktionen bekundeten dieselbe Ansicht über die schlechten Schulverhältnisse. Genosse Heine erkannte die immer größer werdende Raumnot in den bisherigen Schulen voll und wies darauf hin, daß das Bezirksamt bereits alles versucht hätte, um die notwendigen Mittel dafür zu erlangen. Einstimmig nahm die Bezirksversammlung den Antrag an. — Einstimmig wurde dann die Aufnahme der Ortsteile Tegelfort, Voersfelde, Konradshöhe und Heiligensee in den Geltungsbereich des Ortsgesetzes über die Müllabfuhr beim Magistrat beantragt. In der Aussprache wies neben anderen auch Genosse Wilsdorf auf Klagen wegen der oft unzureichenden Müllabfuhr der Städtischen Müllabfuhrgesellschaft hin. Ein Dringlichkeitsantrag, der auf die Unzulänglichkeit des Krankenhauses bei Epidemien hinweist und verlangt, nur geeignete Baracken zu verwenden, wurde angenommen. — Bei einem Dringlichkeitsantrag der Kommunisten, der mehrere Forderungen für die Erwerbslosen enthielt, stellte Genosse Stadtrat Hecht klar vor Augen, was das Bezirksamt tun kann. Genosse Kreutlein empfahl den Kommunisten, wenn sie es endlich mit den Erwerbslosen meinen, den Antrag an die zuständige Stelle zu richten. Der Antrag in der abgefaßten Form wurde abgelehnt.

## Anfragetag im Rathaus.

Hauswirtepartei als — „Mieterschützer“?

In der Stadtverordnetenversammlung brachten gestern Deutschnationale, Kommunisten und Wirtschaftspartei in Anfragen allerlei Bemängelungen und Wünsche vor. Mit zwei Anfragen, die sich auf die Fachschulen bezogen, schritten die Kommunisten nicht günstig ab. Sich trat die Wirtschaftspartei mit einer Anfrage auf, die sich der von der Warenhausfirma Karstadt verdrängten Bewohner eines Hauses in der Chausseestraße annahm. In der Wirtschaftspartei spielen die Hausbesitzer die Hauptrolle. Hausbesitzer und Mieterschützer — wie reimt sich das? Man wollte wohl nur dem Warenhäuser eins auswaschen. Daß die Firma verpflichtet worden war, den Mietern Ersatzwohnungen zu beschaffen, antwortete ihnen Stadtrat Czerninski. Wüste die Hauswirtepartei das nicht selber?

Eine ganze Reihe Anfragen verschiedener Fraktionen kamen zur Verhandlung. Die Kommunisten wollten wissen, daß der Magistrat einer bestimmten Gruppe Fachschullehrer den Titel „Professor“ verliehen will. Stadtoverordneter Lange (Komm.) begründete in einer mit Ausfällen aller Art gegen die Lehrerschaft und den Stadtschulrat Genossen Rydahl gespickten Rede die Anfrage. Er meinte, der Stadtschulrat könne sich keine Annäherung sparen, man könne sie schon! In seiner Antwort drückte Stadtschulrat Rydahl sein Erstaunen darüber aus, daß die Kommunisten eine Anfrage einreichen und begründen, wenn sie die Antwort schon kannten. Zur Sache selbst war die Auskunft sehr kurz: der Magistrat denkt nicht daran, den Titel Professor in der bezeichneten Weise zu verleihen! — Allgemeines Verdrüßlichsein bei den Kommunisten! — Dann kam die „nationale Agitation“ in den Berliner Berufs- und Fachschulen an die Reihe. Herr Lange verlor es wieder, allerlei Spekulationen, besonders um die Fachschule in der Straßmannstraße zu machen. Es ist dies die Schule, in der der Agitation der rechtsgerichteten Kreise, Lehrer und Schüler, eine entsprechende Gegenagitation der kommunistisch beeinflussten Jugend entgegengebracht wird — vielleicht ist es auch umgekehrt! Stadtschulrat Genosse Rydahl erklärte, daß

Jede politische Agitation in den Schulen unstatthaft

sei; soweit bestimmte Vereine gebildet würden, könne man sich auf eine diesbezügliche Äußerung des Ministers. Lange schmettert dann noch einmal seine Tiraden gegen alle und alles, der Stadtschulrat verzichtete auf nochmalige Antwort. — Eine besonders interessante Anfrage hatten die Wirtschaftspartei eingebracht: Sie interpellierten den Magistrat wegen des Abnehmens, Wachsens und Anbringens der Fenstervorhänge in einer Gemeindefschule durch den Schulhausmeister. Dadurch würden die selbständigen Gewerbetreibenden geschädigt, sagten sie. Und dazu müßte dann auch noch der Stadtschulrat sprechen.

Nach einer stundenlangen Debatte über eine vermeintliche Benachteiligung der Mieter eines für den Bau eines Karstadt-Warenhauses benötigten Hauses in der Liesenstr. 1 wurden ohne Aussprache bewilligt: 250 000 Mark Nachforderung für den Bau des großen Hallenbades in der Gartenstraße, ferner 1 107 000 Mark für die Errichtung eines Hallenbades in Schöneberg und schließlich noch

Husten Sie, dann schnell

1 Flasche Reichold-Hustentropfen, mehrmals täglich 15-20 Tropfen nehmen. Kinder die Hälfte. In Apotheken und Drogerien erhältlich, aber auch nur mit Marke Medico und der Firma Otto Reichold, Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.

**ENVER BEN GOLD 5** Gutscheine  
leeren bell  
ist die beste **Zigarette**

Wittel für die Einrichtung einer Säuglingsfürsorgekassette und eines Behringshomes in der Friedrichshagen 11.

Über eine Vorlage des Magistrats, die die Behausung der Grundstücke rechts und links von der Volkshalle auf dem Bülowplatz mit dem Neubau der Stadtbibliothek und eines städtischen Normalisierungsgebäudes zum Gegenstand hat, berichtet Stadtvorordneter Bunge (Dnt.). Er bezeichnet die Notwendigkeit der Behausung der Plätze als ein Problem, das bereits in der Vorkriegszeit entstand. Der Ausblick hätte sich der Vorlage angegeschlossen. Der Neubau der Stadtbibliothek sei dringend nötig, in dem Normalisierungsgebäude können neben zentralen Behörden auch Dienststellen des Bezirksamtes nützlich untergebracht werden. Gegen das Projekt erhob namens der Deutschnationalen Stadtvorordneter Dethleffen Einspruch, und zwar aus formellen Gründen. Der Magistrat hätte, wie sonst üblich, diesmal keinen Bebauungsplan und keinen Kostenaufschlag aufgestellt. Aus diesem Grunde hätten die Deutschnationalen berechtigtes Mißtrauen, sie glaubten an eine Ueberrumpelung der Stadtvorordneterversammlung. Die Versammlung sollte die Einwände und Bedenken des Redners nicht, sie stimmte dem Ausschussbeschluss mit großer Mehrheit zu. — Zu einer Beschwerde der kommunikalistischen Fraktion wegen unzulässiger Zustände bei der Beschäftigung und Entlohnung des Personals des städtischen Heimes in Metzbad bemerkte Genosse Haß als Berichterstatter, daß sich bei diesen Beschwerden um einen berechtigten Kern eine Menge Beschreibungen, Unrichtigkeiten und Uebertreibungen gruppierten, die im Ausschuss geklärt wurden. Von der Unhaltbarkeit eines Teiles der Beschwerden hätten sich die Kommunisten selbst überzeugt, seit dem 1. Oktober sei auch formale Entlohnung durchgeführt. — Erwähnenswert ist dann noch die Einstellung von 30 Millionen Mark für Jahreshypotheken in die „außerordentliche Verwaltung“ des Staats. Mit der Erledigung von Grundstücksachen schloß die Sitzung.

### Schuldbürgerei in Friedrichshagen.

Unter dieser Spitzmarke brachten wir in der „Stadtblätter“ vom 21. Dezember v. J. von einem den Bezirksförstern (sehr nachsichtiger Parteigenosse) eine Mitteilung, die sich mit der Angelegenheit des zu einem Standat ausgewachsenen Ausbeutes der Straße 30 in Friedrichshagen beschäftigte. Der „Vorwärts“ erhielt dazu eine lange Berichtigung, die schon aus Raumgründen nicht abgedruckt werden konnte. Da aber der erste Artikel von einem Genossen aus der Bezirksversammlung Köpcke stammt, haben wir diesen gebeten, zu der Angelegenheit nochmals Stellung zu nehmen. Wir geben im folgenden seine Erklärung wieder.

Nachdem durch seitenslange Ausführungen der „Niederbarnimer Zeitung“, verbunden mit niedrigen Annäherungen und Verleumdungen der in Frage kommenden Bezirkskommunisten (unser Parteigenosse) und über die Tatsachen der aufgestellten und oft widerlegten Behauptungen, die extreme Rechte den zweifelhafte Ruinand, durch eine „Anfrage an das Bezirksamt“ gegen das Bezirks-

amt vorgestoßen, vor die Schuld der angegriffenen Körperpersonen zu Ende und in der fraglichen Bezirksversammlung wurde an Hand der vorliegenden Akten und Beweise durch den Bürgermeister Genossen Köhler, Stadtrat Genossen Ehrlich und Bezirksvorordneten Genossen Köhler den Interessenten ihr Sündenlaster ausgerechnet, daß sich in der Mehrheit der Versammlung nicht mehr einmal die Empörung Luft machte und nur durch die Friedensschmelze des deutschnationalen Stadtvorordneten Dr. Steiniger sich die Wogen etwas glätteten. Die Tatsachen, die dem Artikel zugrunde liegen, sind Wort für Wort durch die Ausführungen in der Bezirksvorordneterversammlung sowie die dem Verfasser bekannten Unterlagen und amtlichen Beweise der zuständigen Stellen bestätigt und durch kein Türpföchen auf dem i unzulässigen und zu verwischen. Auf dem Knappen zur Verfügung stehenden Raum war es nicht möglich, die in Wirklichkeit noch trauriger liegende Schuldbürgerei in ihrem ganzen Umfange anzuprangern. Wenn aber einzelne Parteigenossen finden, daß durch die Veröffentlichung ihr Eigeninteresse geschädigt würde, und sich als Vorspann für die bürgerliche Clique und ihre Presseorgane benutzen lassen, dann zeigt das von wenig sozialen und politischen Gesamtinteresse.

### Um das Wehrprogramm.

In einer Mitgliederversammlung des 3. Kreises Friedrichshagen in den Andreasfelsen vertrat die Genossin Tony Sender, R. d. R., die auch das Referat über das Wehrprogramm beim Bezirksparlament übernommen hat, ihre Stellung zu der Wehrfrage in der deutschen Republik. Da die Forderungen des Erfurter Programms uns jetzt als milliarisch anmuten, erachtete es die Referentin für notwendig, daß die Sozialdemokratie sich auf dem Gebiet der Wehrfrage Richtlinien gibt, die für die Uebergangsperiode Geltung haben. Zum Schluß machte sich die Rednerin mehrer das Programm des „Kloßentamples“, das über das Verhalten während der Uebergangsperiode überhaupt nichts sagt, noch den Satz der Richtlinien der Wehrkommission, der lautet: „Die Deutsche Republik ist zum Schutze der Selbstbestimmung ihres Volkes zur Aufrechterhaltung einer Wehrmacht genötigt“, zu eigen. Ihr Vorschlag ging vielmehr dahin, diesen Absatz zu streichen durch die Forderung, bei der Durchführung der Abrüstung auch noch unter dem zu bleiben, was der Verfasser Vertrag gestattet. Der Korreferent des Abends, Genosse Furtwängler, bemerkte die internationalen Einschülfungen weniger hoch. Der Stand der Rüstungen des gesamten Auslandes beweise die Notwendigkeit der deutschen Rüstung. Nur eine genügend starke Landesverteidigung sichert ihm die Sicherung des Friedens zu gewährleisten. Genossin Fordus brachte den Antrag auf Streichung des § 3 der Richtlinien ein, den er ungefähr so formuliert: Die Sozialdemokratie lehnt im kapitalistischen Staat die Mittel für die Wehrmacht ab und kämpft für die Befreiung dieser Wehrmacht. Dieser Antrag verfiel mit überragender Majorität der Ablehnung. Die Versammlung

lang machte sich den Standpunkt der Genossin Sender zu eigen, nämlich in Wehrfrage eine Vertagung über die Abstimmung zu dem Wehrprogramm zu erzielen. Bei Ablehnung dieses Antrages müßte ein Antrag auf Durchführung der Verminderung der genehmigten Rüstung zur Abstimmung gebracht werden, der an Stelle der Anerkennung einer Aufrechterhaltung der Wehrmacht zu stehen hätte.

### Musikabend der Arbeiterjugend.

Die Sozialistische Arbeiterjugend, Werbebezirk Kreuzberg, gab unter Mithilfe der Radikalvereinigung des Jungen Chores (D.R.) und des Streichquartetts der 7. weltlichen Schule, Danziger Straße, in der Aula der weltlichen Schule in der Diefenbachstraße einen Musikabend. Man konnte an dem disziplinierten Chor unter seinem modernen Führer Walter Kohde wieder seine Freude haben. Das gut gewählte Programm brachte schöne alte und neuere Volkslieder aus dem 16. und 18. Jahrhundert von Donat, Hasler, Gostoldi usw., dann eine Reihe Volkslieder unbekannter Komponisten in der Bearbeitung von Robert Kahn, Heyden und Rein. Besonders schön und innig klang „Es geht eine dunkle Wolke“ und „Der Lob als Schmittler“, beides Werke unbekannter Komponisten. Wie diese jungen Menschen das oft wirklich Schwierige musikalisch bewältigen — und nicht etwa auf Kosten des Vortrages —, ist schätzenswert. Das mitwirkende Streichquartett brachte Telemanns „Von Amichotte Suite“ und die „Nachtmusik“ von Schubert mit laudermem Strich und gutem Vortrag wirkungsvoll zu Gehör. Der übervolle Saal, in dem die Jugend dominierte, spendete reichen, herzlichen Beifall.

### Gemeinsames Kundbureau der Verkehrs-R.G.

Von Freitag, dem 1. Februar d. J., ab wird das Kundbureau der U-Bahn mit dem Kundbureau für Straßenbahn und Omnibus, Urbanstraße 167, vereinigt. Am Donnerstag, dem 31. d. M., bleibt das Kundbureau wegen des Kundbureaus der U-Bahn (Köthener Straße 12) geschlossen. Das gemeinsame Kundbureau in der Urbanstraße ist geöffnet montags von 10 bis 13 Uhr, Samstags von 10 bis 13 Uhr.

Die sozialdemokratischen Esperantisten sind aus der Disgruppierung Berlin des Arbeiter- Esperanto-Bundes ausgeschieden und haben eine „Freie Arbeiter- Esperanto-Vereinigung, Berlin“, gegründet. Dieselbe kommt jeden Donnerstag von 20 bis 22 Uhr im Jugendheim, Am Ostbahnhof 17, zusammen. Doreltsch, sowie bei der Geschäftsstelle Gen. A. Spree, R. 56, Choriner Str. 45, Auskunft und Anmeldung zu Kurfen.

Der Reichsverband Deutscher Polizeioffiziere hat sich entschlossen, auch in diesem Winter wieder einen Ball in dem gewohnten Rahmen zu veranstalten. Der Ball findet am 1. Februar im Rarmorpal des Zoos statt.

# Reichs-Kredit-Gesellschaft

## Aktiengesellschaft BERLIN.

### Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1928.

Das Jahr 1928 hat gezeigt, daß die deutsche Wirtschaft noch nicht so gelagert ist, wie nach dem Aufschwung im Vorjahre vielfach angenommen wurde. Zwar hat die Gesamtproduktion wieder die Höhe des Jahres 1927 erreicht, dies ist aber nur darauf zurückzuführen, daß der Ernteertrag der Landwirtschaft einen größeren Anteil hatte als im vergangenen Jahre. Obwohl die Warenpreise fast überall wieder sanken, ist die industrielle Erzeugung im Laufe des Jahres 1928 ständig gesunken. Die Kaufkraft des deutschen Volkes blieb trotz weiterer Bevölkerungsabnahme hinter der Leistungsfähigkeit der Industrie weit zurück. Infolge unzureichender Beschäftigung hat sich insbesondere die Lage der Textil- und Lederindustrie sowie der Werften, der Lokomotiv-, Automobil- und Landmaschinenindustrie wesentlich verschlechtert.

Die Landwirtschaft dankt die bessere Ernte der günstigeren Witterung und ihren auf Erhöhung der Produktion und Verbesserung der Qualität der landwirtschaftlichen Produkte gerichteten Bemühungen. Um zur Genugung zu kommen, bedarf es weiler großer Anstrengungen in dieser Richtung, die ebenso wie die Maßnahmen, die zur Erreichung einer besseren Rohstoffbasis der Landwirtschaft eine Verknüpfung und Vereinigung des Weges zwischen Produzent und Konsument herbeiführen sollen, im Interesse der ganzen Volkswirtschaft mit allen Mitteln gefördert werden müssen. Einzuwirken ist die landwirtschaftliche Krise, vor allem in Ostpreußen und Pommern, doch keineswegs überwunden.

Da infolge der großen Belastung die Kapitalbildung im Inlande unzureichend ist, hat die deutsche Wirtschaft auch im abgelaufenen Jahre neue Schulden im Auslande aufnehmen müssen. Die dabei wieder in Erscheinung getretene Bereitwilligkeit zur Zahlung hoher Zinssätze ist lediglich auf die Dringlichkeit des Kapitalbedarfs zurückzuführen. Um nach dem Niedergange, den Krieg und Inflation zur Folge gehabt haben, der Konkurrenz der ausländischen Industrie gegenüber bestehen zu können, ist die deutsche Industrie gezwungen, sich alle technischen Fortschritte, die möglich sind, zu eigen zu machen und das erforderliche Fremdkapital trotz hoher Zinsen aufzunehmen, auch wenn dadurch eine entsprechende Steigerung der Gewinne nicht zu erwarten ist. Außerordentliche Anforderungen an den Kapitalmarkt werden auch durch die Dringlichkeit der Beschaffung von Wohnungen gestellt, an denen immer noch großer Mangel besteht, und durch die Notwendigkeit, die Verkehrswegs- und Verkehrsmittel, deren Zustand zum Schanden lebenswichtiger Teile der deutschen Wirtschaft hinter dem der anderen west- und mitteleuropäischen Länder zurückgeblieben ist, zu verbessern.

Während sich infolge dieser Verhältnisse die Zinssätze auf dem Kapitalmarkt im vorvergangenen Jahre in außerordentlichem Maße bewegten, war der Geldmarkt wieder erheblichen Schwankungen unterworfen. Diese waren weniger durch zufällige Konjunkturschwankungen bestimmt als durch entsprechende Schwankungen auf den ausländischen Geldmärkten, von denen Deutschland auch wie vor abhängig ist. Auch wenn die augenblickliche Erleichterung des Geldmarktes andauern sollte, wird man deshalb bei der eigenartigen Lage der deutschen Wirtschaft nicht erwarten dürfen, daß alsbald eine Besserung der Konjunktur eintritt.

Die Geschäftstätigkeit unserer Gesellschaft hat im Berichtsjahr weiter zugenommen. Die Umsätze sind auf einer Seite des Hauptbuches auf 66,3 Milliarden RM gestiegen.

Zur vorliegenden Bilanz bemerken wir, daß unter Guthaben bei Banken und Bankiers wieder nur die Notguthaben und an diese Banken und Bankiers ausstehende Gelder aufgeführt sind.

Die Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen haben eine erhebliche Zunahme erfahren.

Der Bestand an eigenen Wertpapieren, der sich vornehmlich aus festverzinslichen Schuldverschreibungen zusammensetzt, erscheint vorwiegend. Die Bewertung der Wertpapiere ist in vorstichtiger Weise erfolgt.

Von den Gemeinschaftsgeschäften, an denen wir uns im Berichtsjahr beteiligten, erwähnen wir die folgenden:

### Ueberrahme und Börseneinführung von Anleihen und Pfandbriefen.

- 4 1/2 %ige Schatzanweisungen des Reichsverbandes Wiesbaden.
- 5 %ige fünfjährige Schatzanweisungen des Reichsverbandes Kamal.
- 5 %ige Schatzanweisungen der Bayerischen Landesbankstadt München.
- 5 %ige Schatzanweisungen der Stadt Nürnberg vom Jahre 1928.
- 5 %ige Schatzanweisungen der Stadt Berlin vom Jahre 1928.
- 5 %ige Schatzanweisungen der Stadt Frankfurt a. M.
- 5 %ige Schatzanweisungen des Freistaates Bayern.
- 7 %ige Deutsche Kommunal-Gold-Schatzanweisungen von 1928.
- 6 %ige österreichische Pfandbriefe Staatsanleihen von 1928.

- 5 %ige Anleihe der Landesbank Ostpreußen.
- 5 %ige Schatzanweisungen der Landesbank Ostpreußen.
- 5 %ige Bayerische Kommunal-Goldanleihe von 1928 Reihe I.
- 5 %ige Anleihe der Provinz Hannover von 1928 Reihe 10.
- 5 %ige Teilschuldverschreibungen der Aktienbank Krengel & Toll, Stettin.
- 5 %ige Gold-Pfandbriefe Ausgabe 8 der Nassauischen Landesbank Wiesbaden.
- 5 %ige Gold-Kommunal-Schuldversch. Ser. 3 der Thüring. Landesbank.
- 5 %ige Gold-Kommunal-Schuldversch. Ser. 6 der Thüring. Landesbank.
- 5 %ige Gold-Pfandbriefe Ser. III der Thüring. Landesbank.
- 5 %ige Gold-Kommunal-Schuldversch. Ser. XIII (Hankbank A.-G. Weimar).
- 5 %ige Anleihe der Gewerkschaft der Steinkohlensche „Most Cante“, Sodingen.
- 5 %ige Pfandbriefe Reihe I der Deutschen Wohnstätten.
- 5 %ige Pfandbriefe Reihe IV der Hypothekbank Akt.-Ges., Berlin.

### Kapitalerhöhungen und Fusionen von Aktiengesellschaften sowie Börseneinführungen von Aktien.

- Damar-Megula Aktiengesellschaft, Berlin.
- Berg-Heckmann-Solve Aktiengesellschaft, Altona-Weid.
- Berliner Paketfahrt-Speditions- und Lagerhaus (vorm. Berts & Co.) Aktiengesellschaft, Berlin.
- Brown, Boveri & Cie. Aktiengesellschaft, Mannheim.
- Deutsche Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft, Berlin.
- Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, reichsunmittelbare Vorzugsaktien Serie V.
- Hermes Kreditversicherungsbank Aktiengesellschaft, Berlin.
- Industriebau — Held & Franke Aktiengesellschaft, Berlin.
- I. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M.
- Klöckner-Werke Aktiengesellschaft, Berlin.
- Kühnert Aktiengesellschaft, Hamburg-Leipzig.
- „Montecatini“ Allgemeine Bergwerks- und Landwirtschafts-Gesellschaft, Mailand.
- Norddeutsche Grund-Credit-Bank, Weimar.
- Preussische Pfandbrief-Bank Berlin.
- Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik, Düsseldorf.
- Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft, Essen.

### Bilanz zum 31. Dezember 1928.

Aktiva		Bilanz zum 31. Dezember 1928.		Passiva	
	RM	RM		RM	RM
Kasse, Sorten und Kupons		4 440 416,57	Aktienkapital		40 000 000,—
Guthaben bei Reichsbank, Postchekamt und Kassen-Verrals		35 002 945,71	Reservefonds		19 000 000,—
Schecks, Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen		19 981 140,95	Gläubiger		95 427 626,57
Guthaben bei Banken und Bankiers		60 028 100,14	davon fällig bis zu 7 Tagen		201 647 830,40
Reporte und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere		65 060 300,—	davon fällig bis zu 4 Wochen		105 791 235,02
Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen		92 073 735,22	davon fällig darüber hinaus		277 436 355,95
Sonstige Schulden		266 096 494,28	Akzepten		15 570 401,76
davon gedeckt	244 926 644,00		Angestellten-Unterstützungsfonds		900 000,—
Eigene Wertpapiere		9 000 000,—	Transitorische Posten		4 853 974,04
Konzernial-Beteiligungen		8 000 000,—	Avale und Bürgschaftsverpflichtungen		8 497 152,13
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen		1 000 000,—	Gewinn		952 319,61
Bankguthaben		4 000 000,—	Vortrag aus 1927		5 595 497,27
Sonstige Immobilien		1,—	Reingewinn		6 517 917,15
Mobilien		1,—			
Transitorische Posten		546 591,73			
Avale und Bürgschaftsschulden		8 497 152,15			
		670 928 620,05			670 928 620,05

### Aufwand Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 1928.

Aufwand	Ertrag
Gewinn	952 319,61
Handlungskosten	5 428 266,39
Steuern	4 779 211,18
	705 591,40
	14 442 188,48

Berlin, den 30. Januar 1929.

Vorstand: Bilanz haben wir geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern in Übereinstimmung gefundene. Deutsche Revisions- und Treuhänder-Aktiengesellschaft. Dr. Adler, Böhne, Fischer, Heilmann, Landauer, Lenkmann, Ritter, Scheibner, Simmonds, stellvertretend: Kutschareuter, Pool, Seegall.

Schlesische Dampfer-Compagnie — Berliner Lloyd Aktien-Gesellschaft, Hamburg.

Svenska Trävarer Aktieförbundet, Stockholm.

Für den Aufsichtsrat: Fischer.

Der nach Zahlung des ordnungsgemäßen Gewinnanteils des Aufsichtsrats verbleibende Restbetrag von RM 954 694,13 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Berlin, den 30. Januar 1929.

Der Vorstand: Fischer Heilmann Landauer Lenkmann Ritter Scheibner Simmonds stellvertretend: Kutschareuter Pool Seegall

### Bericht des Aufsichtsrates.

Die Bilanz ist in unserem Auftrage wiederum durch die Deutsche Revisions- und Treuhänder-Aktiengesellschaft, Berlin, geprüft worden. Wir schließen uns den Vorschlägen des Vorstandes an.

Berlin, den 30. Januar 1929.

Der Aufsichtsrat: Fischer.

# Fremde Gläubiger im Lande.

## Das Auslandskapital in der deutschen Elektrizitätswirtschaft.

Die elektrotechnische Industrie und die elektrischen Kraftwerke gehören zu denjenigen Wirtschaftszweigen, die sich seit Jahren in einer verhältnismäßig sehr günstigen Lage befinden und deren Produktionsstand den der Vorkriegszeit sehr erheblich, teilweise um das Vielfache, übersteigt. Merkmale dieser Entwicklung aus der letzten Zeit sind die Umsatzsteigerung bei der AEG, auf mehr als eine halbe Milliarde, beim Siemens-Konzern auf rund 1/2 Milliarde Mark, die Erhöhung der Siemens- und Halste-Dividende von 12 auf 14 Proz. usw. Bei den kleineren elektrotechnischen Firmen, insbesondere auf dem Schwachstromgebiet, ist allerdings die Lage nicht überall gleichmäßig gut, zumal sich hier das Nachlassen der Aufträge der Reichspost und die Konkurrenz in der Industrie von Rundfunkgeräten stärker bemerkbar machen.

Diese Entwicklung ist zum großen Teil erst mit Hilfe ausländischer Kapitalmittel ermöglicht worden. In einem sehr großen Umfang ist die Elektrifizierung der deutschen Wirtschaft, d. h. die zunehmende Verwendung elektrischen Stromes in Einzelhaushalten, industriellen Betrieben, in der Landwirtschaft, im Verkehr usw. von der Einfuhr ausländischer Kapitals nach Deutschland abhängig, ja man kann, wie wir noch sehen werden, feststellen, daß fast die Hälfte aller 1928 aufgenommenen Auslandsschulden

allein für diesen Zweck aufgenommen worden ist. Eine kürzlich veröffentlichte Zusammenstellung der „Frankfurter Zeitung“ enthält folgende 1928 aufgenommenen Auslandsanleihen deutscher Elektrizitätsgesellschaften:

Bereinigte Elektrizitätswerke Bessfaleu	20,0	Mill. Dollar
Gas- und Electr.-Werke Reddinghausen	1,5	„
Electrowerke AG.	5,0	„
Ueberlandzentrale Pommern	3,5	„
Märktische Elektrizitätswerke	5,0	„
Elektrizitätswerk Unterelbe	5,0	„
Saarland-Elektrizitätswerk	1,2	holl. Gulden
Badenwerk	50,0	schw. Franken
Gesfurel	5,0	Dollar
Ostpreußenwerk	3,5	„
Lüneburger Kraft, Licht- u. Wasserwerke	1,1	„
Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk	20,0	„
Preussische Elektrizitäts-AG.	1,2	engl. Pfund

Umgerechnet in deutsche Währung machen allein diese Auslandsanleihen der Elektrizitätsgesellschaften bereits den ansehnlichen Betrag von rund 360 Millionen Mark aus. Hinzuzurechnen sind aber außerdem noch die Anleihen von Verkehrsunternehmen wie der Berliner Nordbahn und der Hamburger Hochbahn in Höhe von zusammen 10 Mill. Dollar, ferner die Auslandsanleihen elektrotechnischer Firmen wie z. B. der AEG, des Sachsenwerks, der A. C. Vogel Drahtlabelwerke usw., insgesamt weitere 70 bis 80 Mill. Mark. Und schließlich muß daran erinnert werden, daß ja der Abschluß langfristiger Auslandsanleihen nur eine Form der Hereinnahme ausländischen Kapitals darstellt, wenn auch die wichtigste, daß aber außerdem auch Aktien verschiedener deutscher Unternehmen ins Ausland gewandert sind, so z. B. Aktien des Gesfurel, der C. Lorenz A.-G. usw. Was die Aufnahme kurzfristiger Auslandskredite betrifft, so gibt es hierüber überhaupt kaum Anhaltspunkte.

Wohl aber muß man fernerhin noch einen großen Teil der Auslandsanleihen der Städte und der Länder unter dies Gebiet rechnen, denn zu einem erheblichen Teil erfolgt ja die Aufnahme ausländischer Kommunalanleihen zu dem Zweck, die Kraftwerke auszubauen, das Verteilungsnetz zu vergrößern, Straßenbahnen zu modernisieren oder zu erweitern usw. Rund 700 Millionen Mark sind somit insgesamt im vergangenen Jahr für Zwecke der Elektrifizierung aus dem Ausland nach Deutschland geströmt, mit anderen Worten: von dem Gesamtbetrag deutscher Auslandsanleihen 1928 in Höhe von 1,57 Milliarden Mark entfällt fast die Hälfte auf den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft, ein gewaltiger Kapitalzufluß, der mittelbar oder unmittelbar der Beschäftigung und der finanziellen Lage der

### elektrotechnischen Industrie zugutekommt.

Das Jahr 1928 bildete in dieser Hinsicht durchaus keine Ausnahme; in den Vorjahren war der Anteil der Anleihen zum Zweck der Elektrifizierung zeitweise sogar noch größer. Auch im neuen Jahre geht diese Entwicklung fort, und ganz kürzlich erst wird gemeldet, daß das Schlusshewerk in Baden eine Anleihe in Höhe von 35 Mill. Schweiz. Franken aufnimmt.

Tatsächlich ist ja auch der Kapitalbedarf keiner anderen Wirtschaftszugruppe so groß wie der der Elektro- und Elektrizitätsindustrie, zumal der Uebergang zur vermehrten Anwendung elektrischer Energie nach menschlicher Voraussicht noch Jahre und Jahrzehnte anhalten wird. Kraftwerke und Elektroindustrie brauchen daher ständig neue Mittel zur Vergrößerung ihrer Anlagen, und soweit im Inland diese Mittel nicht aufzutreiben sind, so ist zweifellos die Einfuhr ausländischen Kapitals unumgänglich. Es entsteht die Frage, ob nicht diese Entwicklung mit

### einer Ueberforderungsgefahr

verbunden ist. Es wäre für die deutsche Wirtschaft sehr bedenklich, wenn die deutsche Energieversorgung durch eine ausländische Finanzmacht kontrolliert würde, ein Zustand, der noch viel unheilvoller sich auswirken könnte, als wenn z. B. die Ruhrkohle von ausländischem Kapital kontrolliert würde. In dieser Hinsicht ist es jedoch gut, daß der Anteil des Staates und der Kommunen an der Stromerzeugung und -verteilung nicht nur groß, sondern auch viel größer ist als vor dem Kriege, und da hinter öffentlichen Betrieben auch die Garantie des Staates steht, sind die staatlichen und kommunalen Werke dem Zugriff ausländischer Geldgeber viel weniger ausgesetzt als private. Ein Faktum, das sehr zu beachten ist.

Etwas anders verhält es sich bei der elektrotechnischen Industrie. Daß hier die Möglichkeit einer Ueberforderung wirklich vorhanden ist, wenn auch nicht bei den großen Trusts, so doch bei den kleinen und mittleren Firmen, das zeigte vor kurzem die Einbeziehung der C. Lorenz A.-G. in den Interessentkreis des großen holländischen Philips-Konzerns. Auf alle Fälle wird man den wachsenden Anteil des ausländischen Kapitals an der Finanzierung der deutschen Elektrizitätswirtschaft — insgesamt läuft er seit 1924 bereits in die 2 bis 3 Milliarden Mark — mit Aufmerksamkeit zu verfolgen haben.

Schweizer Franken vornimmt und das nicht bei der Muttergesellschaft, sondern bei einer ins Ausland verlegten Hilfsfirma. Man kann der A. G. Farben nicht vorwerfen, wie sie ihre Geschäfte macht und wie sie sich finanziert, wenn es auch ein Skandal ist, daß man der deutschen Öffentlichkeit — trotz der ungeheuren Bedeutung der A. G. Farben und obwohl die A. G. Farben für ihre ausländischen Interessen immer die Hilfe der Behörden in Anspruch nimmt — systematisch jedes Urteil über die Chemietrustpolitik unmöglich macht. Aber wie die Dinge heute in Deutschland liegen, bedeutet die System werdende Gründung von Beteiligungsgesellschaften im Ausland eine immer größere Gefahr. Diese Auslandsgesellschaften sind jeder Kontrolle, insbesondere jeder steuerlichen Kontrolle, entzogen. Es besteht die Möglichkeit, die Einnahmen aus den Beteiligungen im Ausland stehen zu lassen, so daß praktisch eine Art Kapitalflucht entsteht. Es besteht weiter die Möglichkeit, daß sich die großen Unternehmen ihren steuerlichen Verpflichtungen im deutschen Reich entziehen und sich an den ausländischen Sitz solcher Firmen Verluste für den deutschen Steuerfiskus anschließen. Die übrigen Steuerträger in Deutschland können dadurch aufs schwerste geschädigt werden.

Es ist deshalb allerhöchste Zeit, daß sich die deutschen Behörden um die hier möglichen Gefahren kümmern und entsprechende Garantien dagegen schaffen.

## Der Arbeitsmarkt Ende Januar.

### Verlangsamtes Tempo der Verschlechterung.

Die rückläufige Bewegung des Arbeitsmarktes setzte sich in der Woche zum 26. Januar nach den Berichten der Landesarbeitsämter zwar noch fort, doch hat sie sich gegenüber der Vormoche (Hessen und Südwestdeutschland ausgenommen) weiter verlangsamt. Ob sie immer noch überwiegend auf die mitterliche Verschlechterung zurückzuführen ist oder mehr auf das Nachlassen der Konjunktur, wie man besonders im Rheinland befürchtet, läßt sich gegenwärtig noch immer nur schwer übersehen. Jedenfalls ist der Arbeitsmarkt nicht mehr so einheitlich abwärts gerichtet; der saisonübliche Ausschlag der Verbrauchsgüterindustrien für den Frühjahrsbedarf ist bereits spürbar, wenn bisher auch noch ungleichmäßig.

## Die Finanzstatistik marschiert.

### Eine neue Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts.

Zu der lebhaft umstrittenen Frage der Verwaltungs- und Verfassungreform hat das Statistische Reichsamt jetzt durch eine neue Veröffentlichung wertvolles Vergleichsmaterial geliefert. Die vorliegende Arbeit, die in der ersten Sonderbeilage von „Wirtschaft und Statistik“ erschienen ist, umfaßt die Finanzwirtschaft der öffentlichen Verwaltung in den einzelnen deutschen Ländern 1913/14 und 1925/26.

Die Bedeutung dieser Publikation liegt darin, daß hier endgültige Vergleichsziffern der Finanzwirtschaft der Vorkriegszeit mit den der Inflation folgenden Jahren gegeben werden. Bei Fortsetzung dieser Arbeiten bis zum letzten Rechnungsjahr liefert die Finanzstatistik unentbehrliches Material für die künftige Gestaltung des Finanzausgleichs und zur Diskussion über die Reformen in der öffentlichen Verwaltung.

Einige besonders markante Zahlen seien aus der Veröffentlichung hervorgehoben. Der reine Finanzbedarf für Länder und Gemeinden stieg je Kopf der Bevölkerung in Preußen von 84,66 M. in 1913/14 auf 146,82 M. in 1925/26, in Bayern von 74,04 M. auf 131,42 M., dagegen in Sachsen weit stärker von 73,65 M. auf 149,09 M. und am stärksten in Württemberg vom 81,19 auf 155,87 M. und in Baden von 92,40 auf 167,49 M. In den süddeutschen Staaten, Württemberg und Baden, hat sich also die Verteuerung der öffentlichen Verwaltung am stärksten ausgeprägt.

Den höchsten Anteil am Zuschußbedarf beanspruchen allgemein die Volksschulen mit rund 20 Proz., nur in Preußen steht das Fürsorgewesen mit 17,5 Proz. an der Spitze des Zuschußbedarfs, während die Volksschulen hier 16,8 Proz. beanspruchen. In sämtlichen Ländern umfassen die Ausgaben für Fürsorgewesen, Volksschulen, Verkehr und Wohnungswesen etwa 50 Proz. des gesamten Zuschußbedarfs.

Noch steigende Lebenshaltungskosten. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Januar auf 153,1, gegenüber 152,7 im Vormonat. Sie ist also noch gestiegen. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 153,5, für Wohnung 125,9, für Heizung und Beleuchtung 151,0, für Bekleidung 172,5, für den „Sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 191,1.

Klagen über die Vernachlässigung der Bodenverbesserung. Der Verband deutscher Landwirtschaftsgenossenschaften klagt in einer kürzlich angenommenen Entschließung sehr lebhaft über die Vernachlässigung der in der Tat für Deutschland sehr wichtigen Bodenmeliorationen. Die seit fast zwei Jahren angeforderte und vorbereitete Kredit- und Zinsverbilligungsaktion des Reiches habe nur einen im Verhältnis zu der Ausgabe völlig unzureichenden Erfolg gehabt. Auf viele Reichsaktion vertrauende Genossenschaften seien in größte Schwierigkeiten gekommen. Bei weitestem Stillliegen der Bodenverbesserungen müßten Tausende von bodenständigen Arbeitern in der Drainrohrindustrie und im Landesturbaugewerbe brotlos werden. Schuld daran sei nach dem Wort des Reichsernährungsministers Dietrich der „Grauenhafte“ Instanzenzug von sechzehn beteiligten Stellen des Reichs, der Länder, Provinzen und Kreise. Gefordert wird eine Vermehrung der Beihilfefonds, eine gesetzliche Sicherung und Erweiterung der Zinsverbilligung des Reiches und die Förderung der zusammenfassenden Organisationen für Bodenverbesserungskredite.

## Preise und Konjunktur.

### Keine wesentliche Verschärfung des Konjunkturabflugs.

Die Frage, ob die gegenwärtige Wirtschaftsdepression schwer ist und ob sie hartnäckig sein wird, beherrscht zurzeit alle sich um Wirtschafts- und Lohnpolitik kümmernden Menschen. Endgültiges läßt sich darüber heute um so weniger sagen, als die unklare Reparationslage schon in der Vergangenheit wirtschaftlich lähmend gewirkt hat und sicher auf die Antriebskräfte der Konjunktur auch in der Zukunft noch sehr hemmend wirken wird. Jedenfalls ist das Institut für Konjunkturforschung in seiner letzten Veröffentlichung vom 30. Januar der Auffassung, daß keine Momente vorliegen, die auf eine wesentliche Verschärfung des konjunkturellen Abflugs hindeuten, und daß auch die Abwärtsbewegung der Fertigwarenpreise keine krisenhaften Formen annehmen werde.

Nach dem Konjunkturinstitut hatten die Preise der industriellen Fertigwaren im Oktober und November einen seit 1925 nicht mehr erreichten Höchststand. Seit Anfang des neuen Jahres seien ganz überwiegend Preisrückgänge gemeldet worden, so daß die seit zwei Jahren anhaltende Aufwärtsbewegung einer sinkenden Tendenz Platz mache. Damit vervollständigte sich auch hinsichtlich der Preisbewegung das Bild des konjunkturellen Rückgangs.

Bemerkenswert ist die Rolle, die das Institut den sogenannten gebundenen Preisen der Schwerindustrie für die aufjällige Hochhaltung des Preisniveaus trotz Konjunkturrückgang beilegt. Bei den Rohstoffen und Halbwaren sind von Januar 1928 bis Mitte Januar 1929 die freien Preise (1925 = 100) von 93,5 auf 86,9 gesunken, während die durch Verbände geregelten Preise von 97,9 auf 101,1 gestiegen sind. Diese Steigerung der Verbandspreise macht in gewissem Umfang die Hochhaltung der Fertigwarenpreise plausibel.

Das Institut für Konjunkturforschung fügt aber hinzu, daß in der gleichen Richtung wie die Steigerung der Rohstoffpreise auch die Erhöhung der Löhne gewirkt habe. Wir sind der Meinung, daß eine derartige Behauptung sehr unvorsichtig ist. Den Einfluß der verbandsmäßig geregelten Rohstoffpreise auf das Niveau der Fertigwarenpreise kann man zahlenmäßig kontrollieren. Den Einfluß von Lohnveränderungen auf das Preisniveau kann man nicht zahlenmäßig kontrollieren. Das Institut für Konjunkturforschung sollte als eine um Objektivität bemühte Anstalt sich deshalb vor zu weit gehenden Schlüssen hüten.

### Konjunkturlenkung — öffentliche Aufträge.

Es ist eine alte Forderung der organisierten Arbeiterschaft, daß man die in viele Milliarden gehenden Aufträge der Reichs-, Landes- und Kommunalbehörden und der öffentlichen Unternehmen einschließlich der Reichsbahn und der Reichspost für den Ausgleich der Konjunkturschwankungen zusammenschalt und nutzbar macht. Große Teile dieser Aufträge sind zweifellos nicht an eng

bestimmte Termine gebunden und können in Zeiten vergeben werden, in denen die industrielle Beschäftigung zurückgeht, während bei großer industrieller Beschäftigung mit solchen Aufträgen geparkt wird.

Man hat sich seit Jahren nun schon in den beteiligten Reichsministerien — Wirtschaft und Arbeit — mit der Frage beschäftigt. Jetzt ist das erste Ergebnis dieser Beschäftigung offenbar geworden. Sämtliche Reichsbehörden, einschließlich Reichsbahn und Reichspost, haben sich bereit erklärt, alle Beschaffungen im Wert von mehr als 20 000 bzw. 50 000 Mark dem Statistischen Reichsamt zu melden. Die Länder sollen dem Reich folgen. Ueber das Verhalten der Kommunen ist noch nichts bekannt.

Immerhin wird jetzt wenigstens für einen Teil der öffentlichen Aufträge ein Ueberblick über die zeitliche und gebietliche Verteilung gewonnen werden, der für die entsprechenden Maßnahmen die erste Grundlage bieten kann. Bei der enormen Bedeutung der kommunalen Aufträge müssen die Gemeinden so schnell als möglich in diese Berichterstattung ebenfalls einbezogen werden.

## Neue Kapital- und Steuerflucht?

### Ausländische Beteiligungsgesellschaften des Chemietrusts.

Es häufen sich die Fälle, daß die größten deutschen Unternehmen für die Verwaltung inländischer und ausländischer Aktienpakete, die sie in ihrem Besitz haben, im Ausland Beteiligungsgesellschaften gründen, deren spezielle Aufgabe es ist, einmal solche Aktienpakete zu verwalten sowie der ausführende Arm für den Erwerb weiterer Beteiligungen zu sein. Die großen deutschen Rüstfirmenkonzerne in Eberfeld haben in den Vereinigten Staaten eine derartige Dachgesellschaft, und der A. G. Farbentrust hat seine „Internationale Gesellschaft für chemische Unternehmen A.-G.“ (A. G. Chemie) in Basel, in der Schweiz. Die A. G. Farbenindustrie statet ihre schweizerische Gesellschaft jetzt mit einer außerordentlich großen Macht aus.

Das bisherige Kapital von 20 Millionen Schweizer Franken soll um 230 Millionen auf eine Viertelmilliarde Schweizer Franken erhöht werden, so daß die schweizerische Hilfsfirma nicht viel weniger als ein Viertel des Trustkapitals haben wird. Durch einen Generalversammlungsbeschluß der A. G. Farbenindustrie in Frankfurt soll der schweizerischen Gesellschaft die Garantie für die Auszahlung der gleichen Dividende gegeben werden, wie sie die deutsche A. G. Farben verteilt. 80 Millionen von 230 Millionen Schweizer Franken Kapitalerhöhung sollen den Aktionären der von der Baseler Filiale verwalteten Paketgesellschaften angeboten werden, die restlichen 150 Millionen werden für den Ankauf neuer Beteiligungen, über dessen Richtung nichts gesagt wird, zur Verfügung der A. G. Farbenleitung bleiben. Ein Teil der A. G. Chemieaktien Basel soll an den Schweizer Börsen eingeführt werden.

Der Sinn der Transaktion liegt letztlich darin, daß der deutsche Chemietrust eine Kapitalerhöhung statt in Mark in

**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwiele u. Warzen  
beseitigt schnell, sicher und unblutig  
**Kukirool**  
Verlangen Sie in der nächsten Kukirool-Verkaufsstelle ausdrücklich die neue Packung mit dem Garantieschein, denn Sie erhalten dann bei Nichterfolg Ihr Geld zurück!  
Eine Packung Kukirool mit dem Garantieschein kostet 1 Mark.

# Der Arbeitsschutzgesetzentwurf.

## Eine Fülle von Ausnahmen.

In Nr. 3 des „Reichsarbeitsblattes“ gab Ministerialrat Reigel eine Uebersicht über die wichtigsten Bestimmungen des Entwurfs eines Arbeitsschutzgesetzes, auf die sich die folgenden Ausführungen stützen.

Der Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes soll den gesamten allgemeinen öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutz umfassen. Er soll eine Vereinheitlichung und Vereinfachung des geltenden Arbeitsschutzrechts herbeiführen durch Zusammenfassung der in einer Reihe von Gesetzen und Verordnungen, Gewerbeordnung, Arbeitszeitverordnungen, Kinderschutzgesetz usw., zerstreuten Arbeitsschutzbestimmungen. Darüber hinaus soll er das Arbeitsschutzrecht in gewisser Hinsicht ausgestalten. Der öffentlich-rechtliche Arbeitsschutz ist in dem Entwurf in folgende Gebiete gegliedert:

Schutz gegen Betriebsgefahren, Arbeitsschutz, einschließlich des erhöhten Schutzes für Jugendliche und weibliche Arbeitnehmer und des Nachbahrverbots, Sonntagsruhe, Ladenschluß und Arbeitsaufhalt.

Der Arbeitsvertragschutz ist in dem Entwurf nicht behandelt. Dieses Gebiet soll — wiederum von einzelnen Ausnahmen abgesehen — einem Arbeitsvertragsgesetz vorbehalten bleiben. Auch die Heimarbeit ist in den Arbeitsschutzgesetzentwurf nicht einbezogen; das bisherige Sonderrecht mußte namentlich auch in Zukunft aufrecht erhalten werden. Urlaub der Arbeitnehmer kennt das werdende Arbeitsschutzgesetz nicht. Für die Urlaubsregelung soll vorerst wie bisher die freie Bestimmung in den Tarifverträgen maßgebend sein. Für die Lehrlinge der meisten Berufe gibt es keinen Urlaub. In einem besonderen Gesetz über die Berufsausbildung Jugendlicher soll auch hinsichtlich der Urlaubsregelung eine Grundlage geschaffen werden. Weshalb nicht im Arbeitsschutzgesetz?

Der Geltungsbereich des neuen Gesetzes soll für die Beschäftigung von Arbeitnehmern aller Art gelten, für Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge. Gedacht war, alle Betriebe ohne Rücksicht auf ihren Umfang zu erfassen, während bisher ein großer Teil der Schutzvorschriften der Gewerbeordnung nur für Betriebe mit in der Regel mindestens 20 oder 10 Arbeitnehmern galt. Die Demobilisierungsvorordnungen über die Arbeitszeit hatten diese Unterschiede aufgehoben. Das Gesetz aber, das diese Unterschiede auf dem Gebiete des Arbeitsschutzes allgemein aufheben sollte, soll auf Beschluß des Reichsrats mit diesem Prinzip brechen. Die Erfüllung aller Betriebe durch die Arbeitszeitvorschriften, ohne Rücksicht auf ihre Größe, soll ausgegeben, für die Betriebe bis zu fünf Arbeitnehmern Ausnahmebestimmungen getroffen, die seit länger als einem Jahrzehnt bestehende Gleichstellung der Betriebe beseitigt werden, zum Nachteil der Lehrlinge und Gehilfen in den naturgemäß rückständigen Kleinbetrieben.

Doch auch in anderer Beziehung wird der Geltungsbereich des Gesetzes von vornherein eingeschränkt. Das Gesetz will nur den allgemeinen Arbeitsschutz regeln und den Sondererschutz einzelner an sich in den Bereich des Gesetzes fallender Gewerbebranche oder Personalkreise, die vorgebildet durch die Eigenart ihrer Beschäftigung eine besondere Regelung erfordern, die bestehenden Sonderregelungen vorerst unangetastet bestehen lassen oder besondere Regelungen schaffen. So kommt es, daß das neue Arbeitsschutzgesetz nach dem vorliegenden Entwurf von vornherein Säug- und Stillwert wird, indem entweder das ganze Gesetz oder einzelne seiner Abschnitte auf diesen oder jenen Gewerbebranche oder Personalkreis keine Anwendung finden sollen.

Erst wird an dem Entwurf die Erweiterung des Geltungsbereichs als ein wichtiger sozialpolitischer Fortschritt gepriesen, dann aber festgestellt, daß die Land- und Forstwirtschaft, die Fischerei, die Seefischerei und die Fischerei, einschließlich ihrer Nebenbetriebe, ebenso die Hauswirtschaft, dem Geltungsbereich des neuen Gesetzes völlig entzogen sind.

Die Arbeitszeit soll, wie bemerkt, für die 1618 781 Kleinbetriebe bis zu 5 Personen mit 2 804 588 darin tätigen Personen durch verschärfte Ausnahmebestimmungen geregelt werden. Die Arbeitszeit- und Sonntagsruhebestimmungen sollen auch für den Bergbau unter Tage nicht gelten, auch hier soll die Regelung einem besonderen Gesetz vorbehalten bleiben und — von den sogenannten Familienbetrieben abgesehen — soll auch das Pflegepersonal in Krankenhäusern von den Arbeitszeit- und Sonntagsruhebestimmungen ausgenommen werden.

Die Absicht, die Regelung im einzelnen besonderen auf Grund des Gesetzes zu erlassenden Ausführungsverordnungen zu überlassen, wird mit der Notwendigkeit begründet, den Entwurf in absehbarer Zeit fertigzustellen. Selbst auf einzelnen Gebieten des geltenden Arbeitsschutzrechts, wie z. B. beim Schutz gegen Betriebsgefahren, verweist der Entwurf auf spätere Verordnungen.

Der Grundgedanke der achtstündigen täglichen Arbeitszeit soll aufrechterhalten bleiben. Grundsätzlich wird jedoch die Sonntagsarbeit, soweit sie noch zulässig ist, von den Arbeitszeitvorschriften nicht erfaßt. Für ununterbrochene Arbeiten, die regelmäßig auch am Sonntag vorgenommen werden müssen, gilt nicht die sechs- oder achtstündige Arbeitszeit in der Woche, sondern der wesentlich siebenstündige Achtstundentag mit 56 stündiger Arbeitszeit. Das ist nicht die einzige Ausnahme von dem Grundgedanke des Achtstundentages. Die Ausnahmen sind in dem Entwurf teils abschließend geregelt, teils ist die Regelung besonderen Verordnungen vorbehalten. Da gibt es Ausnahmen für Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten, Ausnahmen für Arbeitsbereitschaft, Ausnahmen für Mehrarbeit im allgemeinen und Ausnahmen für Notfälle. Bei Vorbereitungs- und Ergänzungsarbeiten kann die Arbeitszeit bis zu zwei Stunden täglich verlängert werden, und auch für die Arbeitnehmergruppen mit Arbeitsbereitschaft kann sie bis zu 10 Stunden täglich verlängert werden, einschließlich der Ruhepausen bis zu 12 Stunden. Für die Führer und Begleiter von Kraftfahrzeugen und Fuhrwerken gibt es keine Schichtdauer, dafür eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 8 bis 10 Stunden. Also Arbeitszeit samt Arbeitsbereitschaft: 14 bis 16 Stunden. Ob die Führer und Begleiter von Kraftfahrzeugen und Fuhrwerken in der Vorkriegs-

zeit noch länger arbeitsbereit sein mußten, möchten wir bezweifeln. Davor sollen sie aber jetzt geschützt werden.

Besonders wird betont, daß für die jugendlichen und weiblichen Arbeitnehmer nach dem Entwurf auch künftig ein erhöhter Schutz gelten soll. Dabei bringe der Entwurf nicht nur in formaler Hinsicht eine Verbesserung durch einheitliche und übersichtliche Zusammenfassung der bisherigen Vorschriften, er bedeute auch in materieller Hinsicht eine Erweiterung des bisherigen Schutzes, insbesondere durch die grundsätzliche Einbeziehung der kleinen Betriebe wie auch durch die grundsätzliche Erhöhung des Schutzes der jugendlichen Arbeitnehmer von 16 auf 18 Jahre. Was die grundsätzliche Einbeziehung der kleinen Betriebe betrifft, sei nochmals an den Beschluß des Reichsrats erinnert, die Betriebe bis zu fünf Beschäftigten, meist die Betriebe mit Lehrlingen, jungen Gehilfen, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen, von den Arbeitsschutzbestimmungen auszunehmen, mit der famosen Begründung, daß die Durchführung der Arbeitszeitbestimmungen in diesen Betrieben gewissen Schwierigkeiten begegne, Schwierigkeiten, die, sachlich unbegründet, von den kleinen Herren im Hause gemacht werden. Jedenfalls wird damit der lobende Hinweis auf die grundsätzliche Einbeziehung der kleinen Betriebe ziemlich gegenstandslos.

Die Sonntagsarbeit ist grundsätzlich verboten. Die von diesem Grundgedanke abweichenden Ausnahmen sollen für jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren im allgemeinen nicht gelten, im besonderen also auch für sie zulässig sein.

Zu all den Ausnahmen kommt schließlich noch die vom Reichsrat beschlossene Hinausziehung des Inkrafttretens der allgemeinen Arbeitszeitvorschriften hinzu.

Von dem Ziel der Zusammenfassung des gesamten Arbeitsschutzrechts ist der Entwurf weit entfernt. Er zeigt, daß wir uns immer noch im Stadium der Vorläufigkeit befinden, aus dem wir in arbeitsrechtlicher Beziehung immer ungünstiger herauszukommen scheinen als wir hineingekommen sind. F. C.

## 35 000 ausgesperrte Weber.

### Der Textilarbeiterkampf in Sachsen und Thüringen.

Der Kampf in den sächsisch-thüringischen Webereien geht in unverminderter Schärfe weiter. Im Arbeitgeberlager spricht man von den brutalsten Maßnahmen und den plumpsten Drohungen nicht zurück. Man macht sogar die Drückentassen scharf, den Kranken von der Aussperrung betroffenen Textilarbeiterinnen und Textilarbeiterinnen die Krankenbehandlung durch die zuständigen Ärzte zu erschweren. Rücksichtslos dürfte wohl noch kein Arbeitgeberverband gegen Kranke, streikende oder ausgesperrte Arbeiter und Arbeiterinnen vorgegangen sein.

Derartige Kampfmethoden des Arbeitgeberverbandes können jedoch die Stellung der ausgesperrten Arbeiterschaft nicht erschüttern. Um so weniger, als die Arbeiterschaft sich ihrer gerechten Sache durchaus bewußt ist. Wenn je, dann ist in diesem Kampfe der Beweis erbracht, daß der Arbeitgeberverband seine Aussperrung und seine Ablehnung jeder Lohnerhöhung nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus arbeitgeberlichen Motiven heraus vorgenommen hat. Denn ein dem Arbeitgeberverband im Bezirk nicht angeschlossenes Unternehmen zahlt allen am Tarifvertrag beteiligten Arbeitergruppen ab dieser Lohnwoche 10 Proz. Zuschlag auf die Bruttolöhne und, falls in Doppelschichten gearbeitet wird, für die Zeit von abends 8 Uhr bis abends 10 Uhr einen Zuschlag von 15 Proz. auf den Akkordlohn. Diese Firma erbringt damit den Beweis, daß eine Lohnzulage wirtschaftlich tragbar ist.

Der Arbeitgeberverband zeigt, daß er lediglich den Beschlüssen der Berliner Arbeitgeberzentrale folgt. Dies ist auch den einzelnen Unternehmen im Arbeitgeberverband bekannt und hat dazu geführt, daß bereits ein ziemlich weites sich greifendes Durcheinander im Unternehmerlager entstanden ist. Ein Teil der Webfabrikanten hzm. ihrer Vertreter haben erklärt, daß die Aussperrung für die Webfabrikanten große Verluste bedeutet und es klüger gewesen sei, eine Lohnvereinbarung mit der Arbeiterschaft zu treffen.

Die ganze Schuld an diesem Kampfe ist lediglich bei dem Arbeitgeberverband zu suchen, der ständig vom „Aufbau der Wirtschaft“ singt und von der Erhaltung des „Wirtschaftsfriedens“. Das hindert die Herren jedoch keineswegs, die Arbeiterschaft auszusperren.

Eine Reihe von Betrieben, die im Bezirk ansässig und am Ausgang des Kampfes zweifellos interessiert sind, hat ebenfalls nicht ausgesperrt.

Der Arbeitgeberverband will die Arbeiterschaft durch teils versteckte, teils offene Drohungen mit „Aussperrungen größeren Stils“ einschüchtern. Solche Drohungen schmeiden die ausgesperrte Arbeiterschaft nur noch enger zusammen. Die ausgesperrten müssen diesen Kampf nicht. Er ist ihnen durch den Arbeitgeberverband aufgezwungen worden. Sie stehen in entschlossener Abwehr und erfreuen sich nach wie vor der Sympathie der breitesten Öffentlichkeit.

### Conrad Bruns Verbandsjubiläum.

Am 1. Februar kam Genosse Conrad Bruns, Sekretär beim Hauptverband des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, auf eine 25-jährige Angehörigkeitsfeier in seinem Verbandsbüro zu Berlin. Im Jahre 1900 trat der damals 24-jährige Bruns dem Verbandsrat bei, um ein Jahr später bereits die Leitung der Zehnstelle Berlin als erster Bevollmächtigter zu übernehmen. Als sich infolge seiner unermüdeten agitatorischen Tätigkeit die Mitgliederzahl sehr stark vergrößerte, wurde Bruns angestellt. Vom Jahre 1900 bis Mai 1929 stand Bruns ununterbrochen an der Spitze der Berliner Zahlstelle.

Am 1. Mai 1919 wurde Bruns vom Hauptverband auf den Posten des Arbeitnehmersprechers des Hauptvorstandes für die chemische Industrie berufen, welches Amt er noch heute bekleidet. Wir gratulieren dem Jubilar, der auch ein treues Mitglied unserer Partei ist, und wünschen ihm, daß er noch lange Jahre im Interesse der Arbeiterbewegung tätig sein möge.

## Schiedspruch für die Mühlenindustrie.

Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter hatte auf Beschluß der Funktionäre des Lohnabkommens der Mühlenarbeiter zum 2. Januar gekündigt und eine Lohnerhöhung von 10 Proz. gefordert. Die Löhne betragen zurzeit für Gelernie 54 M., für Ungelernte 46 M. und für Frauen 32,50 M. Da die Verhandlungen mit den Unternehmern ergebnislos verlaufen waren, wurde der Schlichtungsausschuß angerufen, der nach mehrstündigen Beratungen schließlich einen Schiedspruch folgenden Inhalts verkündete:

Das alte Lohnabkommen läuft unverändert bis zum 3. Juli weiter. Ab 4. Juli erhöht sich der Spitzenlohn um 2 M. pro Woche. Die ungelerten Arbeiter erhalten 85 Proz. des Facharbeiterlohnes, so daß die Zulage für sie ebenfalls 2 M. betragen würde. Das Abkommen soll bis zum 31. Dezember 1929 gelten.

Obwohl sich die Unternehmerbeisitzer vor dem Zustandekommen des Schiedspruches der Zustimmung ihrer Auftraggeber und des Syndikus des Arbeitgeberverbandes versichert hatten, lehnten die Unternehmer nachträglich den Schiedspruch ab. Dieses Verhalten der Mühlenbeisitzer ist um so standalös, als die Lohnkommission der Arbeiter ihr Einverständnis mit dem Schiedspruch nur deshalb bekräftigte, weil nach der Erklärung der Unternehmerbeisitzer die Annahme des Schiedspruches durch die Unternehmer gewiß erschien. Trotz des Verhaltens der Unternehmer haben die Funktionäre der Mühlenarbeiter den Spruch angenommen und die Organisation beauftragt, seine Verbindlichkeitserklärung zu beantragen.

## Im Zeichen der „Kampfstellungen“.

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mußte wiederholt die Wahrnehmung machen, daß nicht von ihr beauftragte Personen mit den Unternehmern in der Betrieben Verhandlungen führten, unter der wahrheitswidrigen Angabe, im Auftrage des Verbandes zu handeln.

Die Ortsverwaltung machte deshalb darauf aufmerksam, daß ihre Unterhändler einen Ausweis mit Lichtbild besitzen, der die Unterschriften der Bevollmächtigten enthält und Urlich trägt.

## Lohnbewegung der sächsischen Gemeindefabrikarbeiter.

In dem Lohnstreit zwischen dem Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat die tarifliche Bezirkschiedsstelle am Mittwoch folgenden Schiedspruch gefällt:

1. Das bisherige Lohnabkommen läuft bis zum 31. März 1929 weiter. Für den Fall, daß ab 1. April 1929 eine Lohnerhöhung eintritt, erhöhen sich die Tariflöhne für Februar und März in demselben Maßstabe. Soweit hernach eine Nachzahlung in Frage kommt, ist sie an alle diejenigen Arbeitnehmer zu leisten, die nach dem 31. Januar 1929 noch im Arbeitsverhältnis gestanden haben.

2. Der Antrag auf Gewährung des Druckschlages von 2 Pf. für die Stadt Blauen wird abgelehnt. (Druckschlag erhalten also nach wie vor nur die Großstädte Dresden, Leipzig und Chemnitz.) Erklärungsfrist für die Parteien: Montag, 11. Februar 1929.

## Kriegsbekämpfungsfonds des IGB.

Amsterdam, 31. Januar. (Eigenbericht.)

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschloß, die kommende Trager Ausschreibung zwecks Vorbereitung der Arbeitstomferenz teilweise öffentlich abzuhalten und hierzu auch nicht angeschlossene Zentralen einzuladen. Von 20 000 Gulden Kostenbeitrag sollen 5 000 Gulden auf den Kriegsbekämpfungsfonds überschrieben werden.

## Vor einem Bergarbeiterstreik in Polen.

Katowice, 31. Januar.

Der polnische sozialistische Zentralverband, Sektion Bergbau, der der Arbeiterschaft der Bergarbeiterverbände nicht angeschlossenen ist, hat gestern gleichfalls die Streikparole ausgegeben und sie auf die Kohlenreviere Dobrowa und Krakau, wo der Verband die bedeutendste Rolle spielt, ausgedehnt. Die übrigen Bergarbeiterverbände haben sich gleichfalls einmütig der Streikbewegung angeschlossen.

Auf fast allen Kohlenrevieren waren Belegkassensammlungen, in denen man sich grundsätzlich für den Streik erklärte und scharfe Kritik an der Stellungnahme der Regierung übte.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch die Bauarbeiter in den drei Revieren sich dem Streik anschließen werden, nachdem sie eine Lohnerhöhung von 20 Proz. gefordert haben.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Heute, Freitag, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Karbidler; Jugendheim Schütz; Kammhuber Str. 20; Feinbearbeitung; Ausrichter; Betriebsvereinsleitung; Verbandsjugendzentrale. — Bernauerweg; Jugendheim Gensbergstr. 11; Gde. Hohenschloß; Feinbearbeitung; Bringt; Baumgartenweg; Verbandsbüro mit. — Charlottenburg; Jugendheim Sperlestr. 3; Feinbearbeitung; Eingang im Jugendheim; Verbandsjugendzentrale. — Reppelweg; Jugendheim des Bezirks Mitte; Wobling; Turiner; Gde. Seestraße (Eingang Turiner Straße). Wir kritisieren unsere Bauarbeit. Jetzt ist nur mit Heilmann und Verbandsbüro. — Sonnenweg; Sonntag, 2. Februar, um 18 Uhr, im Bürgerhaus des Posthauses, Köpenicker Str. 10; Feinbearbeitung; Röhre; Kollisch und ihr Werk. — Posten der Dr. Klaus Berger; Unkostenbeitrag 25 Pf. Parteien sind bei den Jugendfunktionären, in den Bezirksjugendgruppen, in den Ortsvereinigungen der Verbände und in der Freigewerkschaftlichen Jugendzentrale, Engelstr. 24-25, Zimmer 7a, zu haben.

## Jugendrat des Zentralverbandes der Anwesenlichen

Heute, Freitag, finden folgende Veranstaltungen statt: Genossenschaftliche Jugendheim Köpenicker Str. 14 (großes Zimmer); Feinbearbeitung. — Oberprenn; Jugendheim Köpenicker Str. 2; Feinbearbeitung. — Gensbergstr. 11; Jugendheim Köpenicker Str. 7-18; Feinbearbeitung. — Köpenicker Str. 11; Jugendheim Köpenicker Str. 7-18; Feinbearbeitung. — Köpenicker Str. 11; Jugendheim Köpenicker Str. 7-18; Feinbearbeitung. — Köpenicker Str. 11; Jugendheim Köpenicker Str. 7-18; Feinbearbeitung.

## Was ist Togonal?

Togonal-Tabletten sind ein hervorragend bewährtes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten! Schützen Sie sich nicht durch minderwertige Mittel! Laut notarieller Bestätigung anerkannt über 500 Ärzte, darunter viele bedeutende Professorenn, die gute Wirkung des Togonal. Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis M. 1.40. 0.46 Chin. 12.6 Lith. 74.3 Acid. acet. sal. ad 100 Amyl.

## Musikaufträge

Übernimmt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin, Kommandantenstr. 63/64. Telefon 8277-78. Bestelldatum 9-3, Sonntags 10-3 Uhr. Auf Wunsch: Bestellerbeleg.



**LOESER & WOLFF**  
Zigarren höchster Feinheit und Arbeitskunst

**Restposten!**  
**Villa-Nueva**  
**Feral**

nur  
**10s**  
das Stück

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Die Adressen der neugewählten Kreis- und Abteilungsverbände dem Bezirkssekretariat mitzuteilen. Das demnächst erscheinende Adressenverzeichnis kann nur diejenigen Namen enthalten, die dem Sekretariat gemeldet sind.

- 1. Kreis Wilmersdorf. Sonntag, 1. Februar, 10 Uhr, im Vorkongress...
12. Kreis Steglitz. Sonntag, 1. Februar, 10 Uhr, im Vorkongress...
14. Kreis Köpenick. Sonntag, 1. Februar, 10 Uhr, im Vorkongress...

Heute, Freitag, 1. Februar. 22. WM. Treffpunkt aller Mitglieder zur Einberufung...

Morgen, Sonnabend, 2. Februar. 75. WM. Wannsee. Rühle Mitgliederversammlung...

77. WM. Hiltlberg. Wir bitten unsere Mitglieder, den Lichtbildvortrag...

Frauenveranstaltungen. 18. WM. Heute, Freitag, 1. Februar, 10 Uhr, bei Groppe...

Jungsozialisten. Gruppe Wedding-Geländebewohner. Heute, Freitag, 10 Uhr...

Geburtstage, Jubiläen usw. 18. WM. Heiner Lorenz. Geburtag der Genossen...

47. WM. Unserem lieben Genossen Rudolf Weber, Mannesb. 4...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 21. WM. Am 21. Januar verstarb unter Genosse Julius Reiser...
46. WM. Unter Genosse, des Kassierer Hugo Hoffberger, ist am 20. Januar verstorben...

Sozialistische Arbeiterjugend-Groß-Berlin

Wahlprüfung der Zeitsche. Ausgabe des Arbeiter-Jugend organ und der Arbeiter-Jugend usw. heute, Freitag, zwischen 17 und 19 Uhr.

Heute, 19 1/2 Uhr, Abteilungsmitgliederversammlungen: Wilmersdorf: Verbands-Schule...

Wahlprüfung beim Friseurmeister, 1: Die Kommunalwahlen...

Arbeiterklub heute morgen, Sonnabend. Treffpunkt 10 Uhr...

nicht vergessen. - Kleinfalter-Schneisein Kreuzberg...
Reichsbund jüdischer Frontkämpfer, Ortsgruppe Berlin...

Funkwinkel

Ungefähr fünfzehn Jahre dauerte es, bis der Film seine künstlerische Form fand, deshalb ist es nicht erstaunlich, daß sich heute noch vier Jahren das Hörspiel noch immer im Zustand des Experiments befindet.

Theater, Lichtspiele usw.

Freitag, d. 1. 2. Staats-Oper. Carmen. Staats-Oper. Die Fledermans. Freitag, d. 1. 2. Stadt. Oper. Orpheus u. Eurydike. Staatl. Schauspiel. Nathan der Weise.

Theater des Westens

Täglich 8 1/2 Uhr. Der sensationelle Erfolg! Räte Dorfs. Friederike. Musik von Franz Xaver Kammerl. Karl Jöken.

CASINO-THEATER

Neu! Kilometerliebchen. Dazu ein erstklassiger duster Teil. Für unsere Leser Quitschein 10r 1-4 Pfr. Fauteuil nur 1.15 M., Sessel 1.05 M., sonstige Preise. Parkett u. Park. 4/10 V.

CIRCUS BARUM

Berlin-Lichtenberg. Vollständig neues Programm. Täglich abends 8 Uhr.

Renaissance-Theater

„Das große ABC“. Regie: Gust. Hartung.

Einsegnungsanzüge. Bewährte Qualitäten zu niedrigsten Preisen. Größe 38-43. Kleinhier-Größen 10% billiger. Anzüge aus dunkelblau. Cheviot, ein- und zweifachig... 30.-. Anzüge aus dunkelblau. Molton, cheviot, ein- und zweifachig... 40.-. Anzüge aus reinweiß, dunkelbl. Pfälzer Cheviot, besonders haltbar... 48.-. Anzüge Ersatz f. Maß a. dunkelbl. Kammgarn, ein- u. zweifachig... 48.-. Prüfungsanzüge modern gemustert... 36.-. HDte, Krawatten, Wäsche, Handschuhe in großer Auswahl. BAER SOHN. Spezialhaus für Herren- und Jünglings-Kleidung. Berlin N4, Chausseestr. 29-30.

Volksbühne. Theater am Blücherplatz 8 Uhr. Die Bergbahn.

Theater am Schillingdamm 8 Uhr. Die Drei-Groschen-Oper.

Thalia-Theater 8 Uhr. Oelrausch.

Staatl. Schiller-Th. 8 Uhr. G A S.

Staatstheater am Platz der Republik 7 1/2 Uhr. Die Fledermans.

12. am Schiffbauerdamm. Täglich 8 Uhr. Die Drei-Groschen-Oper.

Paulsen, Valett, Ander, Oerron, Schaufuß, Kühl, Lvovskij.

Deutsches Theater. Norden 12.30. Die Verbrecher.

Kammerspiele. Norden 12.30. Seiden erziehen.

Die Komödie. diamark 24147530. Olympia.

HALLER-REVUE. „Schön und schick“.

Rosa-Theater. a./n. 24147530. Die Fledermans.

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72-7. Oelrausch.

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72-7. Oelrausch.

Berliner Theater. Direkt. Heinz Herald. Charlottenstraße 96. A. 2. Dönhof 170. Täglich 8 Uhr. 3 X Hochzeit.

Kleines Theater. Täglich 8 1/2 Uhr. Lady Windermores Fächer.

Salzburg-Bühnen. Lausig-Theater 8 Uhr. Katharina Knie.

Innereien. Erfinder ERFOLG!

NEUE WELK. Arnold Scholz. Hasenheide 108/14. Grobes Stockbierfest.

7 Kapellen - 50 bayr. Madeln. Einlad 4 Uhr. Sonnabends und Sonntags: Grosser Alpenball.

Theater, Lichtspiele usw. auch folgende Seite.



# Grammophon "DIE STIMME SEINES HERRN"

unübertroffen im Repertoire und in der Wiedergabe

**"Brunswick"** die beste amerikanische Tanzplatte  
das hervorragende Musik-Instrument

Fordern Sie nur diese Marken in unseren offiziellen Verkaufsstellen

DEUTSCHE GRAMMOPHON-AKTIENGESELLSCHAFT \* BERLIN SW 68

Sprechapparate auf **12 gleiche Monatsraten**

VORSPIEL BEREITWILLIGST IM GRAMMOPHON-SPEZIALHAUS  
189 Friedrichstr. 189 BERLIN 14 Tautenzienstr. 14

## SCALA

8 Uhr. 88 Barbarossa 8234

Ab heute!

### Con Colleano

der anerkannte König der Drahtseilkunst.

#### 4 Bronells

die weltberühmten skandinavischen Clowndirekt von ihrem Sensations-Gastspiel I. Olympia, London

u. weitere Internat. Darbietungen.

Sonntags u. Sonntags

je 2 Vorstellungen

8 und 8 Uhr. - 3/4 zu ermäßigten Preisen das ganze Programm.

## PLAZA

Das Varieté im Ostbahnhof  
Alexander 8007/08

Ab heute tägl. 5 u. 8<sup>10</sup>

Das sensationelle

Eröffnungs-

Programm!

10 internationale Variété-Attraktionen v. Welttruf

Einheitspreise:

1. Vorstellung 50 C. 1.- M.

2. Vorstellung 1.- bis 2.- M.

Vorverkauf tägl. 10-6 Theaterk.

Beste Fahrtverbindungen:  
Stadt- und Vorortbahn bis zum Schloßischen Bahnhof, Ausgang Fruchtstraße, Hochbahn: Warschauer Brücke, Autobus: 10 bis Frankfurter Allee, Straßenbahn: bis Frankfurter Allee, Ecke Fruchtstraße, Linie 68, 69, 70, 76, Von Lichtenberg die Linien 8, 13, 68, 69, 70, 76, 178.

# CONDITOREI U. CAFÉ BERLIN

HARDENBERGSTRASSE 29 A-E  
zwischen Gedächtniskirche und Ufa-Theater Zoo

Entwurf und Einrichtung  
Architekt: Leo Nachtlicht  
Prof. Cesar Klein, Prof. Reger

Eröffnung morgen Sonnab. 3 Uhr

**Conditorei:** Bis 2 Uhr mittags Spezial-Frühstücks- und Mittagkarte zu kleinen Preisen. Wiener und Karlsbader Gebäck-Spezialitäten  
**Engl. Teesalon:** Nachmittagsstee der guten Gesellschaft ohne Musik in englischem Stil  
nach Entwürfen von Prof. Cesar Klein

IN DEN OBEREN RÄUMEN  
ab 4 Uhr nachmittags  
Kammermusik LUCZKOWSKI  
v. Hotel ESPLANADE, Berlin

**Tanzraum:** ERIC GEHRSEN mit seinen 11 SOLISTEN v. ARMENONVILLE, Paris, u. SACHER, Wien, spielt nachmittags und abends zum TANZ  
Nach Entwürfen von Prof. Reger

**Cocktail-Room:** Von 5-8 U. zur Cocktailstunde u. ab 9 U. abds.: ERWIN KRAUSHAAR AND TWO BOYS vom Richmond Park-Hotel, Karlsbad. Zur Cocktail-Party Spezial-Cocktail-Gedecke

**American. Soda Fountain:** Original amerikanisch. Eis, MIX-GETRANKE Spezial.: Hors d'oeuvres (Vorgerrichte) à discretion M. 1.75 ORIGINAL SANDWICHES

<p><b>Metropol-Theater</b> 8 Uhr <b>Lustige Witwe</b> mit <b>FRITZI MASSARY</b> Max Hansen Gaski Elliot, Walt, Jankuhn, H. Junckermann, W. J. Haeffers, Margitta Sisters, Beauty Girls, Jackson Boys</p>	<p><b>Gr. Schauspielhaus</b> 8 Uhr <b>Casanova</b> mit <b>ALFRED JERGE</b> Anni Frind, Erny Jolan, Anny Ahlers Licka, Serda, La Jena, Winiolstein, Kupfer, Arno, Sendow, Margan, Glanckhorn, Fisch</p>
<p>Zwei Charell - Inszenierungen Gesamtausstattung Prof. Ernst Stern. In beiden Theatern Sonntag 3 Uhr Nachm. Vorstellung zu kleinen Preisen Neu auf Elektrotra</p>	

## UNIVERSUM

Kurfürstendamm 155/156 • Am Lohseow Platz  
Fernsprecher: Strakaas 3400-02

**Zwei Roberts**  
Akrobaten im Frack

**Zoiga und Rachel**  
Akrobaten - stilles Tanzpaar

**Paquito und Bilbianita**  
Spanische Nationaltänzer (Casino de Paris)

**Lya Mara**  
Mein Herz ist eine  
Jazzband

Alfred Abel / J. Kowal-Samborski  
Regie: Friedrich Zelnik  
Musikalische Illustration u. Leitung: Artur Guttmann  
Wochentags: 7, 9<sup>15</sup> Sonntag: 5, 7, 9<sup>15</sup>  
Vorverkauf 12-2 im Universum und bei A. Wertheim  
Defina

**Komische Oper (8<sup>1</sup> 4)**  
James-Klein-Revue  
**Paradies**  
der  
**süßsen Frauen!**  
Parkett 4,50, Rang 2,50 M.

**Theater a. Kottbuser Tor**  
Kottbuser Str. 6 Tel. Mpl. 1607  
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag  
nachm. 3 Uhr fernab. Preise  
**Elite-Sänger**  
Faschings-Programm!  
Emil S. ein. der beliebte  
Komiker und Tanzhumorist als Gast

**Reichshafen-Theater**  
Vochts. 8 Sonntag nachm. 2  
Das lustige neue Febr.-Progr. der  
**Steiniger Sänger**  
Nachm. halbe Preise,  
volles Programm.  
Dönhoff-Brett:  
Konzert, Tanz, Variété  
10 große Nummern.

**CIRCUS BUSCH**  
8 Uhr - Täglich - 8 Uhr  
**Papa Tarzan**  
mit seinen beiden Kindern  
**Pedrizzi**, der Meisterspringer  
der Welt;  
über 2 Autos und 8 Pferde.  
Vollkom. neues Febr.-Progr.  
„Der us Stieren“ - 30 Eisen

**Barowsky-Bühnen**  
Theater in der  
Königsplatz Straße  
8 1/2 Uhr  
**Revolte im**  
Erziehungshaus  
Schauspiel  
von P. M. Lampel.

**Komödienhaus**  
8 1/2 Uhr  
**Das Geld auf**  
der Straße  
Münster v. Bernauer  
u. Oesterreicher

**Zentral-Theater**  
10 Ubr, ab 8 Uhr  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Sonntag auch 4 Uhr  
**Ich küsse Ihre**  
Hand, Madame  
Ein Spiel von Liebe  
und Lenz mit dem  
gleichnam. Schlager  
Kundfunkhörer  
halbe Preise

**Otto, Künstler-Th.**  
8 1/2 Uhr  
**Der Zinker**  
v. Edgar Wallace  
deutsch Ritz Mathias  
Preise 1-10 Mark

# Teilzahlung

**1/5 Anzahlung**  
Rest in 5-6 Monatsraten oder 20-24 Wochen-  
Raten, bei Käufen über 100 Mk. Rest in 8 Mo-  
natsraten oder 32 Wochenraten!

Luz  
**EINSEGNUNG-**  
für BALL und GESELLSCHAFT  
besonders vorteilhafte Angebote

Einsegnungs- u. Prüfungs Kleider in Wolle, Seide  
u. Samt • Einsegnungs-Anzüge in Kammgarn,  
Cheviot, Melton • **Schuhwaren** • Wäsche

Auch in unseren Abteilungen  
**DAMEN-UND HERREN-KONFEKTION**  
finden Sie gut sortierte Läger

## KAUFHAUS

# Moden

IM OSTEN: Große Frankfurter Str. 101  
IM SÜDEN: Kottbuserdamm 72

Einsegnungs-  
Anzüge im. 26  
Einsegnungs-  
Kleid schw. 27 50

Smoking - Anzug  
Halbes in guter Verar-  
beitung, ein-  
ganz. Schnitt 78

Ball-Kleid  
aus kunstveredelm  
Gewebe, Spitze, 29 50  
weib. Schnitt

## Walther Harich: Die Haßzentrale

Natürlich denkt man, daß man den am meisten haßt, der unser Gegner in politischer oder religiöser Hinsicht ist. Der Weiße haßt den Roten, der Schwarze den Grünen. Aber was ist diese Begierde gegen den Haß an Theaterkassen, Konzertgarderoben, an überfüllten Elektrischen und Zuschauerrängen? Hier werden die wahren Schlachtfelder der Menschlichkeit gefeiert. Wer am Posthalter beispielsweise vor mir steht, der ist mein wahrer Feind.

Wenn man Eile hat, und es geht auf der Straße ein Mensch ganz langsam vor einem her, so daß man nicht vorbei kann, wenn einer im Konzert durch Rascheln mit dem Programm immer wieder stört, den Fahrer der Elektrischen, der besonders langsam fährt, wenn man eilig ist: diese Menschen haßt man und ist unerbittlich. Man weiß gar nicht, wieviel Gelegenheit es zum Haßen gibt. Man sollte das viel besser ausnutzen. Man weiß aber auch nie, wann, wie oft und von wem man gehaßt wird. Man steht vor der Sperre unter achtzig Menschen, und der Zugführer gibt schon das Zeichen zur Abfahrt. Da kann die dicke Dame vor dir ihre Karte nicht finden, sucht in allen Taschen, schwigt vor Angst, macht Jahre des Fegefeuers in zehn Sekunden durch. Eigentlich ist sie eine bejammernswerte Kreatur, unseres Mitleids wert. Aber achtzig Menschen haben noch nie eine solche Mordswut auf jemanden gehabt wie auf sie. Blide, Flüche durchbohren sie wie Pfeile, zerschmettern sie wie geschleuderte Felsblöcke, und wenn der Zug nun wirklich abfährt, möchten achtzig Menschen sie zerreißen. Und dabei ist sie vielleicht eine gutmütige Tante und ahnt so wenig von den auf sie gerichteten Haß-Blitzstrahlen, daß sie sich sogar noch hilfesuchend umblickt und schmerzvoll lächelt.

Das Leben ist nun einmal so. Was mich daran am meisten empört, ist, daß es so selten zu klarer Parteibildung kommt. Darin ist die Politik dem Leben überlegen. In der Politik weißt du um Freund und Feind. Aber am Posthalter? Deht steht du hinten in der Schlange und schimpfst, daß da vorne einer fünf Einschreibebriefe und zehn Postanweisungen aufgibt. Aber wie bald steht du selber voran und bist durchaus dafür, daß man in aller Ruhe seine Geschäfte erledigt und einen Hundertmarkschein zückt, wenn man 75 Pf. zu bezahlen hat, und was du vor allem nicht leiden kannst, ist das ewige Drängeln. Wenn aber vollends jemand dich vor dir auf einmal ein Telegramm schwenkt und vor dir abgefertigt wird, dann reißt deine Geduld, ohne Rücksicht darauf, daß du morgen selber ein Telegramm und vielleicht sogar eine telegraphische Postanweisung ausgeben wirst. Es herrscht absolut keine Ordnung. Ewig wechselt man die Parteien, auch wenn man sonst Charakterfest ist.

Das Schlimmste aber sind die Elektrischen! Wer draussen auf der Plattform steht, will, daß die anderen sich in den Mittelgang im Innern stellen und nach vorne treten. Aber auf einmal steht du selbst drinnen und denkst gar nicht daran, deinen Platz ganz vorn neben

dem hübschen Mädchen zu verlassen. Laß die anderen schimpfen! Du drehst dich höchstens einmal um und tust als ob ein anderer gemeint wäre.

Es gibt auch Situationen, in denen du Heldenmut beweisen kannst. Zum Beispiel: Jung und kräftig spreizest du dich auf bequemem Polster, indes die Menge sich im Gang zusammenpreßt. Blide, verächtliche, wütende, treffen dich — du wankst nicht. Zwei ältere Herren präntieren auf deinen Platz — du bleibst sitzen. Leises Murren umhaucht dich. Zehn alte Damen messen dich höhnvoll, sprechen von heutiger Jugend und tausenden ähnliche unmissverständliche Bemerkungen aus. — Du liest ruhig deine Zeitung weiter. Das Murren schwillt drohend an, die Situation ist zur Katastrophe reif. Kurven schüttele die anderen durcheinander. Du allein sitzt unangefochten auf deinem Polster und scherst dich um nichts. Haß umbrodelst dich — du merkst nichts, du sitzt bequem, zeitunglesend, und nur, wenn etwa einer der Zusammengepreßten dich berührt, bläfst du drohend. Du habest dich förmlich darin, als Scheusal zu gelten.

Und doch haßt du recht! Denn — an der nächsten Haltestelle steigt ein Mütterchen mit zitternden Knien ein, oder eine abgehärmte Frau mit einer Markttsche und einem Kind im Arm, so beladen, daß sie nicht ihre Geldtasche hervorziehen kann. Auf diesen Augenblick haßt du gewartet, hast Haß und Verachtung, Mut und Drohungen über dich ergehen lassen, um einem wirklich ganz und gar Bedürftigen den Platz unter allen Umständen zu sichern, um dann, wenn diese Mühelinge und Beladene erscheint, aufzuspringen und ihr unter dem Ah! der Umstehenden deinen Platz zu bieten. So einer warst du also und kein Scheusal, und siehst im nächsten Augenblick (wofür du es etwa nicht nur tatest, weil du jetzt aussteigen mußt) unter denen, die die Gehenen mit ihrem Haß verfolgen.

Zu welcher Partei in diesem ewigen Streit aber sollst du dich in dieser Vielheit von Standpunkten bekennen? Zu den Stehenden, zu den Gehenen, zu denen, die höflich jedermann Platz machen, zu denen, die ihren Platz für den Notfall aufbewahren? Zu denen, die das Recht, Zeitung zu lesen, verachten? Zu den anderen, die es für eine Belästigung des Publikums halten, weil sie selbst keine Lektüre eingesteckt haben? Es gibt nur ein wildes Chaos von stets wechselnden Fronten. Einer gegen alle, alle gegen einen, alle gegen alle! Ich glaube deshalb fest daran: Wenn einmal das letzte Gemitter losbricht und die Menschheit sich selbst verschlingt — bis jetzt waren es ja nur Generalproben! —, dann wird es nicht von politischen Versammlungen ausgehen, sondern vor einem Posthalter etwa wird es losbrechen, auf die Bahnsperrn und Theaterkassen wird es übergreifen, sich auf Konzertgarderoben und Elektrische ausdehnen, und nichts von dem menschlichen Geschlecht wird übrig bleiben.

## Das Testament de Herzogs

„So Madame, da haben Sie Ihren Willen! Sie werden nach meinem Tode Millionärin sein. Aber ich hoffe, Sie werden noch recht lange darauf zu warten haben!“

Der Herzog von Bourbon tauchte die Feder in das Tintenfaß, setzte mit großen, festen Zügen seinen Namen unter das Dokument, das vor ihm lag, und reichte dann den Schlüssel dem Notar.

„Ihre Gegenzeichnung, bitte, Herr Robin, und Ihr Siegel!“

Dieser Vorgang spielte sich Ende 1829 in Paris ab. Die Baronin Feuchères hatte es endlich mit zäher Beharrlichkeit durchzusetzen vermocht, daß der alte Herzog von Bourbon ein Testament aufsetzte, in dem der junge Herzog von Amale, der Sohn des Herzogs Louis Philippe von Orléans, als sein Adoptivsohn zu seinem Unerben eingesetzt und für die Baronin eine Schenkung von zwei Millionen Livres ausgeworfen wurde. Lange hatte sich der Herzog hartnäckig dagegen gestäubt, dieses Testament aufzusetzen, aber die unermüdlichen raffinierten Verführungs- und Ueberrückungspläne der Baronin hatten ihn schließlich schwach gemacht. Der Herzog haßte seine Verwandten vom Hause Orléans. Er mußte sehr wohl, daß sie in schädlicher Habgier nach seinem reichen Erbe trachteten, und er haßte sie doppelt, weil der Vater des Herzogs Louis Philippe mit seiner Stimme im Nationalkonvent den Ausschlag für die Hinrichtung seines Vaters, des Königs Ludwig XVI. gegeben hatte.

Der Herzog von Bourbon hatte keinen Vorerben. Sein einziger Sohn, der Herzog von Enghein, war vor einem Vierteljahrhundert auf Befehl des ersten Konsuls Bonaparte, der sich zwei Monate später zum Kaiser Napoleon ausgerufen ließ, als angeblicher Landesverräter erschossen worden. Seitdem war der Herzog ein Menschenverächter geworden. Aber trotz seines abweisenden Wesens und seiner mancherlei Schrägheiten bewahrt sich nach dem Sturze Napoleons alle Welt in Paris um seinen Umgang und seine Gunst. Man wußte, daß der Herzog über außerordentlich große Reichtümer verfügte, und man wollte nach bester Möglichkeit an diesen Reichtümern teilhaben. Besonders Louis Philippe, der selber nicht gerade begütert war, verbrachte manche schlaflose Nacht mit Grübeln darüber, wie er sich wohl am einfachsten und sichersten in den Besitz des reichen Erbes seines Verwandten setzen könnte. Um dieses heißersehnte Ziel zu erreichen, erfaßte er einen teuflischen Plan.

Seit einer Reihe von Jahren hatte der Herzog von Bourbon ein Liebesverhältnis mit der Engländerin Sophie Daves. Er liebte diese Frau mit der ganzen Leidenschaft eines Mannes in vorgerückten Jahren, der noch ein spätes Liebesglück auszuproben sucht und sich deshalb von willenlosen Sklaven der Frauen einer angebeteten Frau erniedrigt. Sophie verfolgte kühl berechnend nur das eine Ziel, als Geliebte des Herzogs Zugang zur adeligen Gesellschaft zu erlangen. Sie mußte ihre unumhänke Macht über den Herzog mit unbedächtigster Rücksichtslosigkeit aus und schmeinte nicht davon zurück. Ihren Liebhaber zu beschwimmen und zu prägen, wenn er einmal einen ihrer Wünsche nicht gleich erfüllte. Schließlich hatte der Herzog auch einwilligen müssen, daß Sophie den Baron Feuchères heiratete, um dadurch ein legitimes Mitglied des französischen Adels zu werden, ohne jedoch ihre intimen Beziehungen zu ihrem Liebhaber einzuschränken. Der Baron war anfangs stolz darauf gewesen, die vermeintliche uneheliche Tochter des Herzogs von Bourbon als Gattin heimzuführen zu dürfen. Als er jedoch nach seiner Heirat die wirklichen Beziehungen seiner Gattin zum Herzog erfuhr, verließ er Sophie in höchster Entrüstung und vermählte sich beim König durchzusetzen, daß die Baronin nicht mehr in der Hofgesellschaft geduldet wurde.

Aber der Zufall kam Sophies ehrgeizigen Wünschen zu Hilfe. Nachdem Louis Philippe sich zunächst vergeblich an den Herzog von Bourbon direkt gewandt und ihn zu bewegen versucht hatte, seinen Sohn zu adoptieren, kam er auf den schlauen Einfall, sich der Geliebten des alten Herzogs zur Vermittlung seiner unaufrichtern Pläne zu bedienen. Die Verständigung war nicht schwer, weil seine und Sophies Sehnsucht sich begegneten. Mit einem Schlag war die Baronin am Ziel ihrer Wünsche angelangt. Dank der Einführung des Herzogs von Orléans, gehörte sie bald zu den gefeiertesten Damen der Hofgesellschaft, und sie war umso eher geneigt, sich Louis Philippe dafür erkenntlich zu zeigen, als ihr ja selbst aus dem Testament ihres Liebhabers ein reicher Gewinn erwachsen sollte.

Aber hier begegnete ihr anfangs ein unerwarteter Widerstand des Herzogs von Bourbon. So hemmungslos auch der alte Herzog seiner Geliebten ergeben war, so erbittert wehrte er sich doch gegen ihr Verhalten, ein Testament zugunsten der verhassten Familie Orléans aufzusetzen. Sophie merkte bald, daß sie diesmal nicht mit Brutalität ans Ziel gelangen könnte. Da verlegte sie sich aufs Schmeicheln, auf Zärtlichkeiten, auf immer raffinierter gesteigerte erotische Sensationen. Diesem Ansturm auf seine männlichen Gefühle war der Herzog von Bourbon auf die Dauer nicht gewachsen.

Ein halbes Jahr später wurde Louis Philippe im Verlauf der Julirevolution zum „Bürgerkönig“ ausgerufen. Das brachte den heftigen Groß des Herzogs von Bourbon gegen das Haus Orléans zum Ueberlaufen, und er trat Anstalten, um Frankreich zu verlassen und dadurch vor aller Welt seine Anhänglichkeit an den entthronten König Karl X. zu bezeugen. Louis Philippe war höchst bestürzt, als ihm diese Absicht seines Verwandten zu Ohren kam. Er fürchtete den ungünstigen Eindruck einer solchen demonstrativen Abreise des Herzogs auf Adel und Volk von Frankreich und begte vor allem die größte Beforgnis, daß der Herzog nun womöglich sein Testament doch noch umstoßen würde. Deshalb mußte mit allen Mitteln versucht werden, den Herzog von seinem Vorhaben abzubringen. Ein Kurier nach dem anderen wurde zum Herzog geschickt, um ihn dringend aufzufordern, seine Reisepläne anzugeben. Aber der Herzog blieb unerbittlich.

Die Baronin Feuchères hatte noch am 26. August eine stürmische Auseinandersetzung mit ihrem ehemaligen Geliebten. Auch ihre Bemühungen blieben erfolglos. Als der König erfuhr, daß die Abreise des Herzogs bis in alle Einzelheiten vorbereitet worden war, gab er kategorische Anweisung, diese Abreise mit allen Mitteln zu verhindern.

Der Kammerdiener des Herzogs, der am Morgen des 27. August seinen Herrn wecken wollte, fand die Schlafzimmertür verschlossen und erhielt auf sein Rufen keine Antwort. In höchster Erregung rief er die ganze Dienerschaft zusammen. Eine unheimliche Stille lastete gespannt auf dem Schlafgemach des Herzogs. Endlich entschlossen sich die Diener, die verschlossene Tür zu zertrümmern. Auf dem Nachttischchen kaskierte noch die ziemlich heruntergebrannte Kerze. Am Fensterkreuz hing der Beichnam des ermüdeten Herzogs.

Man schnitt den leblosen Körper ab und schickte in aller Eile zu Kerzen. Aber die angestrengten Wiederbelebungsbemühungen blieben ohne Erfolg.

Am nächsten Morgen ließ Louis Philippe das Testament des Herzogs öffnen und trat sofort im Namen seines Sohnes die reiche Erbschaft an.  
Sans Bertram.

## Aus guter, aller Zeit

Was einmal alles in Deutschland „Fürst von Gottes Gnaden“ war, läßt sich daraus ermessen, daß einer von ihnen über ganze zwölf Untertanen und einen Juden gebot! Da darf es denn nicht wundernehmen, daß das stehende Heer eines etwas besser gestellten Herrschers aus einem Obersten, zwei Hauptleuten, sechs Leutnants und einem Husaren bestand! Und das schöne Lied von Appen-Deimold, der wunderschönen Stabi, ist sicher in dieser Zeit entstanden. Helft es doch darin: „Appen-Deimold, eine wunderschöne Stadt, darinnen ein Soldat . . .“ und zum Schluß klagt der „große General“: „Womit soll ich führen einen Krieg, wenn mein Soldat ist tot!“ Auf die Idee, ihre eigene Person in den Krieg zu führen, kamen also die Generäle schon damals nicht.

Was die Bevölkerung dieser Kleinstaaten aber für Lasten zu tragen hatte, kann man ermessen, wenn man weiß, daß der Markgraf von Baden-Durlach sich in Karlsruhe 160 Gartenmädchen hielt, mit denen er unzählige Kinder in die Welt setzte! Die Kosten für eine derartige Hofhaltung konnten selbstverständlich nicht aus den noch so hohen Steuern bestritten werden, und so verhandelten die Fürsten dann eben ihre Untertanen als Schachsteine, d. h. als Soldaten an größere, kriegführende Staaten.

Nach den sogenannten Befreiungskriegen sollten die Fürsten freilich ihrem getreuen Volke eine Verfassung geben. Das war dem brauen Volke ja nicht nur von den liebevollen Landesvätern versprochen worden, sondern auch im Artikel 13 der Bundesverfassung festgelegt. Aber man hatte, wie so oft, vergessen, diesem Artikel 13 gleich die Ausführungsbestimmungen beizufügen, und so beglückte der Fürst von Biechtenstein z. B. seine 5546 Untertanen mit einer Verfassung, die bestimmte, daß die Stände und die Landmannschaft künftig über den Etat des Fürstentums beschließen sollten. Die Landmannschaft aber sollte bestehen aus denjenigen Untertanen, die von ihren in Biechtenstein liegenden Gütern 2000 Gulden Steuern zahlten, über 30 Jahre alt und — nach dem Zeugnis fürstlicher Beamter — von verträglicher Gemütsart waren. Aber selbst dann durften sie nur darüber beschließen, wie die im fürstlichen Etat aufgestellten Summen aufgebracht werden sollten. Abstriche zu machen, war ihnen nicht gestattet!

Ein Gutes freilich hatte diese Kleinstaaterei: Ringends wurde so wie in diesen kleinen Staaten die Ehrjurcht vor dem Phantom der fürstlichen Macht untergraben. Nicht nur in Mecklenburg-Strelitz langen die niederrückigen Strohdächer auf ihren erlauchten Herrscher, wenn auch der auf Adolph Friedrich besonders schön ist, wie ihn uns Frau Reuter überliefert: „Dürstleuchting ist von Gottes Gnaden, heit drei Paar Strümpf und doch keen Böden!“

Auch in den anderen kleinen Fürstentümern wurde durch die Bettelhaftigkeit des fürstlichen „Brunkes“ ein gesunder demokratischer Geist großgezogen, und wie er sich auswirkte, beweisen zwei Anekdoten aus Schwarzburg-Rudolstadt. Die eine spielt schon zur Zeit der Befreiungskriege. Da kam eine Ake zur „Fürstin-Rutier“ von Rudolstadt und bat sie, ihr doch zu helfen, daß ihr Sohn freikomme. „Heeren Sie, da kaant 's nicht machen!“ meinte die „mei Sohn is ja auch im Kriege!“ „Ja“, antwortete die alte Frau. „Ihrer hat noch nicht weiter zu tun, meiner is aber Beinewäber!“ Aber noch der vorletzte Fürst von Schwarzburg-Rudolstadt bekam einmal von einem Untertan eine ähnlich respektlose Antwort. Der Fürst ging viel spazieren und war besonders stolz darauf, daß ihn jeder seiner Untertanen kannte und grüßte. Einmal begegnete ihm ein alter Hofarbeiter, der aber keine Miene machte, ihn zu grüßen. So ging der „Ferscht“ auf ihn zu: „Kennst 'r mich nich? Ich bin doch Eier Ferscht!“ „Soo?“ murkte der Ake. Dann nahm er die Weife aus dem Munde und fügte bedächtig hinzu: „A scheenes Böstchen, das haste Se nur fest!“ Der alte Ferscht hat freilich das „Böstchen“ noch behalten können — seinen Nachfolger aber legte mit all seinen Standesgenossen den Novembersturm von seinem Platz. Und ein bißchen frischer als in der „guten, alten Zeit“ ist die Luft in Deutschland seitdem doch geworden.

## Alfred Modernes Mädchen

Bemerkungen zu dem neuen Roman von Bickl Baum und stud. chem. Helene Wilscher, erschienen im Ullstein-Verlag.

Man kann sich in Deutschland nur schwer von dem alten Ideal der Ralpen freimachen. Trotz Kubikfuß, Bembergseide und sportlichem Betätigungsdrang blüht das Schelmengesicht den Leser an, das von Hofers Zeiten her das Entzücken des deutschen Publikums bildete.

Auf der anderen Seite steht das Girl, die amerikanische Importware. Zwischen diesen polaren Gegensätzen bewegt sich die Darstellung in vielen Spielarten, mehr oder minder mondän parfümiert, einmal Seide, einmal Flanel, manchmal überwiegt Tennis, manchmal das trauete Heim, je nach Können und Neigung des Verfassers.

Die arbeitende Frau ist seltener zu treffen. Der Beruf bleibt Zugabe, gibt höchstens die Farbe, das Milieu. Auf den menschlichen oder gesellschaftlichen Bindungen liegt der Akzent. Hier bei Bickl Baum tritt das Gegenteil ein.

„stud. chem. Helene Wilscher“ ist in erster Linie ein Unterhaltungsroman, deshalb Spannung, Abenteuer, Verwicklungen, deshalb das happy end mit der lang verzögerten Ehe, alles Aquilinen, die durch allzu häufigen Gebrauch abgenutzt erscheinen. Aber, und dies bleibt entscheidend, es sind nur pikante Gewürze, es sind Hemmungen auf dem Wege dieses Mädchens, Hemmungen, an denen sich die Energie, der Arbeitswille um so stärker entfallen. Bickl Baum gibt ein Charakterbild im Konversationsstil, und das schadet nichts.

Das Ganze gleicht einem Kufriß, einer Stütze. Um die Handlung zu beschleunigen, die Spannung zu erhöhen, verliert sich Bickl Baum nicht in psychologische Details, nicht in Seelenanalysen. Schlagschläger müssen genügen. Und vielleicht erhält der Roman dadurch den sachlichen Anstrich.

Entstanden ist das Porträt der arbeitenden, begabten Frau, die nur ein Ziel im Auge hat: Das Examen. Aber sie ist keine Streberin, der es allein um das Examen geht. Sie ist durch und durch Wissenschaftlerin. Die Chemie steht im Zentrum ihres Lebens, sie liebt auch, doch es fehlt ihr letzte Freude an der Hingabe, sie bekommt es fertig, sich selbst hierin eine gewisse Objektivität zu wahren.

Diese Helene Wilscher ist das moderne Mädchen, das nicht mehr in einem Volkentumidumheim lebt, unnebel von sentimentalen Phrasen. Sie steht mitten im Leben, ist von seltener Sachlichkeit, will als selbständiger Mensch in der Arbeit leben. Das Verdienst der Verfasserin, daß sie diesen Typ bei der Arbeit gestaltet und nicht nur in der Liebe oder in ihrer Stellung zur Gesellschaft.

# Billige Lebensmittel

**Stadtküche Leipziger Str.**  
Am Zentrum Nr. 8133-38  
Wir liefern frei Haus  
Menüs, Einzelgerichte, Kalte Platten,  
Mayonnaisen, Eisspeisen, Torten usw.  
Verlangen Sie unseren ausführlichen Stadtküchenkatalog

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Strasse • Wilmersdorfer Str. • Brunnenstrasse • Kottbuser Damm • Andreasstrasse

### Frisches Fleisch

Pa. Schweinebauch ohne Beilage, Pfund 1,08  
Pa. Schweineschinken oder -Blatt, Pfund 1,18  
Pa. Kassler mild, Pfund 1,25  
Pa. Rückenfett bratfertig, a. Schwarz, Pfund 94 Pf.  
Pa. Eisbein m. Spitzeln gepökelt, Pfund 80 Pf.  
Kalbskamm ohne Beilage, Pfund 78 Pf.  
Kalbsribschinken ohne Beilage, Pfund 86 Pf.  
Kalbskeulen bis 9 Pf. schw. gar od. gelb, Pfund 95 Pf.  
Kalbscharen, Pfund 65 Pf.  
Pa. Hamme, vordertisch, Pfund von 98 Pf. an  
Pa. Schmorfleisch Keule, o. Knochen, Pfund 1,24  
Pa. Rouladen, Pfund 1,36

Pa. Roastbeef ohne Knochen, Pfund 1,48  
Pa. Schabefleisch, Pfund 1,24  
Pa. Rinderkamm od. Querrippe, Pfund 75 Pf.  
Pa. Rinderbrust, Pfund 80 Pf.  
Pa. Fehrippe, Pfund 88 Pf.

Pa. Taig ausgelesen, Pfund 58 Pf.

### Gefrierfleisch

Pa. Schmorfleisch Keule ohne Kn., Pfund 1,10  
Pa. Gulasch ohne Knochen, Pfund 88 Pf.  
Pa. Suppenfleisch, Pfund von 66 Pf. an  
Pa. Hammelvordertisch, Pfund von 84 Pf. an  
Pa. Rinderleber frisch, Pfund 1,30  
Pa. Rinderbacken o. Knochen, frisch, Pfund 48 Pf.  
Pa. Rinderherzen frisch, Pfund 58 Pf.  
Pa. Enten frisch, Pfund 26 Pf.  
Pa. Schweineköpfe fr., m. Fettbacke, Pfund 56 Pf.

### Gemüse und Obst

Wirsing-od. Weisskohl 14,9 Pf. Kranzfeigen... Pfund 28 Pf.  
Rotkohl... Pfund 10 Pf. Apfelsinen... 3 Pfund 68 Pf.  
Grünkohl... Pfund 14 Pf. Bananen... 3 Pfund 88 Pf.  
Möhren gewaschen, 2 Pfund 25 Pf. Blutaepfelsinen 3 Pfund 95 Pf.  
Dauerzwiebeln 2 Pfund 25 Pf. Kolif. Tafeläpfel Pfund 45 Pf.  
Rosenkohl... Pfund 28 Pf. Ananas frisch, Pfund von 60 Pf. an

### Wurstwaren

Rol- u. Leberwurst 70 Pf. Schinkenpolnische 1,30  
Sülzwurst... Pfund 90 Pf. J. Leberwurst... Pfund 1,60  
Speckwurst... Pfund 1,00 Schinkenwurst... Pfund 1,65  
Hausm.-Leberwurst 1,15 Zervelat... Pfund 1,70  
Jagdwurst... Pfund 1,05 Solami... Pfund 1,70  
Fleischwurst... Pfund 1,30 Teewurst... Pfund 1,80  
Hildesheimer... Pfund 1,40 Schinkenspeck... Pfund 1,75  
Mettwurst... Pfund 1,40 Nusschinken... Pfund 1,95

### Gekochte Schinken 50 Pf. Fetter Speck 1 Pfund 1,18

### Konserver

Kaisererbsen... 1,65 Kohlrabi 1. Größe n. Grün 60 Pf.  
Junge Erbsen fein... 1,25 Sellerie in Scheiben... 96 Pf.  
Jg. Erbsen mittelfein 78 Pf. Mirabellen... 1,00  
Gemüseerbsen... 50 Pf. Pflaumen mit Stein... 68 Pf.  
Jg. kleine Karotten 80 Pf. Preiselbeeren... 1,25  
Junge Karotten... 60 Pf. Reineclauden... 1,25  
Karotten geschitten... 40 Pf. Erdbeeren... 1,45  
Gem. Gemüse n. h. 1,12 Span. Aprikosen 1/2 Pf. 1,35  
Leipziger Allerlei... 90 Pf. Birnen halbe Frucht... 1,10  
Gem. Gemüse... 62 Pf. Heidelbeeren... 1,05

### Konsum-Mischung 62 Pf.

Portug. Oelsardinen 4 Portionendosen 2 Kleb-Dosen 95 Pf. 85 Pf.  
Bratheringe... ca. 1 Ltr.-D. 83 Pf.  
Bismarckheringe  
Hering in Gelee  
Rollmöpse

### Fische und Räucherwaren

\*Kabeljau o. K. l. gar, Pfund 23 Pf.  
\*Schellfisch... Pfund 23 Pf.  
\*Seelachs o. K. l. g., Pfund 25 Pf.  
\*Rotbars... Pfund 25 Pf.  
\*Kabeljaufilet... Pfund 45 Pf.  
\*Grüne Herings... Pfund 60 Pf.  
\*Lebd. Karpfen... Pfund 1,15 an  
\*Grosse Schollen... Pfund 35 Pf.

Räucherheringe 2 St. 25 Pf.  
Norw. Bücklinge... Pfund 24 Pf.  
Hamburg. Bücklinge... Pfund 30 Pf.  
Feilbücklinge... Pfund 38 Pf.  
Pom. Fiandern... Pfund  
Rohbars... Pfund  
Seelachs... Pfund  
Fischrogen... Pfund

### Käse und Setze

Allg. Romatour... Pfund 24 Pf.  
Quadrakäse... Pfund 38 Pf.  
Allg. Stangen... Pfund 48 Pf.  
Briekäse... Pfund 60 Pf.  
Edamer Käse... Pfund 75 Pf.  
Emmentaler Käse... Pfund 78 Pf.  
Münster Käse... Pfund 1,15  
Allg. Stangen... Pfund 1,15  
Tiroler Käse... Pfund 90 Pf.

Blockkäse... Pfund 88 Pf.  
Blockkäse... Pfund 1,20  
Margarine... Pfund 52, 55, 62 Pf.  
Rohschmalz... Pfund 75 Pf.  
Brodenschmalz... Pfund 78 Pf.  
Griebenschmalz... Pfund 82 Pf.  
Molkereibutter... Pfund 1,98  
Tafelbutter... Pfund 2,04  
Dän. Tafelbutter... Pfund 2,20

### Kolonialwaren

Gen. Backobst... 40, 48, 58 Pf.  
Kalif. Pflaumen... Pfund 32, 40 Pf.  
Kalif. Birnen... Pfund 68, 95 Pf.  
Kalif. Pflirschen... Pfund 68, 90 Pf.  
Kalif. Aprikos... Pfund 95 Pf., 1,20  
Kalif. Ringäpfel... Pfund 95 Pf.  
Eierschnittnudeln... Pfund 40 Pf.  
Eierfadennudeln... Pfund 42 Pf.

Eiersuppeneiweiß... Pfund 40 Pf.  
Brudreis... Pfund 19 Pf.  
Tafelreis... Pfund 26 Pf.  
Palnreis... Pfund 28 Pf.  
Weizengriess... Pfund 22 Pf.  
Hoferjlocken... Pfund 24 Pf.  
Linsen... Pfund 32 Pf.  
Gesch. Erbsen... Pfund 32 Pf.

Kaffee frisch gebrannt... Pfund von 2,40 an  
Bensdorf-Kakao... Paket 90 Pf.  
Tee lose... Pfund 3,20, 3,80, 4,80  
Ceylon-Tee lose... Pfund 3,20, 3,95, 6,80

Kakaopulver 65 Pf. 10 Pfund 5,95  
garantiert rein... Pfund

### Wild und Geflügel

Russische Gänse Pfund von 82 Pf. an  
Wolgahühner... Pfund von 1,15 an  
Masthühner... Pfund 1,45  
Ragout... Pfund 35 Pf.  
Hasen gestreift... Pfund 95 Pf.  
Hirschblättler... Pfund von 85 Pf. an  
Hirschbraten... Pfund 1,45

### Besonders preiswerte Weine

1927er Niersteiner Domtal... 1,85  
1927er Schloss Bockelheimer... 1,85  
1926er Traberer Würzgarten... 17,50  
1927er Maringer Römerviertel... 17,50  
1927er Chateau Grand Pousaux... 2,50  
1926er Elisenbacher Berg... 2,50  
1927er Mehlinger Goldkopp... 2,50  
1927er Serriger Wingerstock... 2,50  
1927er Kiedricher Berg... 2,50  
1927er Chateau Bei Air... 2,50

4 vorzügliche Qualitäts-Weine

1927er Winkler Hasenprung... 2,75  
1927er Hallgartner Mehrbüschchen... 2,75  
1927er Oberammerlauer Josenberg... 2,75  
1927er Kaul Sauternes, edelstes weisses Bordeaux-Wein... 2,75

Deutscher Weinbrand aus altabge-lag. Charentais-Wein hergestellt, Ltr. 4,25  
Aberpfälzer Weisswein od. Rotwein vorzogl. volle Qualität Ltr. 1,25 6,00  
Besonders billig! 1926er Graves superiorer weisser Bordeaux-Wein Ltr. 1,85 17,50

Ur-Buchholz... 2,75 5,25 25,00  
Deutscher Weinbrand, vorzügliche Qualität  
Preise ohne Flasche

### Konfitüre

Pflaumen... 98 Pf. Erdbeere... 1,30  
Aprikosen... 1,10 Kirsche... 1,35  
Johannisbeere... 1,15 Himbeere... 1,35  
Orange... 1,15 Ananas... 1,45

Vierfruchtarmelade 3 Pfund-Rimer 88 Pf.  
Pflaumenmus... 2 Pfund-Rimer 92 Pf.

# WEISSE WOCHEN

Wir bringen in diesen Wochen weisse Waren aller Art welche zum Teil eigens für diesen Zweck aufgestapelt

Mengenabgabe vorbehalten

## zu enorm billigen Preisen zum Verkauf

Verkauf soweit Vorrat

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin  
**Todesanzeige**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unter Kollegen, des Schloßers **Andreas Stubbe** geb. 11. November 1879, am 28. Januar gestorben ist.  
Seine feierliche Beerdigung am 2. Februar, 10 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Neu-Weißhof bei Seiten aus statt. Regere Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Daufflegung.**  
Beim Tode meiner lieben Frau **Franziska Hinz** wurden mir 10 jährliche Renteleistungen zugesichert, die ich, da ich nicht in der Lage bin, diese zu leisten, an den Deutschen Metallarbeiter-Verband übertragen habe. Ich bitte um Unterstützung bei der Durchsetzung dieser Ansprüche.  
Wilhelm Hinz, S. 14, Prinzenstraße 61.

**Verkäufe**  
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.  
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.  
Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

**Wohnung**  
Wohnung mit 3 Zimmern, Küche, Bad, WC, Kellerräumen, in ruhiger Lage, in der Nähe des Hauptbahnhofs, zu vermieten.  
Kontakt: ...

**Musikinstrumente**  
Pianos, Gitarren, Violinen, etc.  
Musikinstrumente, etc.

**Kaufgesuche**  
Suche nach...  
Kaufgesuche, etc.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Montag, 4. Februar, vorm. 10 Uhr, im Rosenhaller Hof (Paterstraße), Rosenhaller Straße 11/12.  
**Versammlung**  
aller im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten arbeitslosen Klempner.  
Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstands, 2. Diebstahl, 3. Verhandlungsgegenstände und Beschlüsse. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

**Wohnung**  
Wohnung mit 3 Zimmern, Küche, Bad, WC, Kellerräumen, in ruhiger Lage, in der Nähe des Hauptbahnhofs, zu vermieten.  
Kontakt: ...

**Wohnung**  
Wohnung mit 3 Zimmern, Küche, Bad, WC, Kellerräumen, in ruhiger Lage, in der Nähe des Hauptbahnhofs, zu vermieten.  
Kontakt: ...

**Musikinstrumente**  
Pianos, Gitarren, Violinen, etc.  
Musikinstrumente, etc.

**Kaufgesuche**  
Suche nach...  
Kaufgesuche, etc.

**Verschiedenes**  
Verschiedenes, etc.

**Gesunden Schlaf**  
kräftige Nerven  
verschafft bei längerer Kur  
**Baldovin**  
WZ 342687. Man achte auf den ges. gesch. Namen.  
Zu haben in Apotheken und Drogerien. Wo nicht erhältlich, weisen wir Verkaufsstellen nach Otto Stumpf A.-G. Chemnitz.

**LJUERGENS**  
ALEXANDER PLATZ  
Das Haus der Stillleben  
Neue Königstraße 43.

**Möbel**  
Waffen, seit 1896...  
Möbel, etc.

Für eine unserer auswärtigen Filialen suchen wir für die **Lebensmittel-Abteilung allererste Kraft als Aufsicht** ferner für die Abteilung **Frischfleisch verbunden mit Wurstfabrikation** **Wichtigen Fachmann**  
Persönliche Vorstellung mit Zeugnissen am 2. Februar, vormittags zwischen 9-11 Uhr, Personalleitung Eingang Krausenstraße.  
**Hermann Tietz**

**Sicher ist sicher.**  
Ich wollte fahren, weil mich die Hühneraugen drücken, aber da hol' ich mir lieber ne Schachtel „Lebewohl“ und loofe!  
\*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten empfohlene Hühneraugen-Lebewohl- und Lebewohl-Balmschichten, Bleichdose (8 Pfaster 75 Pf. Lebewohl-Pflaster gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 30 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien. Wenn Sie keine Entschuldigungen erlösen wollen, verlangen Sie ausdrücklich das echte Lebewohl in Bleichdose und weisen andere, angeblich „ebenso gute“ Mittel zurück.

**Bettfedern Adolf Pohl**  
Dresdener Straße 13  
(Farringebäude)